Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 150 6. NOVEMBER 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen. bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

INLAND

ZUM KAMPF GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF

INTERNATIONALES

INLAND

ATOMKRAFTWERK BROKDORF – NIE!

BROKDORF (ID)
3. November

„Der Bau hat begonnen, das können wir nicht dulden" – unter dieser Parole demonstrierten am Samstag, dem 30. Oktober sechs bis achttausend KKW-Gegner vor dem von der Polizei, privatem Werkschutz und Bundesgrenzschutz in einer Nacht- und Nebelaktion in eine KZ-ähnliche Festung verwandelten Baugelände des geplanten KKW in Brokdorf (ID 149).

Diese Aktion, mit der die Bürgerinitiativen Hamburgs und der Unterelbe überrumpelt wurden, ist nur die Fortsetzung von Versuchen der KKW-Betreiber, die Bevölkerung mit allen Mitteln zu hintergehen; so auch der Erörterungstermin von März dieses Jahres (ID 124), nachdem die Bürgerinitiativen erklärten, sie seien weiterhin bereit, den Bauplatz zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird und die Rechtsmittel es nicht verhindern können, wie sie bereits im Januar 76 angekündigt hatten (ID 107).

Weder die KZ-Aufmachung des Bauplatzes (drei Meter breiter Wassergraben, Stacheldrahtzaun, drei Rollen Nato-Stacheldraht und ein zwei Meter hoher Maschendrahtzaun), noch die paramilitärische Ausrüstung von Werkschutz und drei Hundertschaften Polizei (Wasserwerfer, Schlagstöcke in verschiedenen Längen, das schon 1925 vom Völkerbund geächtete Kampfgas CN, berittene Polizeistaffeln, Hubschrauber) konnte die KKW-Gegner daran hindern, nach einer ausdrücklich unter das Zeichen der Gewaltlosigkeit gestellten Protestkundgebung die Befestigung an mehreren Stellen zu durchbrechen und den Bauplatz zu besetzen.

Um die zahlreichen Befestigungen zu überwinden, ohne dem Grundsatz der Gewaltlosigkeit abhold zu werden, waren die Demonstranten entsprechend ausgerüstet. Mit ihren großen Holztransparenten überbrückten sie die Gräben, Transparente aus schwerem Teppich halfen den Stacheldraht zu übersteigen. Seitenschneider und Drahtscheren machten den Drahtverhauen den Garaus. Anch Gummistiefel und Arbeitshandschuhe waren nicht umsonst mitgebracht worden. Zahlreiche Bauern der Umgebung unterstützten den Sturm auf die Festung mit eilends herbeigeschafften Stohballen und die Besetzer mit Lebensmitteln, heißen Getränken, Zelten und Decken. Zur Abwehr der auf den „Mann dressierten" Hunde benutzten die Demonstranten mit Pfeffer gefüllte Plastikbeutel, die durch einen kleinen Silvesterkracher auseinander gerissen wurden. Gegen das von beamteten und nicht beamteten Wekschützern bei der Räumung eingesetzte Kampf- und Tränengas schützten sich die KKW-Gegner mir Chirurgenbinden, Chlorbrillen, Tauchermasken, Browasser und Zitronensaft.

Die Räumung des besetzten Bauplatzes (siehe auch nachfolgenden Augenzeugenbericht) fand erst in den späten Abendstunden statt, nachdem viele Demonstranten und auch Berichterstatter (z.B. das NDR-Fernsehteam) bereits abgezogen waren. Zuvor hatte der Einsatzleiter der Polizei, Müller, dem Pastor Friedrich Bode aus Bremen, dem Wewelsflether Bürgermeister Friedrich Sasse und dem Landwirt Hellerich aus Brokdorf noch versichert, daß die Besetzer auf dem Gelände bleiben könnten, wenn sie sich ruhig verhielten.

Am Tag nach der brutalen Räumung fand ein Schweigemarsch von ca. 3.000 KKW-Gegnern statt, dessen Abschiedsruf lautete: „Wir kommen wieder, wir kommen wieder! Und dann noch viel mehr, und dann noch viel mehr!".

Noch in der Nacht vom 30. zum 31. Oktober verfassten die Bürgerinitiativen der Unterelbe die untenstehende Presseerklärung. Ministerpräsident Stoltenberg verkündete daraufhin, er würde mit den Bürgerinitiativen nicht verhandeln, solange diese die Zuchthausforderungen nicht zurücknehmen würden. Sofort nachdem dies bekannt wurde, stellten etliche KKW-Gegner Strafanzeige.

****

ÜBRIGENS: Die nächste Großveranstaltung in BROKDORF findet am Samstag, dem 13. NOvember vor dem Bauplatz statt. Um 14.00 Uhr!!

****





BROKDORF – EIN AUGENZEUGENBERICHT

"Vor der Demonstration am Samstag wurde eine Kundgebung gemacht mit den Bürgerinitiativen. Lieder wurden gesungen, Grußbotschaften verlesen und in verschiedenen Beiträgen noch einmal die Argumente gegen das KKW zusammengefaßt. Walter Moßmann sang und berichtete über Wyhl, dänische, holländische und Schweizer Delegationen waren ebenfalls gekommen. Ein Kanon wurde angestimmt, der schnell die Runde machte: „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen das Atomkraftwerk im Land. Schließt euch fest zusammen, schließt euch fest zusammen". (Nach der Melodie von „He, ho, spann den Wagen an...") Beliebt war auch die Parole „Samstags frei für die Polizei".

Die Demonstration sollte dann um den Bauplatz herum gehen. Der war wie eine militärische Festung ausgebaut: erst ein Wassergraben bis zu sieben Metern Breite, Stacheldrahtzaun, drei Meter hohe Stacheldrahtrollen, Pfähle, wieder Stacheldrahtrollen. Dahinter patroullierten private Wachmannschaften, uniformiert mit scharfen Hunden, ganz brutale Typen; dazu natürlich jede Menge Bullen in Kampfausrüstung mit Helm, Schildern usw.. Wie in mittelalterlichen Feldzügen sind sie dann noch mit Pferden zwischen-

durch galoppiert. Dazu flog der Bundesgrenzschutz ständig mit Hubschraubern in das Gelände rein und raus. Wir haben dann gerufen: „Befreit die Bauarbeiter aus dem KZ!" – mit diesen Zäunen, Wachtürmen, und Scheinwerfermasten konnte man das echt für ein KZ halten. Die Demo ging dann am Rand des Bauplatzes am Haupttor vorbei. Auch das war unwahrscheinlich abgesichert, mit verschiedenenStraßensperren, wo die Wachmannschaften mit Funkgeräten ausgerüstet alle Fahrzeuge filzten.

Einige hundert Meter weiter, an einer Stelle, an der der Wassergraben noch nicht so breit war, ging dann auf einmal eine Gruppe von etwa 20 jungen Leuten los, legte ein paar Pfähle über den Graben und war im Nu drüben. Mit Drahtscheren wurde dann der Zaun und die Stacheldrahtrollen durchgeknipst und mit Haken beiseite gezogen. Die Bullen haben wohl nicht damit gerechnet, daß das alles so schnell ging, daß da innerhalb von ein bis zwei Minuten die Leute auf dem Platz standen. Es kamen aber aus der Demonstration keine neuen Leute dazu, obwohl die auf dem PLatz immer gerufen haben: „Kommt rüber!". Dafür stürmten dann vom Platz aus die Wachtmeister und Wachmänner los. Die etwa 50 Besetzer zogen sich an den Rand bis zum Zaun zurück. Die Bullen knüppelten gleich drauflos und schmissen die Leute in den Stacheldraht. Aber auch einige Wachtmeister flogen mit Fußtritten hinterher. Es war ein großes Gefalle. Einige Helme, Schilder und Knüppel, die sich verselbständigt hatten, wurden mit Hallo zu den Demonstranten auf der Straße rübergeworfen. Die Bullen holten noch Pferde und Wasserwerfer dazu. Wir setzten uns dann einfach hin, und die Bullen bildeten um das Loch im Zaun eine Kette – und auf der anderen Seite standen die tausende von Demonstranten. Als der Wasserwerfer losspritzte, hat die Kette aus den Schutzleuten die volle Ladung abgekriegt, weil die aufrecht standen und wir in deren Schatten saßen. Die purzelten dann über uns rüber und haben noch mal was abbekommen. Einigen von den ganz jungen Bullen hat man schon angemerkt, daß sie ziemliche Muffe hatten. Wir sind ruhig sitzengeblieben und haben gesungen: "wehrt euch, schließt euch fest zusammen ...".

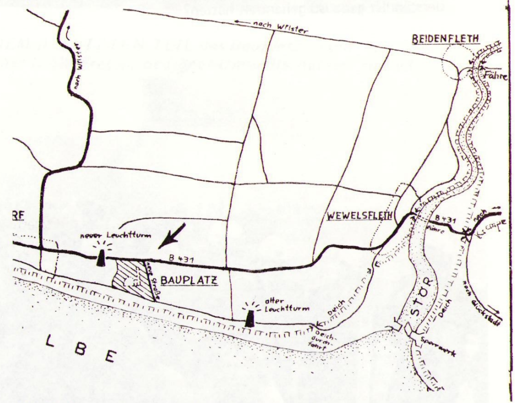
Das Gute war, daß zur gleichen Zeit, als die Bullen dieses Loch stopfen wollten, etwa hundert Meter weiter wieder eine Gruppe die Absperrung durchbrochen hat. Da kamen auch gleich mehr Leute mit rüber und besetzten ein größeres Stück. Wesentlich dazu beigetragen, daß dort so viele mit reingingen, hat der Pfarrer Bode. Er war einer der ersten, die nach dem Durchbruch mit auf den Bauplatz gingen.

Die Besetzer legten sich einfach flach auf den Boden. Der Pfarrer, mit schwarzem Talar und Megaphon, verhandelte dann mit der verantwortlichen Oberpolizei und sagte dem Oberbullen, daß hier auf dem Bauplatz eine friedliche Protestkundgebung gemacht wurde. Danach rief er über Megaphon alle auf, rüberzukommen, der Oberpolizist habe ihm versichert, „Wir greifen nicht an, wenn ihr nicht angreift". Dann kamen auch immer mehr Bauern, Familien mit Kindern, auch ältere Leute mit Anzug und Krawatte auf den besetzten Platz; viele blieben aber noch draußen stehen und schauten zu. Als das Stück vom Bauplatz immer voller wurde, kam eine Spezialtruppe, wahrscheinlich vom Bundesgrenzschutz und rollte um das besetzte Stück nochmal Stacheldraht, so daß wir wieder eingeschlossen waren. Das war eine ganz besonders durchtrainierte Truppe, die haben den Stacheldraht blitzschnell verlegt. Aber jedesmal, wenn die eine Rolle auspackten, kamen auch Leute mit Drahtscheren und schnitten sie wieder kaputt. Am Anfang wurde auch manche Drahtrolle beiseitegeschafft, noch ehe sie ausgelegt war. Schließlich wollten die Bullen ihre Arbeit mit Tränengasgranaten sichern – die flogen aber sofort wieder zu den Bullen zurück. Auch der Wasserwerfer, der dann dazukam, war nicht richtig eingestellt und die Bullen bekamen anfangs wieder das meiste ab.

Schließlich haben sie den Zaun doch fertig gekriegt und es wurde irgendwie ruhiger. In der Mitte gabs ein großes Feuer. DAs wurde im Ringelrein und mit Gesang umtanz t.Die Leute von den Bürgerinitiativen brachten auf Traktoren Zelte, Decken und Verpflegung auf den Platz, die Stimmung war ausgezeichnet. Die Bullen haben immer versucht, die Traktoren auf der Straße anzuhalten, dann sind die Bauern eben über ihre eigenen Felder hergefahren.

Wir saßen gemütlich um die Feuer herum, haben diskutiert, gegessen und gesungen, es war eine vollkommen aggressionslose Atmosphäre.

Irgendwann, wirklich aus dem Nichts, haben die Bullen dann angegriffen. Das fiese war, daß sie von der Seite kamen, wo auch die Demonstranten reingekommen waren, wo auch der einzige Fluchtweg war. Als sie dort die Straße entlang fuhren, haben wir erst keinen Verdacht geschöpft, es sah eher so aus, als würden sie sich zurückziehen. Plötzlich sprangen sie aus den Wagen raus und stürzten von allen Seiten gleichzeitig los. Die Scheinwerfer hatten sie ausgemacht, so daß man kaum mehr sah, was eigentlich los war. Den erstbesten, auf den die Bullen trafen, haben sie einfach niedergeknüppelt, andere haben sie gleich in den Graben geschmissen, Dann haben sie brennende Scheite aus dem Feuer geholt und damit die Zelte angesteckt, in denen noch die Leute saßen. Die sind dann schreiend rausgelaufen, es war ein totales Durcheinander. Die Bullen haben alle Zelte, Schlafsäcke und Rucksäcke und was sie sonst noch so fingen ins Feuer geschmissen. Der Platz war außerdem ganz unter Tränengas gesetzt; das Gelände war total verseucht und vernebelt, man hat nichts mehr sehen können.



Die Bullen waren wohlweislich mit Gasmasken ausgerüstet, die haben wahllos auf alles draufgeschlagen, was nicht einen weißen Helm aufhatte. Die Leute konnten nur schwer weg, weil die uns regelrecht eingekesselt hatten. Viele wurden verhaftet, viele sind verletzt liegengeblieben. Die Bullen haben sich geweigert, Krankenwagen zu rufen. Es waren auch keine Notarzt- oder Krankenwagen in der Nähe, wie sie sonst bei jedem Fußballspiel obligatorisch sind. Die Verletzten wurden dann mit Privatwagen ins Krankenhaus gebracht. Die Räumung hat wohl über eine Stunde gedauert.

Beim Schweigemarsch am Sonntag fiel erstmal auf, daß die Arbeiter über Nacht den Graben verbreitert hatten. Sie waren auch dann noch (Sonntag früh!) fleißig am Schaufeln. Der KZ-Sperrgürtel war insgesamt vielleicht 30 m breit. Der Stacheldraht war nochmal verstärkt worden. Aus dem Bauplatz war ein riesiges Armeecamp geworden, ich glaube, es waren noch mehr Bullen, als am Vortag. Die lebten da wie im Krieg, bekamen ihr Essen aus Gulaschkanonen usw. – jeder Meter ein Bulle.

Der Schweigemarsch ging diesmal von Wewelsfleth los, ein Dorf am anderen Ende des Bauplatzes. Die Straßen waren rundum alle abgesperrt, die Demonstration konnte nur noch über den Elbdeich in Richtung Brokdorf gehen, in etwa 600 m Entfernung am Bauplatz vorbei. Die Leute hatten Drachen mit Staniolpapier steigen lassen, damit konnte der Funkverkehr der Bullen empfindlich gestört werden. Irgendwann haben die Bullen den Zug gestoppt und über Lautsprecher gesagt: „Als Zeichen des Vertrauens" sollten die Drachen eingezogen werden, sonst dürfte der Zug nicht weiter gehen. Die Leute haben sich darauf eingelassen, aber ein Stück weiter hatten die Bullen schon wieder eine nue, dem Bauplatz vorgelagerte Festung aufgebaut, die man nur an einer ganz schmalen Stelle direkt am Wasser passieren konnte. Das führte natürlich noch weiter vom Bauplatz weg und hat den Zug auch ziemlich aufgelöst.

Sogar in der Luft wurde „gekämpft". Viele Sportflugzeuge kreisten über dem Gelände, die wurden dann von den Bundesgrenzschutzhubschraubern angeflogen und zum Beidrehen gezwungen."

KEIN KERNKRAFTWERK IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO ! SOFORTIGE RÄUMUNG DES BAUPLATZES !

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

BROKDORF 30. Oktober Es gibt eine lange Tradition des Widerstands: Hennecke Wulff in der Wilster Marsch und viele, viele andere. Wo wären wir heute, wenn nicht vor hundert Jahren mutige Arbeiter in gesetzeswidrigen Streiks ihre Existenz und nicht selten ihr Leben aus Spiel gesetzt hätten? Welches Ansehen hätten wir Deutschen, wenn nicht auch im Dritten Reich Widerständler genauso gehandelt hätten?

Zunächst ritten Polizisten durch die Demonstranten, die eng gedrängt auf dem Boden saßen oder den Brückenkopf verstärkten. Dann wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, um die Breschen zurückzuerobern und mit Stacheldrahtrollen neu zu sichern. Daraufhin errichteten die Umweltschützer — es waren jetzt noch ca. 800 Bürger auf dem Platz — eigene Stacheldrahtsperren, um den letzten Durchbruch frei zu halten.

Diese Sperre auf der Kreisstraße wurde von der Polizei durch Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und chemischen Keulen gestürmt. Anschließend wurden die auf dem Platz eingekreisten Umweltschützer mit gleichen Mitteln vertrieben. Das Zeltdorf wurde zusammen mit allen zurückgebliebenen Sachen, darunter auch Kleidungsstücken mit Ausweisen, von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt.

Die chemische Keule wurde teilweise aus wenigen Zentimetern Entfernung mehrfach angewendet. Wer nicht selbst getroffen wurde, wer nicht das minutenlange Schmerzgebrüll gehört hat, kann sich die Wirkung der chemischen Keule nicht vorstellen. Die Verletzten wurden von der BUU ambulant behandelt und zu den Ärzten und Krankenhäusern in der Umgebung gebracht.



BEGINN DES STURMS auf die Befestigungsanlagen

Die BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) ist stolz darauf, daß am 30. Oktober 1976 so viele Mitbürger, vor allem junge Mitbürger, in gleicher, beispielhafter persönlicher Courage den Platz des Atomkraftwerks Brokdorf besetzt haben.

Bei der Erstürmung des Platzes, der durch Wassergraben, Stacheldrahtzaun, drei Rollen Nato-Stacheldraht und einen zwei Meter hohen Maschendrahtzaun gesichert war, schritt der Werkschutz der HEW/NWK (Bauträger) mit Hunden, Schlagstöcken und der chemischen Keule ein.

Die Umweltschützer eilten dann überall auf den Platz. Ein Zeltdorf wurde aufgebaut und die Bevölkerung begann, die Platzbesetzer mit warmem Tee, Milch und Esswaren zu versorgen. Auf dem Platz demonstrierten die Umweltschützer gewaltlos, und sie waren wehrlos. Trotzdem folgte daraufhin ein mehrstündiger Polizei-Einsatz von unvorstellbarer Brutalität:

Im Namen aller Mitglieder verurteilen der Vorstand und seine Regionalvertreter den Polizeieinsatz und das Verhalten einzelner Polizisten auf das schärfste und fordern einstimmig:

Zuchthaus für den Innenminister Tietzk!
Zuchthaus für den Leiter des Einsatzes!
Zuchthaus für die Polizisten, die ohne Notwehr aus nächster Nähe die chemische Keule mehrfach anwendeten!
Zuchthaus für den Geschäftsführer der NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke)
Zuchthaus für den Geschäftsführer der HEW (Hamburger Elektrizitätswerke)
Zuchthaus für den Geschäftsführer der Brokdorf GmbH, Dr. Voss!
Zuchthaus für die Werkschutzleute, die chemische Mittel ohne Notwehr anwendeten!



BODE aus Bremen, Pastor (einer der ersten in der zweiten Bresche)



AUF DEM BESETZTEN TEIL des Bauplatzes: ein berittener KKW-Freund bedrängt Umweltschützer zu Fuß



BEI NACHT UND TRÄNENGASNEBEL wird die Räumung vorbereitet



TRÄNENGAS-WASSERWERFER während der Räumung



SONNTAG : MAUER gegen Schweigemarschierer am (westdeutschen) Elbufer

PRO-KKW-DEMONSTRATION UND DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

BROKDORF (ID)
3. November

Die von den Belegschaften sämtlicher Betriebe der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG zu erwartende Gegendemonstration, ebenfalls am 30. Oktober, fand nicht statt. Die Demonstration war vom zwölf Köpfe starken Gesamtbetriebsrat der Gesellschaft angekündigt und mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß man „Besonnenheit Ausdruck geben wolle" auch abgesagt worden. Sicherlich hatte der Betriebsrat die Unterstützung der Gewerkschaften, die sich mittlerweile zu den eifrigsten Verfechtern der Atomindustrie entwickelten und somit den Kollegen mal wieder in den Rücken fallen. So behauptete die ÖTV vor einigen Tagen, bei den KKW-Gegnern in Brokdorf handele es sich um einen Haufen von DKP-gesteuerten Extremisten, die man bekämpfen solle. So wird von der Gewerkschaftsführung ein Buch an alle Funktionäre mit dem Titel „Interviews und Gespräche zur Kernenergie" von Hans Matthöfer „unserem früheren Gewerkschaftskollegen", verschickt. In einem Begleitschreiben heißt es u.a.: „Die Diskussionen sind nicht immer mit absoluter Sachlickeit und zuweilen auch nicht mit notwendigem Sachverstand geführt worden" und das Buch „... enthält eine Menge von Informationen und Argumenten, die dir bei der Diskussion im Betrieb und in der Öffentlichkeit von Nutzen sein werden."

Was die Gewerkschaft unter „Sachlichkeit" versteht, sieht man in Brokdorf.

DER INNENMINISTER INFORMIERT ?

FRANKFURT (ID)
4.November

Kurz vor Redaktionsschluß flatterte uns die folgende ‚Bekanntmachung' ins Haus. Man munkelt, daß 10 000 Frankfurter Bürger dasselbe Schreiben in ihren Briefkästen fanden.

„Der Innenminister des Landes Hessen
Friedrich Ebert Anlage 12
6200 Wiesbaden

B e k a n n t m a c h u n g

Liebe Mitbürger!
Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates, die Energieversorgung auf lange Sicht zu gewährleisten. Von der Lösung dieses Problems hängen Wohlstand, soziale Sicherheit und politische Stabilität ab. Die Energiegewinnung durch Kernkraftwerke birgt gewisse Probleme und Gefahren in sich; sie ist jedoch notwendig zur Sicherung des steigenden Energiebedarfs.

Wie Sie aus Presse, Rundfunk und Fernsehen gerade wieder in letzter Zeit erfahren konnten, haben an verschiedenen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Teile der Bevölkerung unter Anstiftung sogenannter „Bürgerinitiativen für Umweltschutz" in gesetzeswidriger Weise den Bau von Kernkraftwerken verhindert. Die Ausschreitungen in Brokdorf, wie schon vor einem Jahr in Wyhl kennzeichnen eine bedenkliche Entwicklung.

Kronberg
Höchst
Kelsterbach
Dörnigheim
Schwanheim
FFM

Mögliche Kernkraftwerksstandorte in Frankfurt a.M. und Umgebung

Da somit die planmäßige Durchführung des Atomenergieprogramms der Bundesregierung in ländlichen Gebieten stark verzögert wird, ist eine Beschleunigung des Baus von Kernkraftwerken in Ballungszentren geboten. Das betrifft insbesondere den Raum Frankfurt, wo 19 mögliche Kernkraftwerkstandorte ausgewiesen sind (siehe Skizze).

Um störungsfreie Bauarbeiten zu gewährleisten, ist es nach den bisherigen Erfahrungen unumgänglich, diese Grundstücke in den nächsten Tagen durch die Frankfurter Polizei in Zusammenarbeit mit Kräften des Bundesgrenzschutzes vorbeugend durch folgende Maßnahmen zu schützen:

a) mehrfach gesicherte Einfriedung der fraglichen Grundstücke

b) ständige Bewachung der Grundstücke durch mobile Einheiten.

Nach § 1 des Hessischen Schutz- und Ordnungsgesetzes sind wir berechtigt, bei Gefährdung der Sicherheit und Ordnung auf verfügbaren Wohnraum im zivilen Bereich zurückzugreifen. Da es zu Engpässen bei der Unterbringung der Truppeneinheiten kommen kann, bitten wir Sie freien Wohnraum ihrem zuständigen Polizeirevier unverzüglich anzuzeigen. Sie vermeiden so die zwangsweise Requirierung von Unterkünften. Nur in Ausnahmefällen wird es zur Einziehung privater PKWs kommen.

IN FÄLLEN GRÖSSERER TRUPPENBEWEGUNGEN BEHALTEN SIE BITTE RUHE! VON GRÖSSEREN MENSCHENANSAMMLUNGEN HALTEN SIE BITTE ABSTAND!

Da gerade die Frankfurter Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit den Bau und den reibungslosen Betrieb des für die Hessische Energieversorgung zentralen Kernkraftwerks Biblis nie in irgendeiner Form behindert hat, rechnen wir auch bei diesem so bedeutsamen Vorhaben mit Ihrer vertrauensvollen Unterstützung.

Der Innenminister in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Grenzschutzkommando. gez. Gries (Innenminister)

„DIE GELBE GEFAHR" ODER: AN ALLEM SIND NUR DIE CHINESEN SCHULD!

HEIDELBERG (ID)
28. Oktober

Die Rhein-Nekar-Zeitung veröffentlichte am 15./16. Oktober eine Meldung der AP, die schlaglichtartig die Ursachen der Umweltvernichtung erkennen läßt. War die Wolke am 15. Oktober nur über Norddeutschland niedergegangen, so bedrohte sie am 16. schon die ganze BRD. Im Wortlaut:

„Radioaktivität in der Milch – Bald zweite Atomwolke?
Bonn (AP). Die in dem chinesischen Kernwaffenversuch vom 26. September freigesetzte radioaktive Wolke hat in der Bundesrepublik zu Radioaktivität im Regenwasser und in der Milch geführt. Dies wurde von der Strahlenschutzkommission beim Bundesinnenministerium sowie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig und dem deutschen Wetterdienst in Offenbach bestätigt. Die Strahlenschutzkommission kam nach einer zweitägigen Sitzung allerdings zu dem Ergebnis, daß bei den festgestellten Meßwerten vor allem des kurzlebigen radioaktiven Jod 131 in frischer Kuhmilch eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung, auch der Kleinkinder, ausgeschlossen werden könne. Es sei nicht ausgeschlossen, daß eine zweite Wolke mit „langlebigem" Spaltmaterial die Bundesrepublik erreiche."

Im Klartext heißt das wohl, für Biblis und andere Gefahrenquellen im eigenen Land sind die Meßgeräte unempfindlich, auf fernöstliche Radioaktivität eingestellt, reagieren sie aber sehr sensibel.

PROTESTKUNDGEBUNG GEGEN BLOCK C

BIBLIS (ID)
4.November

DIE BÜRGERINITIATIVEN GEGEN DAS KKW IN BIBLIS VERANSTALTEN AM 14.NOVEMBER UM 15 UHR IN DER RIEDHALLE IN BIBLIS EINE PROTESTKUNDGEBUNG GEGEN DEN BEGINN DES GENEHMIGUNGSVERFAHRENS FÜR BLOCK C.

AUSSTELLUNG ZUR "ATOMÄSTHETIK" VERHINDERT

KARLSRUHE (ID) 1. November

Im Frühjahr 75 schrieb die Gesellschaft für Kernforschung, Trägerin des Kernforschungszentrums Karlsruhe, einen Kunstwettbewerb aus zu dem Thema: „Wie sieht der Künstler das Kernforschungszentrum Karlsruhe." Die Teilnehmer sollten „aus eigenem Urteil und aus eigener Sicht die Aufgaben und Arbeiten des Kernforschungszentrums Karlsruhe sowohl realistisch, als auch abstrakt oder symbolisch darstellen." Mit diesem Wettbeweb wollte das KFZKA „die vielseitigen Aktivitäten einer großen deutschen Forschungseinrichtung künstlerisch erschließen und ausdeuten."

Gegen diesen Wettbewerb organisierte der Asta der Akademie der bildenden Künste Karlsruhe zusammen mit dem Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz eine Gegenausstellung und forderte in seiner Ausschreibung zu Arbeiten auf, die sich kritisch mit dem Thema Kernenergie beschäftigen.

Da das KFZKA befürchtete, daß namhafte Künstler an diesem „Gegenwettbewerb" teilnehmen würden, und mehrere künstlerische Jurymitglieder des Kernforschungszentrums-Wettbewerbs zurücktraten, widerrief die Gesellschaft für Kernforschung ihre Ausschreibung, indem sie, so ihre Begründung, „Polemik" befürchtete.

Die Ausstellung des Astas wird voraussichtlich im März nächsten Jahres stattfinden. Interessenten, die Arbeiten zu diesem Wettbewerb einreichen möchten, mögen sich bitte möglichst umgehend an den Asta der Akademie wenden.
(KKW-Nein-Initiative)

ERKLÄRUNG VON PETER SCHULT ZU SEINER VERURTEILUNG

MÜNCHEN (BLATT)

Im ID 148 haben wir zum Prozeß von Peter Schult einen Prozeßbericht und eine Erklärung der Münchner Stadtzeitung „Blatt" abgedruckt. Aus dem letzten „Blatt" entnehmen wir jetzt eine Erklärung von Peter Schult selbst zu seiner Verurteilung durch die Justiz und die Linke.

Allen gewidmet,
die auch dann noch Solidarität üben
und den aufrechten Gang erproben,
wenn Solidarität zunehmend kriminalisiert
und das Erlernen
des aufrechten Gangs
lebensgefährlich wird. *(Peter Paul Zahl)*

Spätestens nach der Urteilsverkündung, als sich ein paar B... auf mich stürzten, mir die Hände auf den Rücken rissen und mir Handschellen anlegten, als man sogar ein Gespräch mit meinem Anwalt verweigerte, spätestens in diesem Augenblick, als der Richter Sauter verlegen in seine Akten blickte und von dem, was um ihn geschah, nichts sehen und nichts hören wollte, spätestens in diesem Augenblick wurde es offensichtlich, daß hier ein politisches Urteil gefällt worden war.

Ich wurde nicht wegen meiner homosexuellen Beziehung zu einem Jungen verurteilt. Ich habe meine Homosexualität nie verleugnet, ich habe mich dazu nicht zum ersten Mal vor einem Gericht bekannt, ich habe das schon vor nahezu zehn Jahren in einer von mir mit herausgegebenen Underground-Zeitung offen erklärt — sehr zum Mißfallen der Justiz, vieler Lehrer und zahlreicher Eltern. Richter Sauter konnte deshalb auch nach der Aussage des Jungen nur eine Geldstrafe verhängen. Ich wurde auch nicht verurteilt, weil sich der Verdacht des „sexuellen Mißbrauchs" eines Kindes bestätigt hatte. Ganz im Gegenteil, die Verhandlung bestätigte eher die bereits vom Professor Dr. Lempp geäußerten Zweifel. Gewaltanwendung oder Vergewaltigung hatte man ja von Anfang an nicht zu behaupten gewagt, wurde auch durch das vorliegende medizinische Gutachten eindeutig widerlegt. Selbst der Staatsanwalt schien von seiner eigenen Beweiskraft nicht sehr überzeugt zu sein, denn er ließ auch noch den Vorwurf des „erschwerenden Umstandes" fallen und plädierte nur auf einen „einfachen Fall des Mißbrauchs".

Nein, dafür wurde ich nicht verurteilt, selbst wenn man sich im Urteil darauf berief, obwohl oder trotzdem man mir nichts konkretes nachweisen konnte, und ich nach wie vor entschieden bestreite, das, was man mir vorwarf oder vorwirft, getan zu haben. Doch darauf kam es denen auch gar nicht an; verurteilt wurde ich wegen etwas ganz anderem, was nicht zur Sprache kam. Verurteilt wurde ich, weil ich seit mehr als fünf Jahren aktiv in der Roten Hilfe mitgearbeitet habe. Erst zweieinhalb Jahre innerhalb des Knastes, dann zweieinhalb Jahre außerhalb des Knastes.

Zweieinhalb Jahre im Knast, d.h. der gemeinsame bundesweite Hungerstreik mit den Genossen der RAF gegen die Isolationshaft, d.h. 1973 der Hungerstreik in Kaisheim gegen den mittelalterlichen Strafvollzug in Bayern, d.h. die ersten Ansätze einer kollektiven politischen Gefangenenbewegung im Knast, deren Auswirkungen bis zum heutigen Tage anhalten, d.h. gemeinsame Dokumentationen der Gefangenen in Kaisheim, die so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit herstellten, so daß sich schließlich der bayerische Justizminister selbst nach Kaisheim bemühen mußte, um nach dem rechten zu sehen, d.h. die Versetzung des damaligen Anstaltsleiters Bauer. (Schlagzeile der Zeitungen damals: „Kaisheim am Rande einer Meuterei!")

Als ich im Februar 1974 aus dem Knast kam, hatten mich die Staatsschutzbehörden auf die Liste der RAF-Sympathisanten gesetzt. Und dann zweieinhalb Jahre aktive Mitarbeit in der Roten Hilfe außerhalb des Knastes, d.h. Teilnahme am Tribunal gegen den Strafvollzug in der BRD, d.h. Teilnahme am Tribunal gegen die Erschießung Günther Jendrians, d.h. Aktionen vor den Knästen gegen Unterdrückung und Ausbeutung im Knast, d.h. zahlreiche Artikel gegen den Strafvollzug in der BRD („Gefängnis — Staat der Gewalt" u.v.a.), d.h. zahlreiche Artikel im BLATT gegen die unmenschlichen Haftbedingungen von Karl-Heinz Roth, Gertraud Will, Werner Waldhoff, Roland Otto u.v.a., d.h. Berichte über Prozesse, Anklagen gegen Gefangenmißhandlungen, d.h. Briefe und Besuche in den Knästen, bis mir der Zugang zu fast allen bayrischen Gefängnissen verwehrt wurde, bis meine Briefe alle angehalten wurden, d.h. Teilnahme am Tribunal anläßlich des Todes von Holger Meins, d.h. Vorbereitung und Organisierung zahlreicher Veranstaltungen zum Tode von Ulrike Meinhof und das hieß letztenendes Überwachung und Bespitzelung, zahlreiche Hausdurchsuchungen (angefangen mit der „Winterreise" im Herbst '74), einige Verhaftungen und sieben Ermittlungsverfahren.

Zweieinhalb Jahre lang haben Justiz und B... versucht, mich zu verunsichern, mich einzuschüchtern, mich zu kriminalisieren. Es gelang ihnen nicht. Verunsichert wurde ich erst nach meiner Verhaftung — durch einige Genossinnen und Genossen. Ich muß das leider in diesem Zusammenhang einmal sagen. Zum einen, weil sie den B... und der Justiz mehr Glauben schenkten als mir (ich werde darauf später zurückkommen), zum anderen, weil sich einige Genossen wie Leichenfledderer daran machten, über meine Sachen herzustürzen, das Archiv zu plündern, meine Bücher wegzuschleppen. Sie haben — bewußt oder unbewußt — die Arbeit der B... vollendet, denn das Archiv, eines der wenigen, die es in München gab, lieferte die Unterlagen für zahlreiche Artikel und Aufsätze gegen den Knast, machte die Artikel so unangreifbar, weil sie durch Fakten belegt werden konnten. Die Bücher — ein Leben lang zusammengetragen — waren mein Werkzeug für zahlreiche Arbeiten, z.B. über die Räte-Republik in Bayern, über den Anarchismus, über Jean Genet oder Charles Bukowski, über die Musik der Subkultur. Die Bücher gehörten zu mir und meiner Geschichte, der Verlust hat mich mehr getroffen, als all die Verfolgungen der Justiz und der B... Zum ersten Mal wurde mein Verhältnis zur Linken gestört, mein Glauben an die Solidarität erschüttert.

Und dann bekam ich die Rechnung der Justiz präsentiert: zwei Jahre und drei Monate Knast!

Daß ich nicht für das verurteilt wurde, was man mir vorwarf, dafür sprechen viele Punkte:

1.
Warum kamen ca. 14 Tage vor meiner Verhaftung zwei uniformierte Polizisten zu mir und suchten nach einem ausgerissenen Mädchen. Zu diesem Zeitpunkt kannte ich die Ausreißerin noch gar nicht, bis zu diesem Zeitpunkt hatte noch nie eine Ausreißerin

bei mir gewohnt. (Zeugen für diesen Vorfall sind alle Bewohner meiner damaligen Wohnung an der Germersheimer Straße.)

2.

Seit wann wird ein „einfacher Sittlichkeitsverbrecher" von einem bewaffneten Polizeiaufgebot von ca. zehn Mann verhaftet. In dieser Stärke kamen die Polizisten am 26. Juni 1976 morgens um 4.30 Uhr und umstellten das Gartenhaus, in dem ich wohnte. Normalerweise kommen in so einem Fall höchstens zwei oder drei Beamte in Zivil.

3.

Warum steht in meinen Akten mehrmals der Vermerk: „Sofort das BKA und das BLKA verständigen!" (BKA = Bundeskriminalamt, BLKA = Bayrisches Landeskriminalamt).

4.

Warum erklärte der Ermittlungsrichter Campell mir beim Haftprüfungstermin, erkönne nicht über meine Entlassung entscheiden. Ich habe immer angenommen, wir hätten unabhängige Richter, nun frage ich mich, wer denn über meine Entlassung zu „entscheiden" hatte? Etwa die Staatsanwaltschaft oder das Justizministerium? Oder vielleicht sogar die Staatsschutzbehörden?

5.

Als ich am 29. September 1976 (am ersten Verhandlungstag) um 11.00 Uhr mit meinem Anwalt vor dem Sitzungszimmer 210 auf den Beginn des Prozesses wartete, kam eine Justizangestellte und sagte zu dem an der Tür stehenden Justizbeamten: „Wieso ist das denn ein politischer Prozeß, da steht doch „Unzucht mit Kindern" ? " Der Beamte, der mich von zahlreichen politischen Prozessen her als Zuschauer kennt und mich oftmals durchsucht hatte, zog die Frau rasch beiseite und flüsterte ihr etwas zu, worauf sie sich neugierig nach mir umsah.

6.

Wer hat den Staatsanwalt anscheinend noch in letzter Minute beauftragt, einen eigenen Gutachter hinzuzuziehen, nachdem die Staatsanwaltschaft zuerst meinen Antrag auf Hinzuziehung eines von mir benannten Gutachters abgelehnt hatte. Dieser „Gutachter", der nach eigenen Angaben weder die Akten eingesehen hatte und dann trotzdem mehrmals Fakten nannte, die er nur aus den Akten haben konnte, trug dann trotzdem ein sehr gut vorbereitetes zweistündiges „Gutachten" vor, und das angeblich aus dem Stegreif, sozusagen ad hoc!

7.

Warum war der Richter Sauter, der zuerst eine 45minütige Pause bis zur Urteilsverkündung angekündigt hatte, nach der dann plötzlich auf drei Stunden verlängerten Pause, während derer die Schöffen teilweise nicht im Beratungszimmer anwesend waren, so völlig aus dem Konzept gebracht, so nervös und aufgeregt? Warum las er so völlig zerfahren die Urteilsbegründung und den Haftbefehl vor, nachdem er vorher sehr ruhig und überlegen die Verhandlung geführt hatte. Was hat ihn in der Pause so durcheinandergebracht? Warum jetzt auf einmal der Haftbefehl, nachdem er vor der Pause nicht auf den Antrag des Staatsanwalts eingegangen war, mich sofort in Haft zu nehmen? Warum jetzt auf einmal „Fluchtgefahr" als Begründung für den Haftbefehl, obwohl ich nach der Aufhebung am 29.9. erschienen war, obwohl ich auch zum zweiten Verhandlungstag am 7.10. erschienen war und auch nach der Verhandlungspause wiederkam, obwohl der Staatsanwalt vor der Pause drei Jahre Gefängnis beantragt und auch meine sofortige Verhaftung verlangt hatte. Warum nahm der Richter Sauter nach der Verhandlung nicht mehr Notiz von dem, was dann im Saal geschah?

8.

Wer hat die Anordnung erlassen, daß sich eine Gruppe von B... bereithalten sollte, um mich sofort nach der Urteilsbegründung zu verhaften, mir die Hände auf den Rücken zu reißen, mich zufesseln, um mich dann so gefesselt durch das ganze Justizgebäude zu den Hafträumen zu führen? Dort warteten bereits weitere B... auf mich, teilweise bewaffnet, zogen mich aus, filzten mich. Wird so ein kleiner, einfacher „Sittlichkeitsverbrecher" behandelt? Wer hat das alles so schön organisiert, angeordnet, wer hatte da seine Hände im Spiel?

Ich habe unzählige Prozesse erlebt, teils als Zuschauer, teils als Betroffener, aber so etwas habe ich noch nicht gesehen. Wenige Tage zuvor war ich Zeuge, wie ein Mann, den man wegen eines bewaffneten Raubüberfalls zu elf Jahren verurteilt hatte, von einem einzelnen Beamten am Achter aus dem Saal geführt wurde. Ich habe Mörder und Bankräuber gesehen, die zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt worden waren, und die dann auch nur von einem Beamten mit einer einfachen Handfessel (Achter) aus dem Saal geführt wurden. Zwei Jahre Knast sind in unserem Justizbetrieb so normal und so alltäglich, daß derartige Sondermaßnahmen mehr als merkwürdig sind. Ein paar Tage nach meiner Verurteilung ging einer der Krupp-Räuber mit drei Jahren Knast als freier Mann aus dem Gerichtssaal, es wurde nicht einmal ein Haftbefehl erlassen. Die Beispiele ließen sich beliebig verlängern.

Ergänzen sollte man aber noch, daß mir die Fesseln so fest zugezogen wurden, daß ich unwillkürlich vor Schmerz aufschrie — aufschreien mußte. Richter Sauter sah betreten in seine Akten und schwieg. Dicht umdrängt von einer Horde von B... schleppte man mich dann durch die Gänge des Justizgebäudes. Einer der B., ein feister dicker Typ, trat mir fortwährend mit Absicht in die Hacken, und versuchte mich so zu provozieren. Er wartete direkt geil darauf, daß ich nur den geringsten Widerstand leisten würde, um mich zusammenschlagen zu können. Er versuchte mehrmals, mich mit Worten zu provozieren. (Als sich eine Genossin von mir verabschieden wollte, meinte er zynisch: „Sind das deine Genossen? Komische Vögel!") Ich sah in seinen Augen offene Brutalität, fast schon Mordgier, ich mußte an die SS- und SA-Schergen der Nazizeit denken, so ähnlich müssen sie Linke oder Juden abgeführt haben. In der Haftzelle riß er noch einmal meine Arme nach oben, mit voller Absicht, so daß sich die Fesseln in meine Gelenke einschnitten, die entzündeten Narben sind noch heute sichtbar.

Und dann — etwa zwei Stunden später — des Spezialkommando der B... war verschwunden — führte mich ein einzelner Beamter ganz normal wie alle anderen Gefangenen mit einem einfachen Achter zum Schub-Bus, der uns nach Stadelheim brachte. Da merkte ich erst, daß das alles vorher geplant war, daß das ganze ein gut vorbereitetes Unternehmen gewesen war.

Wenn ich einen Fehler begangen habe, dann war es der, daß ich diesen Prozeß nicht politisch geführt habe, ich muß das ehrlich zugeben. Ich habe mich täuschen lassen von einem Richter, der bis zur Urteilsverkündung den Anschein einer liberalen, unabhängigen Prozeßführung aufrecht erhielt, der bis dahin alles vermieden hatte, was auf einen „politischen Prozeß" hätte hinweisen können. Er hatte während der zweieinhalbmonatigen Untersuchungshaft jeden Brief, jedes Buch, jede Zeitschrift durchgehen lassen, ganz im Gegenteil zu meinen Mitgefangenen, die wegen einer politisch motivierten Straftat einsaßen und denen man fast alles beschlagnehmt hatte. Er hatte alles unterlassen, was auf eine Verknüpfung meiner politischen Ansichten mit den mir zur Last gelegten Straftaten hätte hindeuten können. Ich bin voll in das offene Messer gerannt. Ich bin einer perfekten Täuschung aufgesessen. All das, was man im Kopf hat: die Klassenjustiz, die Justiz als Instrument der herrschenden Klasse, ich habe es nicht auf diesen Prozeß angewendet. Ich wollte eine Politisierung des Prozesses vermeiden, um den mit Sicherheit zu erwartenden Freispruch nicht zu gefährden. Dafür mußte ich bezahlen, und dafür habe ich nun bezahlt. Hätte an meiner Stelle ein Herr Müller oder ein Herr Meier gestanden, er wäre als freier Mensch aus dem Gerichtssaal gegangen, einen sicherenFreispruch in der Tasche. Aber ich stand an dieser Stelle, und das hatte ich vergessen.

Warum ich heute diese Erklärung abgebe? Weil sich — wie man mir berichtete — Stimmen erhoben haben, die den B...-Vorwurf aufgegriffen haben. Es wurden sogar Namen genannt, und es waren zu meiner Überraschung ausgerechnet Namen von Genossinnen, die früher zur Roten Hilfe gehört und die sich vor einign Jahren aus der Roten Hilfe zurückgezogen haben. Und zwar ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die Rote Hilfe ins Schußfeld der Justiz und der B... geriet, als man versuchte, die Rote Hilfe und ihre Mitarbeiter zu kriminalisieren,um die Genossen im Knast damit zu isolieren, um sie von den Genossen draußen zu trennen. Zum Teil haben sie dieses Ziel erreicht, eben weil sich viele damals einschüchtern ließen aus Angst oder anderen Gründen, sich zurückzogen und damit die Strategie der Justiz und der B... praktisch unterstützten. Das war genau zu der Zeit, da ich zur Roten Hilfe stieß und meinen Kopf hinhielt, weil ich aus Erfahrung wußte, daß die Genossinnen und Genossen im Knast unsere Solidarität brauchen, um nicht kaputt zu gehen. Weil ich wußte, daß wir uns nicht einschüchtern lassen dürfen,

weil das den Tod der Genossinnen und Genossen im Knast bedeuten könnte. Die Praxis hat gezeigt, daß meine Einschätzungen realistisch war.

Und nun kommen diese Leute und erklären,für mich wäre kein Platz mehr im BLATT, fordern eventuell sogar meinen „Ausschluß" aus der linken Scene. Ich könnte es mir leicht machen und dasselbe für sie fordern, eventuell sogar mit mehr Berechtigung. Ich tue das nicht, weil ich weiß, daß Angst ein Faktor ist, den man respektieren muß, mit dem man sich auseinandersetzen muß, der nicht mit einem „Ausschluß" aus der Welt zu schaffen ist. Wogegen ich mich aber wehre ist, daß diese Genossinnen sich heute noch oder schon wieder als Helfer der B... erweisen, die Anklagen der B... zu ihren eigenen Anklagen machen, den B... und ihren Helfern in der bürgerlichen Presse mehr GLauben schenken, als einem Genossen. Daß sich diesen Vorwürfen Leute anschließen, die noch nie ihren Kopf hingehalten haben, um den Genossinnen und Genossen im Knast zu helfen, sondern sich nun ohne mich und meine Geschichte zu kennen und ohne die Einzelheiten nachzuprüfen in die Diskussion einschalten, das hat mich schon etwas enttäuscht. Das sollte uns eigentlich alle etwas nachdenklich stimmen.

Um es noch einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen: es geht hier in meinem Falle nicht in erster Linie um ein sexuelles Problem — denn ich habe die mir vorgeworfenen sexuellen Delikte nicht begangen — sondern einzig und allein um meine politischen Aktivitäten, um meine Tätigkeit in der Roten Hilfe, um meine Artikel und Aufsätze gegen die Justiz, gegen den Strafvollzug, gegen den Knast generell. Dafür wurde ich nämlich bestraft, und das haben diese Leute anscheinend noch nicht kapiert. Es geht erst in zweiter Linie um sexuelle Dinge, genauer gesagt, um meine Homosexualität, und die wird mir doch hoffentlich nicht von Linken vorgeworfen. Aber auch dazu bin ich gerne bereit, Stellung zu nehmen, gerade und vor allem gegen die Spießer von links.

Es wird heute sehr viel von Therapien geschrieben und gesprochen und noch mehr Hoffnungen und Erwartungen in sie gesetzt. Vielleicht sollten wir es einmal mit der Solidarität als Therapie versuchen.

Stadelheim, den 14.10.1976 Peter Schult

ANWÄLTE FORDERN ZULASSUNG VON ASSESSOR KNÖSS

FRANKFURT (ID) 4. November

20 Frankfurter Rechtsanwälte nehmen in einer gemeinsamen Presseerklärung zu den Repressionen der Justiz gegen den Assessor Gerhard Knöss Stellung. (Vgl. ID 106, 112, 113)

„Die unterzeichnenden Rechtsanwälte protestieren entschieden gegen die Praktiken der Frankfurter Justiz im Falle des Assessors Gerhard Knöss.

Assessor Gerhard Knöss bemüht sich in einem noch schwebenden Zulassungsverfahren um seine Zulassung als Rechtsanwalt. Assessoren, die noch nicht als Rechtsanwalt zugelassen sind, treten allendhalben als Verteidiger in Strafprozessen auf, wo sie auf der Grundlage der gesetzlichen Regelung in § 138 Abs.2 der Strafprozessordnung vom Vorsitzenden zugelassen werden können und in der Praxis stets zugelassen werden.

Einzig im Fall des Assessors Gerhard Knöss gehen Richter am Amtsgericht Frankfurt/Main von dieser Praxis davon ab und dazu über einen Assessor von der Verteidigung auszuschließen.

Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main hat ein ustizinternes Rundschreiben versandt, das sich als Bericht über den Stand des Zulassungsverfahrens gibt. Das Rundschreiben wird von einigen Richtern offenbar als generelle Anweisung verstanden, Gerhard Knöss das Auftreten als Strafverteidiger zu untersagen. Das ist auch der Sinn des Rundschreibens; es erging, nachdem die Staatsanwaltschft zunächst in einem Einzelfall einen Richter vergeblich darum angegangen hatte, Assessor Knöss von der Verteidigung auszuschließen.

(Mittlerweile hat der Oberstaatsanwalt seine Staatsanwälte direkt angewiesen, in jedem Fall, in dem Gerhard Knöss als Verteidiger tätig zu werden versucht, Ermittlungsverfahren wegen Verstosses gegen das Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz einzuleiten, über das Auftreten von Gerhard Knöss im Detail nach oben zu berichten und sicherzustellen, daß ehrengerichtlich gegen Rechtsanwälte vorgeganger wird, die Assessor Knöss eine Untervollmacht ausstellen).

Richter sind von Verfassungswegen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen (Artikel 97 Abs. 1 des Grundgesetzes). Sie dürfen Anweisungen, mit denen in ihre richterliche Tätigkeit hineinregiert wird, garnicht befolgen. Daß gleichwohl massiver Druck auf Richter ausgeübt wird, daß in Frankfurt/Main sogar Staatsanwälte die Hoffnung haben können, Frankfurter Richter würden sich diesem Druck fügen und daß diese Hoffnung dann auch noch in Erfüllung geht, rechtfertigt schwere Befürchtungen für den Bestand und die Geltung von Verfassungssätzen im Bereich der Frankfurter Justiz."

PROZESS WEGEN MEINHOF-DEMONSTRATION

FRANKFURT (ID) 3. November

Die erste und (vielleicht)letzte Gerichtsverhandlung gegen einen der 14 im Zusammenhang mit der Frankfurter Demonstration zum Tod von Ulrike Meinhof im Mai Verhafteten soll am 10. November durchgeführt werden. Ankläger ist Staatsanwalt Eckert, von dem man sagt, daß er sich schon immer gut mit der Richterin Horstkottke verstanden habe. Angeklagt ist Günter Ostertag.

Zu vermuten ist, daß der Prozeß gegen Ostertag unbemerkt durchgezogen werden soll, weil man nach dem Reinfall mit Gerhard Strecker oder danach Gisela Ickler endlich doch ein abschrekkendes Beispiel gefunden zu haben glaubt. Anklage ist erhoben worden wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und so weiter. Ostertag soll angeblich Steine gegen Polizisten und Wasserwerfer geworfen haben. Der Prozeß findet statt am Mittwoch, dem 10. November um 9 Uhr vormittags im Gerichtsgebäude in der Konrad-Adenauer-Str. 20, Raum 252. Kommt, damit den letzten nicht die sprichwörtlichen Hunde beissen!

ZU GERÜCHTEN ÜBER KREBSVERDACHT BEI BAADER UND SCHUBERT

STUTTGART (ID) 2. November

Das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa teilt in einer Presseerklärung vom 26.10. durch die Rechtsanwälte Dr. Heldmann und Schily mit: „Zu der Lancierung der Gerüchte über Krebsverdacht und „umfangreiche Wucherungen" durch die Bundesanwaltschaft über einen Journalisten aus der Justizpressekonferenz am 25.9.1976 ist festzustellen:

Am 8.9.1976 wurden bei zwei Gefangenen, Andreas Baader und Ingrid Schubert, Schwellungen von 14 — 17 Jahre alten Operationsnarben bzw. bei Andreas Baader von Gesichtsverletzungen bemerkt. Die Gefangenen haben daraufhin beschlossen, daß Andreas Baader, da er noch in Untersuchungshaft ist, sich von einem Gutachter im Prozeß Stammheim, Professor Schröder, untersuchen läßt. Prinzing ließ das zu.

Die Ursache der Reaktion konnte trotz umfangreicher Untersuchungen — darunter eine Gewebsuntersuchung — nicht festgestellt werden. Krebsverdacht ist weder von den Gefangenen geäußert worden noch hat der Befund irgendwelche Hinweise darauf ergeben."

AUFRUF ZUR INTERNATIONALEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION ZUM TOD VON ULRIKE MEINHOF, SIEGFRIED HAUSNER, HOLGER MEINS, UND KATHARINA HAMMERSCHMIDT

BERLIN (ID) 2. November Die Antifaschistische Gruppe c/o Dümlein, Postfach 131, 1000 Berlin 61, hat uns folgenden Aufruf zugeschickt. (s. ID 145): „Nachdem die Nachricht vom Tod Ulrikes die Weltöffentlichkeit erreichte, wurde von vielen Gruppen und Persönlichkeiten im In- und Ausland die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission gestellt, unter anderem von der Gruppe Medicina Democratica (Ärzte, Psychiater, Psychologen) auf ihrem Gründungskongreß in Bologna; dem Präsidium des Parteivorstandes der DKP; 14 französischen Schriftstellern, u.a. Simone de Beauvoir, Marguerite Duras, Jean Paul Sartre; Partie Socialiste Unifie; dem Bundesvorstand des MSB; der Deutschen Sektion von Amnesty International; der Humanistischen Union; der Liga für Menschenrechte; der Evangelischen Studentengemeinde-Zentrale; dem Verband linker Buchläden, usw.

Am 26. August 1976 stellte in Stuttgart auf einer Pressekonferenz der Justizkritische Ausschuß im Verband Deutscher Schriftsteller und das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa diese Internationale Untersuchungskommission vor. Die Untersuchungskommisssion wird gebildet von:
Johann van Minnen: Ombudsmann in den Niederlanden,
Elwin Nauta: Professor für Philosophie in den Niederlanden,
Lelio Basso: Professor für Völkerrecht in Rom, ehemals Präsident des Vietnam-Tribunals,
J.P. Jenssen: Professor für Psychologie in Dänemark,
Hendrik Kaufholz: Journalist aus Dänemark,
J. Israel: Professor für Soziologie in Schweden, — ehemals Mitarbeiter im Vietnam-Tribunal,
Denis Payot: Rechtsanwalt aus Genf und Generalsekretär der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte an der Uno,
John McGuffin: Dozent am Technological College in Belfast, Autor der Bücher „Internment" und „Guinea Pigs" — ein Buch über die an Iren angewandten Kapuzenfolter,
Michele Beauvilard: Rechtsanwältin aus Paris, ehemalige Verteidigerin von Ben Bella.

Geplant ist, daß die IUK Ende Oktober in Amsterdam ihre erste öffentliche Arbeitssitzung haben wird.

Die Mitglieder der IUK sind sich inzwischen soweit einig, daß die genaue Aufklärung der Umstände des Todes von Ulrike nur möglich ist, wenn sie ihre Untersuchungsarbeit auch auf die Aufklärung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Katharina Hammerschmidt ausdehnen. Bei der Aufklärungsarbeit wird versucht werden, alle Umstände, wie die medizinischen, die juristischen, die kriminologischen und die politischen Umstände zu berücksichtigen.

Daß diese Untersuchungskommission international ist, schafft die Möglichkeit, das Schweigen der vom westdeutschen Staatsschutz kontrollierten Öffentlichkeit (Presse, Fernsehen etc.) zu durchbrechen. Es hat sich in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, daß das Ausland aufgrund seiner Erfahrungen mit dem NS-Faschismus sehr sensibel auf alle faschistischen Tendenzen in der BRD reagiert, aufmerksam die Geschehnisse in der BRD verfolgt und bereit ist, gegen eine erneute faschistische Vereinnahmung seitens deutscher Machthaber zu kämpfen. In fast allen europäischen Staaten haben sich Komitees gebildet, die in ihren jeweiligen Ländern über die Vorgänge in der BRD Öffentlichkeit herstellen. Wie sehr der BRD-Staat diese internationale Öffentlichkeit fürchtet und in der bruchlosen Durchsetzung seiner Unterdrückungsstrategie sich gestört und behindert fühlt, können wir aktuell ablesen an seiner Reaktion auf die Vorgänge um Pohle in Griechenland. Wir können dies ablesen aus seiner Reaktion auf die IUK hin. Die Öffentlichmachung ihrer Existenz wurde in der bundesdeutschen Presse verschwiegen, zugleich wurde sich beeilt, alle der Selbstmordversion widerstreitenden Offenlegungen in Grund und Boden zu stampfen (siehe Reaktion auf den Observer-Artikel).

Insofern stellt eine Internationale Untersuchungskommission ein Instrument dar, diesen Staat in die Enge zu treiben, aus der heraus er nicht ungeschoren seine Menschenvernichtung weitertreiben kann. Das heißt, sie ist eine Möglichkeit, einen Schutz für die politischen Gefangenen in der BRD herzustellen und so weitere Morde an den gefangenen Revolutionären zu verhindern. Der Kampf, eine internationale Untersuchungskommission ins Leben zu rufen, war weiterhin eine notwendige Konsequenz aus den Erfahrungen der letzten Jahre.

Unsere Proteste und unser Widerstand in den vergangenen Jahren gegen die Vernichtungshaft an den politischen Gefangenen in der BRD waren integrierbar. Unser Handeln erschöpfte sich in Dokumentationen, Flugblättern und Strafanzeigen. Dadurch, daß sich dieser Protest und Widerstand nur innerhalb der nationalen Grenzen bewegte, konnte er verschwiegen und ins Abseits gedrängt werden. Mittels der Strafanzeigen hat man sich an die gleichen Gerichte/Staatsanwälte gewandt, denen objektiv die Mitverantwortung an den Geschehnissen in den Gefängnissen zur Last gelegt werden muß. Ankläger, Richter und Angeklagte zugleich hatten über die Strafanzeigen zu befinden. Folgerichtig wurden alle Strafanzeigen als unbegründet abgewiesen und mit Gegenstrafanzeigen beantwortet. Jüngstes Beispiel dafür ist der Prozeß, der Rechtsanwalt Schily in Berlin gemacht wirde.

Es war also notwendig, ein Instrument zu schaffen, das Unabhängigkeit von staatlichen Kontrollen und Funktionalisierungen gewährleistet. Insofern stellt die IUK ein von uns geschaffenes, autonomes Gremium dar, in das wir Vertrauen haben können, daß es der Wahrheit auf den Grund gehen wird.

Daher, unterstützt die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission, um die weitere Vernichtung an den politischen Gefangenen zu verhindern!

Schöpft alle Möglichkeiten aus, um die finanziellen Voraussetzungen für die Arbeit des IUK zu schaffen. Die Dänen haben bereits verschiedene Veranstaltungen durchgeführt und Geld gesammelt, um die erste Arbeit finanzieren zu können. Es wird Geld gebraucht für Vervielfältigungen der Dokumente, Post, Telefon, Reisen, Zeugen, usw.

Spendet auf die Konten: W. Zitzlaff, Staufenberg, Postscheck Essen, Nr. 135824-439, Stichwort „IUK", oder 2. Internationales Verteidigungskomitee, Postscheckkonto Stuttgart Nr. 2441409, Stichwort „Letzte Texte".

DER KONTAKTBEREICHSBEAMTE — DEIN FREUND UND BULLE

WESTBERLIN (ID) 3. November „Bereitschaftspolizei heute" heißt ein Monatsmagazin, das nicht nur für diese interessant ist. In der Septembernummer schreibt ein KoBB beispielsweise über seine Vermittlungsarbeit „zwischen gesetzlichen Regelungen und den Bedürfnissen der Bürger". Daß dies zweierlei ist, hat er schon ganz richtig erkannt. Wie es sich damit im einzelnen verhält, kann keiner besser beschreiben, als ein KoBB selbst. Vierzig davon gibt es im Bezirk Tiergarten:

„Ich bin einer von ihnen, 49 Jahre alt, im Bezirk aufgewachsen und dort seit 25 Jahren Schutzmann. Ausgerüstet mit Funkgerät und Umhängetasche für diverse Vordrucke sind wir in den eineinhalb Jahren unserer Tätigkeit dem Bürger vertraut geworden. Man hat uns angenommen, wir gehören zum Kietz. Jeder von uns hat seinen abgegrenzten Bereich mit ca. 4.000 Einwohnern. Hier sind wir eigenverantwortlich tätig. Mir wurde der Bereich Nr. 22 im Abschnitt 33 anvertraut, deshalb bin ich der KoBB Nr. 3322.

Wir suchen ständig die persönliche Begegnung mit der Bevölkerung und verstehen uns als deren Ansprechpartner. Der Bürger soll wissen, daß er sich nicht mit dem anonymen Apparat „Polizei" auseinandersetzen muß, sondern mit einem Menschen, den er kennt, dem er oft begegnet, der mit ihm an der Ecke auch mal ein Schwätzchen hält.

Wichtig ist es, Zeit für die Menschen zu haben und zuhören zu können, auch wenn die Gespräche mitunter aus polizeilicher Sicht völlig uninteressant und beinahe lästig sind. Dennoch kommen wir

auf diese Weise zu Informationen, die für allgemeine polizeiliche Erkenntnisse von großer Wichtigkeit sein können.

Der KoBB kann natürlich in seinem Bereich keine „heile Welt" schaffen. Die überwiegenden polizeilichen Aufgaben werden von den Kollegen des Funkstreifendiensts in harter Schichtarbeit wahrgenommen. Diese Kollegen haben keine Zeit für ein Schwätzchen an der Ecke. Für gemeinsame polizeiliche Erfolge ist zwischen KoBB und den anderen Dienstzweigen eine gute und kollegiale Zusammenarbeit unerläß lich. Wenn der KoBB als Einzelbeamter mit seinem Funkgerät einmal Hilfe herbeirufen muß, sind die Kollegen in kürzester Zeit zur Stelle.

Ein gutes Hilfsmittel für alle Sparten der Polizei ist die von uns zu erstellende Strukturkartei. Hier ist jedes einzelne Haus mit Personalien des Eigentümers, Verwalters, Hauswartes, Besonderheiten wie z.B. Klingeltableau usw., auf einer Karteikarte erfaßt. Hinter dem Hausblatt liegen Karten über die dort ansässigen Gewerbebetriebe und besondere Karten , die über polizeilich relevante Objekte Auskunft geben. Die Strukturkartei ist jedem Polizei-Angehörigen am Tage und auch nachts zugänglich. Sie wird stets auf dem neuesten Stand gehalten.

Neben der sehr wichtigen Präsenz auf der Straße erledigen wir die für denAußendienst anfallenden Ordnungsaufgaben wie z.B. Amtshilfeersuchen anderer Behörden, Ermittlungen für die Meldeunterlagen, zwangsweise Kfz-Stillegungen, Angelegenheiten des Umweltschutzes und dergleichen mehr. Bei Erledigung dieser Vorgänge haben wir Gelegenheit zur Kontaktaufnahem mit einzelnen Bürgern und Firmen, wobei wir zu neuen Erkenntnissen gelangen. Im Rahmen der Kompetenzen bieten wir der Bevölkerung unsere Hilfe an. Diese Kompetenzen sind weit gesteckt."

Richtig rührselig wird es, wenn der KoBB beschreibt, wie er einem alten Opa hilft, eine überhöhte Fernsprechrechnung zu korrigieren und ihm den Apparat auch noch vier Treppen hochschleppt, aber der Schweiß hat sich gelohnt:

„Ein etwas übertriebener Bürgerservice, aber Opa revanchierte sich mit Informationen über Land und Leute. Es war schon ein guter Tip dabei."

Schließlich kommt er zum Resumee:

„Die Leute erkennen, daß hier jemand bemüht ist, die Sicherheit und Ordnung mit aufrecht zu erhalten. Schon vor Abschluß der Polizeireform werden 722 KoBB im Straßendienst, 18 bei der WSP (WEstberliner Schutzpolizei ?) und 16 berittene Kollegen in dieser Stadt Dienst versehen, immer bereit,zwischen gesetzlichen Regelungen und den Bedürfnissen der Bürger zu vermitteln."

POLIZEIALLTAG

FLENSBURG/FRANKFURT (ID)
28. Oktober

Einzelheiten aus dem rechtsstaatlichen Normalzustand vermitteln zwei Berichte von Polizeiaktivitäten in Flensburg und Frankfurt:

„Verschiedene Glücksburger und Flensburger Genossen wurden ab dem 27.9. von 2 Zivilen per Auto (gelber Ford Consul, BN–TY 724) verfolgt und fotografiert. Das 1. Polizeirevier Flensburg wollte eine diesbezügliche Anzeige der Genossen nicht aufnehmen. Begründung: Gewissen Stellen sei das Verfolgen und Fotografieren von Einzelpersonen gestattet. Die Genossen sollten in ihrer Lebensweise nachforschen, vielleicht fänden sie Anhaltspunkte für ein solches Vorgehen.

Der Ford wurde noch öfter vor dem Glücksburger und dem Flensburger Revier gesehen. Am Freitag gelang es dann, die Insassen zu fotografieren. Diese hetzten daraufhin 2 Streifenwagen auf das Auto, aus dem vermeintlich fotografiert wurde. 2 Autos wurden erfolglos nach einer Kamera durchsucht, eines beschlagnahmt, da die Papiere angeblich nicht in Ordnung seien. Abends begaben sich der Fahrzeughalter und 3 weitere Genossen zum Glücksburger Revier. Der Halter wurde aufgefordert, die Wache allein, ohne Zeugen zu betreten. Als ein anderer Genosse die Wache betreten wollte, wurde er vom Beamten Hennings brutal die Treppe hinunter geprügelt. 2 Genossen versuchten Hennings daran zu hindern, doch er schlug auch auf diese wild ein. Nachdem Hennings sich mit 2 weiteren Polizisten beraten hatte, wurde der Kfz-Schlüssel unter den üblichen faschistischen Bemerkungen herausgegeben. Die Bespitzelungen fanden in den nächsten Tagen immer noch statt."

Eine Überprüfung in Frankfurt: „Gegen 2 Uhr nachts parkte ich meinen Wagen in der Nähe meiner Wohnung in Bockenheim. Ich ging nochmal zum Auto zurück, um mein Portemonaie zu holen, als ich in 10 Meter Entfernung einen grauen Opel anhalten sah. Zwei bullige Typen stiegen aus, kamen auf mich zu und hielten mir ihren Dienstausweis unter die Nase. – Zivilstreife – Sie wollten PErsonalausweis und Führerschein überprüfen. Ich erklärte, daß ich die Papiere erst in der Wohnung holen müßte und ging los. Einer der Bullen ging mir hinterher, ich ging schneller, der Bulle auch. Dann machte ich hastig die Haustür auf und schlug sie gleich hinter mir zu. Durch ein Fenster im Erdgeschoß reichte ich dann meine Papiere raus. Sie wollten dann noch den KFZ-Schein sehen – der war im Handschuhfach und so mußte ich nochmal raus. Nachdem alles das über die Bühne gegangen war, fragte ich, was das alles soll. Sie gaben mir zur Antwort, es sei auch in meinem Interesse, daß sie mich vor Autodieben schützten. Bei meinem uralten Ford wirkt diese Erklärung sehr glaubwürdig."

DER „JUGENDPOLIZIST" IST IM KOMMEN

FRANKFURT (ID)
3. November

Seit März dieses Jahres, als Frankfurts Polizeipräsident Müller eine Sondereinheit für Jugendschutz ankündigte, gibt es wiedersprüchliche und unklare Gerüchte über die Einführung von sogenannten Jugendpolizisten (Jupos). Der Stand der Planung ist nicht bekannt, aber im Jugendhaus Niederrad tauchte bereits des öfteren ein Polizist auf, der sich als zukünftiger Jupo vorstellte.

Jugendliche aus dem Jugendhaus Eschersheim organisierten daraufhin am 1. 10. eine Diskussion mit Vertretern der Polizei. Ausser diesen fand sich niemand bereit, das Jupo-Projekt zu unterstützen, die Jugendlichen wehreten sich entschieden gegen den Plan. Schon die jetzige Situation, in der beispielsweise vom 12. Revier über das Jugendhaus gesagt wird, „alles Kriminelle", sei unerträglich. Frau Freier von der weiblichen Kriminalpolizei, die auch an der Diskussion teilgenommen hatte, rief sogar später bei einer Jugendhausmitarbeiterin an, um Informationen über besonders kritische Diskussionsteilnehmer zu bekommen!

In einem offenen Brief von Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Erziehern in der ÖTV wird auf das Projekt eingegangen:

„Die Unterzeichner wenden sich gegen die von der Frnkfurter Polizeiführung geplante Einführung von Jugendpolizisten. Sie sehen in der geplanten Einführung von Jugendpolizisten

– eine verstärkte Kontrolle und totale Überwachung von Jugendlichen und in der Jugendarbeit tätigen Kollegen und
– die Untergrabung des Vertrauensverhältnisses von Jugendlichen und Sozialarbeitern und damit die Verhinderung von sinnvoller politisch-pädagogischer Jugendarbeit.

Jugendpolizisten als Reaktion auf Jugendarbeitslosigkeit und steigende Jugendprobleme, Jugendkriminalität, Alkoholismus, Drogenkonsum ..., sind nicht zu vertreten, da sie nicht die Ursachen bekämpfen, sondern nur die Symptome. Darüberhinaus weisen die Erfahrungen mit der Polizei in Jugendhäusern darauf hin, daß die geplanten Jugendpolizisten noch systematischer als schon jetzt geschehen zur Bespitzelung von Jugendlichen und Mitarbeitern in Jugendeinrichtungen eingesetzt, sowie alle Ansätze für eine politisch verstandene Jugend- und Sozialarbeit zerstört werden können.

Nachdem uns schon durch die Liquidierung des Zeugnisverweigerungsrechts, durch die geplante Anzeigepflicht aller Tätigkeiten neben dem Beruf und anderen Maßnahmen gleicher couleur zunehmende Disziplinierung verordnet werden soll und schon ist, bedeutet die Einführung der Jupos für alle die Kollegen, die in der Jugendarbeit beschäftigt sind, eine weitere unverschämte Provokation unserer inhaltichen Arbeit, ist die neueste Variante im Prozeß der totalen Gleichschaltung.

Was bei den Jugendlichen als Maßnahme gegen jegliche „nonkonforme" Verhaltensweise, eben auch die nicht unmittelbar politischen gerichtet ist, zeigt sich bei uns als Bestandteil des verstärkten Prozesses politischer Unterdrückung und Disziplinierung.

Alle Kollegen, Jugendlichen, Eltern und verantwortungsbewußte Bürger sind aufgefordert, Aktionen gegen die Einsetzung der Jugendpolizei mitzuplanen und mitzutragen, dafür zu sorgen, daß dieses erneute Konzept der politischen Unterdrückung der Jugendlichen und Kollegen im Bereich der sozialen Arbeit scheitert."

(verabschiedet am 21.10.1976)

SCHULAMT VERBIETET BESUCH EINER FRIEDENSPÄDAGOGISCHEN AUSSTELLUNG

HECHINGEN (ID) 2. November

Das staatliche Schulamt Balingen hat die Erlaubnis zum Besuch der Ausstellung: „Es ist so schön Soldat zu sein" verweigert. Die Ausstellung war bis zum 30. Oktober in Tübingen; sie war eingerichtet worden von der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen und der Arbeitsgruppe Friedenspädagogik e.V. Die Schwerpunkte der Ausstellung waren: Waffengeschichtlicher Überblick, Waffenanwendung und deren Auswirkung, Erziehung zum Militarismus, Kriegspropaganda/Militärpropaganda 1914 – 1976.

Nachdem mehrere Klassen verschiedener Schulen der südwürttembergischen Stadt Hechingen diese Ausstellung besucht hatten, wollten auch einige Klassen der Realschule sie besichtigen. Doch der Rektor bekam vom Schulamt Balingen keine Erlaubnis zum Besuch der Ausstellung im Rahmen des Unterrichts. Eine Begründung des Verbotes erhielt er auch nicht. Das Oberschulamt Tübingen teilte der Ortsgruppe Hechingen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (Postfach 1151, 7450 Hechingen) auf Anfrage mit, es gebe keine juristischen Gründe gegen den Besuch der Ausstellung.

JUGENDZENTRUM HOLLE: ERFAHRUNGEN

HILDESHEIM (HIZ/ID) 2. November

Bei Eröffnung des Jugendzentrums November '75 hatten die meisten bestimmt nicht mit den Schwierigkeiten gerechnet, die einem Jugendzentrum von innen her drohen. So zeigten sich nach einem schwungvollen Beginn etwa Mitte des Jahres die Folgen von mangelnder Solidarität und geringer Einsatzbereitschaft ganz deutlich:

In der Woche über „verwilderte" das täglich geöffnete Jugendcafe. Vor allem Jüngere randalierten oft und zerstörten Teile des Inventars. Es fanden sich kaum noch Erwachsene zur „Aufsicht" bereit – eine Auflage der Gemeinde.

Der Jugendrat, unser Selbstverwaltungsorgan, wurde dagegen deutlich von einer festen Gruppe Älterer beherrscht, die sich aber sonst kaum im Jugendzentrum sehen ließen, weil sie ‚andere Interessen' hatten, anstatt sich bei den nötigen praktischen Arbeiten zu beteiligen. Soziale Gegensätze kamen zum Vorschein.

Die Gruppenarbeit und die meisten Sonderveranstaltungen richteten sich nach den Interessen dieser Gruppe. Die meisten Arbeitsgemeinschaften lösten sich nach kurzer Zeit wieder auf.

Die Studenten vom Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule, die hier Projektarbeit leisteten, ließen sich fast alle nach kurzer Zeit nicht mehr bei uns blicken. Es zeigt sich, daß erwachsene Mitarbeiter aus dem Ort den Studenten vorgezogen werden müssen, die damit meist nur Studiumsziele verfolgen.

Nur mit den sonnabendlichen ‚Discotheken' hatten wir nie Schwierigkeiten – es kommen meist über 100 Jugendliche. Tätlichkeiten halten sich in Grenzen. Es ist ja auch leichter, jemanden für eine derartige Konsumveranstaltung zu gewinnen, als einmal bei den anfallenden Arbeiten tatkräftig mitzuhelfen.

Daß dies nicht so weitergehen konnte, sahen wohl alle ein, und wir beschlossen, den offenen Betrieb wochentags einzustellen und statt dessen in der Zeit das Jugendcafe gründlich zu renovieren. Dabei wurden die gemachten Erfahrungen verwertet, und anstelle von ausrangierten Polstermöbeln kamen jetzt rustikale, selbstgebaute Möbel ins Jugendcafe, die wir aus alten Balken, billigen Holzschwarten und Wagenrädern fertigten, mit dem Ergebnis, daß der Raum jetzt wesentlich besser aussieht als je zuvor. In Zukunft sollen die Öffnungszeiten drastisch gekürzt und auf Schwerpunkte (Wochenende) verlagert werden. Dafür sollen den Jüngeren mehr Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden, z.B. in einer eigenen Holzwerkstatt. Die Einrichtung einer Werkstatt für KFZ und Motorräder ist für uns aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht möglich, denn wir müßten für jede selbstgemachte Reparatur haften und eine fachliche Aufsicht stellen! Welches selbstverwaltete Jugendzentrum kann sich das leisten?

Während der Arbeiten konnten neue Mitarbeiter gewonnen werden, zum Beispiel Arbeitslose, die hier eine ganztägige Beschäftigung finden.

Mit einer Wochenendtagung Ende August bemühten wir uns, die Sache weiter voranzutreiben. Es gelang. Vertreter aus allen im Jugendzentrum tätigen Gruppen waren da. Hauptziel der Tagung war es, gegen die Cliquenwirtschaft und persönliche Reibereien anzugehen, die dem Jugendzentrum schaden. Vor allem sollte der Unterschied abgebaut werden, daß die Einen (die meist durch ihre Schulbildung redegewandt sind) im Jugendrat bestimmen, was getan wird, und die Anderen (die mehr handwerkliche Fähigkeiten haben) das ausführen, meist aber so, wie sie es wollen. Auch in einem selbstverwalteten Jugendzentrum zeigen sich die Unterschiede der Gesellschaft.

Natürlich kann man von einer Tagung nicht eindeutige Ergebnisse verlangen, und bisher hat sich auch nicht sehr viel geändert. Es ist unsere Aufgabe, uns unsere Fehler immer wieder bewußt zu machen.

Insgesamt wurde die Tagung doch recht gut beurteilt, auch wenn man die Ergebnisse sieht, die sonst erzielt wurden. (Praktische Vorschläge zu Einrichtung, Gruppenarbeit, Veranstaltung, Jugendrat, usw.)

Inzwischen sind mit viel Arbeit weitere Räume neugestaltet worden, z.B. ein Nebenraum mit Bar und ein Raum für Disco-Veranstaltungen, an dem 5 Leute an einem Abend bis 2.00 Uhr nachts gearbeitet haben.

Um die Kosten für den Umbau aufbringen zu können, veranstalten wir so gut wie jeden Sonnabend eine Discothek, bei der die Jugendlichen das aufbringen müssen, was uns öffentliche Hände versagen.

Am 30. und 31. Oktober feiern wir also Neueröffnung des Jugendcafes und das einjährige Jubiläum des Jugendzentrums gemeinsam. Der Samstag ist wieder ganz den Jugendlichen gedacht: Mit einer Rockband, einer Disco und Solisten soll jedem Geschmack gerecht werden. Der folgende Sonntag ist ein Tag der offenen Tür, um alle Kritiker und Gerüchteköche vom Gegenteil zu überzeugen. Mit Folk- und/oder Jazzmusik wird auch den Jugendlichen etwas geboten. Bis dahin! echo. Hinweis: Das Protokoll der Wochenendtagung und unsere Zeitung „Hypodrom" sind über folgende Adresse zu haben: Jugendzentrum Holle-Sottrum, z. Hd. Jugendrat, Sottruner Str. 8, 3201 Holle 5.

PROZESS GEGEN ANTIMILITARISTEN

SIGMARINGEN (ID) 3. November

Sieben Zeitungsverteiler, die die Soldatengruppe in Stetten am kalten Markt (Schwäbische Alb) unterstützten, bekamen am 5. Oktober vor dem Amtsgericht Sigmaringen ihren Prozeß. Vorausgegangen waren Repressionen gegen die Zeitung dieser Gruppe, „Gegendruck". Wegen ihr wurde in Stetten schon Tränengas eingesetzt, Disziplinarstrafen verhängt und Spinde durchsucht (siehe auch ID 123, 127).

Die sieben Angeklagten hatten die Zeitung im April vor verschiedenen Kasernen verteilt. Vorgeworfen wurde ihnen nun lediglich Verkehrsbehinderung. Zwei Polizisten hatten damals die Personalien aufgenommen. Im Prozeß wurde bekannt, daß sowohl die Bundeswehr als auch ein Kneipenwirt die Polizei informiert hatten. Der Polizeizeuge: „Da wußten wir, was auf uns zukommt". Die Zeugenvernehmung drehte sich hauptsächlich um die Frage, wieweit die Zeitungsverteiler nun auf die Fahrbahn vorgedrungen seien und ob dadurch der Verkehr blockiert worden sei. Dem Richter war es nur eine „Belästigung des Verkehrs" Er sprach eine Angeklagte frei, das Verfahren gegen die anderen wurde eingestellt. Das ergebe sich aus der Abwägung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung.

Die Soldatengruppe arbeitet weiter, man kann gespannt sein auf das Erscheinen des neuen „Gegendrucks".

KAMPF UM EIN NEUES JUNGARBEITER-UND SCHÜLERZENTRUM

WESTBERLIN (INFOBUG/ID) 4.November

Die alten Räume des Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrums (SJSZ) sind vor vier Wochen abgebrannt (ID 147). Dieser Brand hält uns aber nicht ab, weiter ein Freizeitzentrum für Jugendliche in neuen Räumen zu betreiben. Unser Vertrag mit dem Bezirksamt Schöneberg besteht weiter. In diesem Vertrag haben wir das Weiterbestehen der Selbstverwaltung unseres Jugendzentrums abgesichert:

1. Der Vertrag endet nicht mit dem Verlust der Räume.
2. Bei Verlust (Brand, Abriss usw.) der alten Räume haben sich das Bezirksamt und das SJSZ unverzüglich um neue Räume zu bemühen.

Nach den ersten Verhandlungen mit dem Bezirksamt kam aber heraus, daß sie keinerlei Interesse haben, unser Jugendzentrum weiter zu unterstützen. Mit der Begründung, daß es schwer ist, Ersatzräume in Schöneberg zu finden und daß die finanziellen Mittel für solche Freizeitprojekte nicht ausreichen, wollen sie sich aus der Affäre ziehen. Da wird auf der einen Seite teure Propaganda gegen Jugendalkoholismus betrieben und auf der anderen Seite will man uns ein Jugendfreizeitheim abnehmen.

Da machen wir aber nicht mit!

Denn wir haben ein Recht auf ein neues Zentrum. Die Tatsache,daß die Kinder und Jugendlichen , die vor dem Brand im SJSZ waren, jetzt auf der Straße oder in der Kneipe sitzen, scheint das Bezirksamt nicht zu interessieren. Wir haben oft genug dem Bezirksamt konkrete Projekte vorgeschlagen, die für uns die beste Lösung wären: zur Zeit die beiden Läden in der Hohenstaufen/Ecke Habsburgerstraße (ehemalige Sexbar und Waschsalon). Diese Läden gehören dem Bezirksamt und stehen seit einem Jahr leer. Bis jetzt gibt es auch noch keine neuen Mieter dafür.

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, und weil wir die Schnauze voll haben, weiter auf der Straße zu sitzen,wollten wir am Freitagabend in den neuen Räumen unser neues Jugendzentrum eröffnen. Doch als wir dort ankamen, hatten die Bullen den Laden bereits mit einer Hundertschaft besetzt, um die Jugendlichen zusammenzuschlagen. Als wir darauf eine spontane Demonstration zum alten Zentrumsgelände machten, wußten die Bullen nicht, was sie machen sollten. Sie holten den Jugendstadtrat Michael Barthel aus dem Bett, doch der erklärte sich wieder mal für nicht ausreichend befugt, uns die Räume zu geben. Daraufhin ließen wir ihn stehen mit der Forderung: Verhandlungen gibt es nur in den neuen Räumen und mit allen zuständigen Leuten vom Bezirksamt.

SONNABEND, 30.10.:"Wenn wir nicht in die Räume kommen, müssen wir das Jugendzentrum auf der Straße machen!"

Mit diesem Aufruf machten wir am Sonnabend ein Straßenfest auf dem Winterfeldmarkt und vor den neuen Räumen in der Habsburgerstraße mit Tee, Erbsensuppe, Musik- und Walde-Theater. Es dauerte gut eine Stunde, bis die Bullen begriffen, was los war und dazu übergingen, die Straße zu räumen. Sie brauchten dazu doppelte so viele von ihrem Prügelkommando als am Abend vorher. Und das, obwohl wir weitaus weniger waren, als bei der Demo. Die Bullen kassierten Wandzeitungen ein und verhafteten 3 Leute vom Tommi-Haus, weil diese Flugblätter verteilten. Die drei wurden zwar wieder freigelassen, aber dies blieb nicht der einzige Bulleneinsatz: Genau die selben Typen überfielen in den frühen Morgenstunden (6 Uhr) das Thomas-Weißbecker-Haus. Sie rückten mit Hunden und ohne Durchsuchungsbefehl an und verhafteten 2 Leute mit der Begründung, es liege eine Anzeige wegen ruhestörendemLärm vor.

SONNTAG, 31.10.: um 14 Uhr machten wir wieder ein Straßenfest vor den neuen Räumen. Es waren diesmal mehr Leute da und die Stimmung war sehr dufte. Erst ließen sich die Polizisten nicht blicken, aber so um 17 Uhr kamen sie mit über 100 Mann, um die „illegale Versammlung" aufzulösen. Sie zerstörten einen Teil unserer Sachen, prügelten brutal auf die Jugendlichen und selbst auf Kinder ein und verhafteten vier Leute.

Uns ist klar, was hier für ein Spiel gespielt wird: die Solidarität derer, die unsere Forderung nach Selbstverwaltung unterstützen, soll zerschlagen werden. Wir lassen uns aber nicht aufhalten. Wir werden weiterkämpfen für ein neues Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum. Wir müssen aber noch mehr werden.

Bleibt nicht in euren Buden sitzen, sondern kommt uns unterstützen!!

Unser Spendenkonto: Berliner Commerzbank Kto. Nr. 15 93 102

MEDIEN-COOPERATIVE DRITTE WELT

MÜNCHEN (ID) 3. November

„Dritte Welt – Medien für die Gruppenarbeit" ist der Titel einer Wochenend-Tagung für Multiplikatoren über alternative Medien zu Fernsehen und Buch, die am 10. bis zum 12. Dezember im Haus International in München, Elisabethstraße 87 stattfindet. Beginn: Freitagabend, 10. Dezember, 20 Uhr.

Dieser Workshop versteht sich als ein weiterer Schritt in Richtung einer besseren Medienpraxis aller entwicklungspolitisch und -pädagogisch Tätigen. Die Synchronisation von Medienbedürfnissen der entwicklungspolitischen Gruppen, Arbeitskreise, Spielstellen etc. einerseits und der Produktion und des Vertriebes von Filmen und AV-Medien andererseits kann langfristig nur geleistet werden von einer unabhängigen, überregionalen Cooperative. So haben zum einen von den üblichen Geld- und Auftraggebern emanzipierte Filmprojekte nur dann eine Chance, wenn sie mit Optionen der entwicklungspolitischen Gruppen rechnen können. Darüberhinaus kann eine solche Cooperative den Filmemachern zu essentiellen Kontakten und Recherchenmaterial verhelfen. Weiterhin betreibt eine solche Cooperative eine aktive Verleihpolitik, garantiert Einsatzbegleitung und Evaluierung von Einsatzberichten. Schließlich können die Mediennutzer ihre inhaltlich-thematischen Bedürfnisse an Produzenten und Verleiher herantragen und den Machern didaktische Kriterien auf der Basis der Einsatzerfahrung an die Hand geben.

Dieses ehrgeizige wie dringend notwendige Projekt wird nicht von heute auf morgen verwirklicht, doch die ersten Schritte sind bereits getan, eine erste Zusammenarbeit findet bereits statt.

Zuschüsse und eventuell volle Erstattung der Fahrt- und Tagungskosten sind möglich.

Träger sind die Evangelische Akademie Tutzing, die Entwicklungspolitische Buchgesellschaft (epog) München, das Zentrum für

audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit (AVZ) München. Mitwirkende: progress dritte welt (pdw)-Filmverleih Bonn, Medienausschuß entwicklungspolitischer Gruppen München.

Vorbereitungsheft und Informationen über:

AVZ Zentrum für audiovisuelle Öffentlichkeitarbeit e.V. Clemensstraße 120, 8000 München 40, Tel. 089/3003058.

EINE ZEITUNG FÜRS DORF

DREIHAUSEN (ID) 3. November Seit über drei Jahren gibt es in Dreihausen (in der Nähe von Marburg) eine Zeitung, die von Jugendclub-Mitgliedern herausgegeben wird. Die Zeitung war von Anfang an Sprachrohr des Jugendclubs. Den Schreiberlingen gelang es immer mehr, Jugendliche in den Club von der Wichtigkeit dieser Zeitung zu überzeugen. Heute hat sich ein festes Redaktionsteam gebildet, das sich wöchentlich zu einer Redaktionssitzung im Club trifft. Die Absicht der Koordinatoren war von jeher gewesen, gewisse Lernprozesse bei den Jugendlichen in Gang zu setzen, um sich durch dieses Medium zu äußern. Man vertrat von Anfang an die Interessen des Clubs, um das negative Bild, das fast immer über diesen bestand, zu korrigieren. Das klappte nach erheblichen Schwierigkeiten zu Anfang unserer Bemühungen dann auch ganz gut.

Im Dorf setzte man sich durch die Zeitung sehr mit der kommunalen Politik auseinander, was oftmals zu großen Meinungsverschiedenheiten mit den Dorfbewohnern führte.

Nun zu den Herstellungsverfahren der Dorfzeitung:

Zuerst benutzte man das Spiritcarbonverfahren, da dies in der Herstellung am billigsten war, auch vereinbarte sich dies sehr gut mit der damaligen Auflagenhöhe von ca. 50 bis 100 Exemplaren.

Mit dem Zuwachs der Abonnentenzahl war ein sauberer, gut lesbarer Druck oft nicht mehr möglich, dies bekamen wir öfter von den Lesern zu hören. Ab der Nummer 22 druckten wir die Zeitung im Wachsmatritzenverfahren, ab Nummer 23 im Offsetverfahren. Heute liegt die Stärke bei 52 Seiten, die Zeitung kostet jetzt eine Mark, was im Verhältnis zu den anderen Druckverfahren wiederum preisgünstig ist. Bis jetzt haben sich eigentlich nur sehr wenige Leser über den schnellen Preisanstieg beschwert.

Wie kommt nun die Zeitung bei den Lesern an?

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine Jugendzentrumszeitschrift auch kommunalpolitischeProbleme, sowie allgemeinpolitische Themen aufgreifen muß, wenn sie die Bevölkerung im Dorf ansprechen soll. Unser Kontakt zu dem Leser ist verhältnismäßig gut, da wir selbst die Abonnenten mit unserer Zeitung beliefern. Dabei kommt es häufig zu Gesprächen, in denen unsere unterschiedlichen Standpunkte aufgearbeitet werden.

Die Auflage unserer Zeitung beträgt 500 Stück, von denen 150 an feste Abonnenten gehen. Die Einwohnerzahl unseres Dorfes beträgt 1.200 und man kann davon ausgehen, daß die Zeitung von ca. 800 Dorfbewohnern gelesen wird. Unser Einfluß auf die Bevölkerung ist somit entsprechend groß und hat in letzter Zeit, im Rahmen einer aktiven Mitarbeit in der Dreihäuser Bürgerinitiative, noch zusätzliche Bedeutung erlang t.

In der Nummer 24 wurden folgende Themen behandelt: SPD überrumpelt Bürgerinitiative, Bericht über Clubfeten und Arbeitsgemeinschaften im Jugendclub, Giftwolke in Italien, Luftverschmutzung durch eine Teermaschine in Dreihausen, Jugendclub weist Verleumdung zurück, politische Disziplinierung in der BRD, Wahlkampf '76, an die SPD, Alternativzeitungen etc..

Anläßlich der 25. Ausgabe der Dorfzeitung planen wir vom 3. bis 5. Dezember ein hessenweites Jugendzentrumspressefest. Ziel des Festes: Es soll versucht werden, die positiven Erfahrungen der Dreihäuser Jugendlichen im Rahmen dieser Veranstaltung publik zu machen. Weiterhin soll ein Erfahrungsaustausch aller hessischen Jugendzentren und Zeitungsgruppen ermöglicht werden. Auf dem Pressefest soll der Versuch unternommen werden, eine überregionale Zeitung für die nordhessischen Jugendzentren ins Leben zu rufen; sowie die Bildung eines Solidaritätsfonds, der denjenigen Jugendzentren zu gute kommen könnte, die sich in besonderen Schwierigkeiten befinden.

Kontaktadresse: Konrad Peil, Alter Ebsdorfer Weg 7, 3557 Ebsdorfergrund 1

VERGEWALTIGUNG IM STILE DES RINGS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER STUDENTEN

HANNOVER (ID) 28. Oktober In der Broschüre des RCDS (Info Nr. 9 – Hannover 5.11.) findet sich eine Rubrik „Lebenshilfe". Was die Christlichen Demokraten in Lebensnöte bingt und in welcher Richtung sie sich nur Lösungen vorstellen können? Wie folgt:

„Nach dem Urteil des BVerG zum § 218 kann jede Frau eine Abtreibung vornehmen lassen, wenn sie die Behauptung ins Feld führt, sie sei vergewaltigt worden. Der hierfür kausale Mann wandert somit hinter Gitter. Der RCDS empfiehlt daher allen männlichen Kommilitonen, sich durch folgendes Formblatt zu schützen:

EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

Ich, ..., bin mit dem folgenden Geschlechtsverkehr einverstanden.

Es liegt keine Vergewaltigung im Sinne des Urteils des BVerG vom 25. Februar 1975 vor.

Diese Versicherung gebe ich im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte ab.

Hannover, den ....

Unterschrift der Frau

FRAUEN-ASTA ORGANISIERT UNIVERSITÄTSVOLLVERSAMMLUNG

FRANKFURT (ID) 4.November Der erste Frauen-AStA der BRD gab nicht nur vielen Bürgern ein großes Rätsel auf. Um sich den Studenten vorzustellen, veranstalteten die Frauen am Donnerstag um 14 Uhr eine Universitätsvollversammlung. Sie war mit 1500 Studenten sehr gut besucht.

Außerdem wurde sie anders gestaltet als die üblichen VV-Hackereien auf denen sich um die richtige Linie gestritten wurde bis der Saal leer war: Jugendliche aus dem JUZ Ziegelhüttenweg erzählten über die bevorstehende Räumung, Genossen berichteten aus Brokdorf, der Frauen-AStA entwarf Vorstellungen von Politik in erster Person (und als Frau), von Zusammenarbeit mit Männern und versuchte darzustellen, wie Frauen (und Spontis) zu den Forderungen der K-Gruppen nach Organisierung des „Für...-weg mit...-vorwärts im..." stehen.

Nachdem die VV offiziell beendet war, wurde von einer Masse von Studenten das Plakatierungsverbot des Universitätspräsidenten auf dem Campus durchbrochen. Innerhalb einer halben Stunde war der graue Beton knallbunt. Die Plakatstellwände, auf denen die Gruppen proportional der Sitzverteilung im Studentenparlament ihre Plakate anbringen sollten, hielten dem Druck der Massen nicht stand. Inmitten des Betons wurde ein Apfelbaum gepflanzt. Vielleicht wächst er.

BIBLIOTHEK WIEDER ERÖFFNET

MAINZ (ID)
25. Oktober

Es ging also doch. Nach dem die Bibliothek des Instituts für Publizistik an der Mainzer Universität die erste Semesterwoche geschlossen war, (ID 148) ist die Bibliothek jetzt seit dem 25. Oktober wider eröffnet. Die Finanzmittel für den Bibliotheksdienst, so hatte die Institusleitung argumentiert, seien aufgebraucht, deshalb müsse die Bibliothek geschlossen bleiben. Nachdem aber auf der Eröffnungsveranstaltung die Studenten mit aktivem Streik und einer massiven Kampagne in der Öffentlichkeit bis zur Wiedereröffnung der Bibliothek gedroht hatten, ist nun auf einmal doch Geld da. Den Erfolg für die Wiedereröffnung versucht die Institutsleitung für sich zu verbuchen, da angeblich nur ihre Verhandlungen mit der Universitätsbürokratie die Bereitstellung der Gelder gebracht hätten. Tatsache aber ist, daß die Streikbereitschaft der übergroßen Mehrheit der Publizistikstudenten und die Angst vor der Öffentlichkeit Universitätsbürokratie und Institutsleitung zum Nachgeben gebracht haben.

ES GEHT UM DIE MENSAWURST!

BRAUNSCHWEIG (ID)
4.November

Am 25.10. erhöhte der Studentenwerksvorstand in Braunschweig die Mittagessenpreise in der Mensa von 1,40 Mark auf 1,80 Mark. Die Erhöhungen traten schon am Tag nach der Abstimmung in Kraft. Der Grund für die plötzliche studentenfeindliche Maßnahme (fast 30% Erhöhung der Essenpreise ohne entsprechende Gegenleistung im Bafög) hat eine Geschichte.

Im Studentenwerk saßen bisher 2 Studenten und 2 Professoren. Die Erhöhungen, die eigentlich schon letztes Jahr geplant waren, konnten wegen der Stimmen der Studenten bisher nie durchgesetzt werden. Daher wurde von einem zuständigen Gremium (Professorenmehrheit) ein ,neutraler Mann' in den Vorstand gewählt. Dieser entpuppte sich als Direktor der Norddeutschen Landesbank und wurde wegen seiner außerordentlichen Vertrauenswürdigkeit obendrein der Hauptgläubiger des Studentenwerks in Braunschweig. Am zweiten Tag zu Beginn dieses Wintersemesters wurde daraufhin ein Termin zwecks Erhöhung der Mensapreise anberaumt, der aber wegen des zu erwartenden studentischen Widerstandes außerhalb der Uni stattfinden sollte. Auf Druck der Studentenschaften wurde dieser Termin wieder abgesagt. (Der Polizeipräsident von Braunschweig und ein anderer Teilnehmer dieser Konferenz sprachen sich gegen dieses Vorgehen aus).

Als dann am 25.10. der Vorstand tagte, um die Erhöhungen durchzusetzen, waren so viele Studenten in dem Raum anwesend, daß die Abstimmung (Hand heben) gar nicht gesehen werden konnte. Es kam zu Tumulten, als der Vorstand ankündigte, daß die Erhöhung am 26.10. in Kraft trete. Der AStA zweifelte das Abstimmungsergebnis vor Gericht an und am 1.11. entschied das Gericht, per einstweiligem Erlaß, den Preis wieder auf 1,40 DM zu senken. In der Zwischenzeit machte das Personal des Studentenwerks eine Vollversammlung und trat nach einer Abstimmung in den Streik wegen unzumutbarer Arbeitsbedingungen. Sprechchöre in der Mensa, zu laute Musik, manchmal etwas zu heftige Auseinandersetzungen zwischen Studenten, die das Essen boykottierten und Boykottbrechern führten sie als Gründe an. Dieser Streik begann am Dienstag, den 2.11., nach dem Erlaß des Gerichts. Jetzt hat die Mensa zu, das Bafög-Amt streikt usw.

Daraufhin gab es eine Uni-Vollversammlung am 3.11., auf der beschlossen wurde, den Boykott auszusetzen, bis die Preise wieder auf 1,80 Mark erhöht werden. Der Studentenwerksvorstand hat einen neuen Termin für den 5.11. anberaumt und zwar wieder in Räumen außerhalb der Universität, oder, wie sie sagen, an einem ,sicheren Ort'. Zufällig ist dieser Raum direkt gegenüber vom Polizeipräsidium.

Ein Gesetz in Niedersachsen besagt, daß die Studenten den Wareneinsatz für das Mensaessen tragen müssen, d.h. die Kosten der Nahrung müssen von den Studenten bezahlt werden. Daher stehen demnächst auch an anderen Universitäten in Niedersachsen Preiserhöhungen für das Mensaessen an; so in Göttingen, Hannover, Clausthal...

Die Braunschweiger Studenten rufen daher die Studenten von Niedersachsen auf, sich ihrem Kampf anzuschließen, um Druck auf die Landesregierung auszuüben. Ohne Bafög-Erhöhung keine Preiserhöhung für's Mensaessen!

WIEDER EINMAL RAUMVERBOT WEGEN „POLITISCHEM MANDAT"

TRIER (ID)
2.November

Am 28.10.1976 wollte der Trierer Uni-AStA, von Jusos gebildet, eine Veranstaltung mit Ben Amathila, Wirtschaftssekretär der SWAPO, zum Thema: „Namibia — Menschenrechte außer Kraft" veranstalten.

Wie zu erwarten war, weigerte sich die Universitätsleitung in Persona CDU-Ignaz Bender, dafür einen Uni-Raum zur Verfügung zu stellen, da (sinngemäß) „eine solche Veranstaltung die Kompetenz (nämlich das hochschulpolitische Mandat) eines Organs der verfassten Studenschaft überschreite".

Die Jusos ließen daraufhin die Veranstaltung unter ihrem Namen laufen, damit sie überhaupt stattfinden konnte. Die schriftliche Ablehnung muß dem AStA etwa eine Woche vor dem festgesetzten Termin bekannt geworden sein, aber erst am 26.10. wurden die Trierer Studenten durch ein AStA-Info von diesem Angriff auf die studentischen Rechte unterrichtet.

TEILNAHME-BESCHRÄNKUNG FÜR SEMINARE NICHT DURCHFÜHRBAR ?

TRIER (ID)
27. Oktober

Die Teilnahmebeschränkungen für Seminare an der Universität Trier (s. ID 149) haben Unmut unter den Studenten erzeugt. Nachdem die Listen, durch die eine gleichmäßige Verteilung der Studenten auf alle Seminare erzwungen werden sollte, geklaut wurden, wurde die Situation immer unklarer. Der Dekan des Fachbereichs Sprach- und Literaturwissenschaften erklärte einmal die Teilnahmebeschränkung für aufgehoben, dann hob er seine eigene Erklärung wieder auf und bezeichnete sie als Fälschung. Im Fachbereich Neuere DeutscheLiteraturwissenschaft (NDL) versuchte Professor Düsin in seinem ersten Seminar, zu dem über 60 Studenten erschienen waren, eine neue Liste für 30 Teilnehmer erstellen zu lassen. Als die Studenten da nicht mitmachten, erklärte er, dies sei ja nur deshalb nötig, weil die alten Listen geklaut worden seien. Aber damit hatte er auch keinen Erfolg. Zur Teilung des überfüllten Seminars sei er allenfalls unter der Voraussetzung bereit, daß er seine Vorlesung ausfallen lasse. Obwohl Düsing mit 6 Wochenstunden nicht einmal das Lehrsoll (8 Std.) erfüllt und obwohl an Vor- und Nachbereitungszeit nichts hinzukäme. Zynisch bemerkte er, die Studenten könnten ja notfalls ein Freisemester einlegen.

Auf Antrag des Fachschaftsrats der betroffenen Fächer beschloß das Studentenparlament am 25.10. die Durchführung einer Unterschriftensammlung auf der Grundlage der Forderungen: Weg mit den Teilnahmebeschränkungen! Freier Zugang zu allen Studienveranstaltungen! Erweiterung des Lehrangebots!

Die Unterschriftenlisten, die über 400 Unterschriften erbracht hatten, wurden auf der Fachbereichsratssitzung am 27.10. vorgelegt, nachdem die KBW-Songgruppe die Sitzung mit dem Lied „Der Listenklau" eröffnet hatte. Zwar gelang es, den Punkt auf die Tagesordnung zu bringen, jedoch wurde der Antrag auf generelle Rücknahme der Teilnahmebeschränkung mit den Stimmen der Professorenmehrheit abgelehnt. Was sicherlich erleichtert wurde durch die

INTERNATIONALES

LANDWIRTE GEGEN DEN BAU EINES STAUDAMMES

NAUSSAC (LIBERATION)
2. November

Im Naussac-Tal (Departements Lozere und Haute-Loire) begannen am 25. Oktober in der Nähe der Stadt Langogne Bauarbeiten zur Errichtung eines Staudammes, der 190 Millionen Kubikmeter Wasser enthalten wird und nicht zuletzt den in der Gegend existierenden und geplanten Atomkraftwerken als Kühlwasserreservoir dienen soll. Das Projekt gefährdet die EXistenz der in diesem Tal liegenden Weiler und der etwa 60 Landwirtschaftsbetriebe. Alle s in allem etwa 1.200 ha fruchtbarer Boden soll auf diese Weise vernichtet werden.

Die Landwirte des Tales haben sich gegen den Bau des Staudammes ausgesprochen. Das Komitee zur Verteidigung des Naussac-Tales und etwa hundert Bauern besetzten unmittelbar nach dem Baubeginn das Gelände (bei strömendem Regen) und errichteten als Symbol ihrer Besetzung eine Baracke.

Auf Anordnung des Präfekten intervenierten am Mittwochabend dem 27. Oktober, die Gardes Mobiles (dem Innenministerium unterstehende paramilitärische El itetruppe) auf brutal eWeise, da man die Bevölkerung bis jetzt nicht zur „Vernunft" gebracht hatte. Sie vertrieben die Besetzer und zwangen einen Demonstranten „überzeugend", die gebaute Baracke zu zerstören.

Samstagnachmittag, am 30. 10., versammelten sich dann 200 Landwirte und das Komitee in der Nähe des Baugeländes, wo die Gardes Mobiles die Baugeräte „beschützten" und errichteten erneut eine Baracke, die ihren Willen, „das Geländer zu besetzen" ausdrückte. Abends gab es dann eine Versammlung in Langogne, wo die Betroffenen und ihre Anwälte sprachen.

ARMEEMANÖVER AUF LARZAC: FALLSCHIRMJÄGER GEGEN LANDARBEITER

LARZAC (PH/ID)
25. Oktober

Vom 7.-10. Oktober fanden auf dem Hochplateau des Larzac große Manöver statt. Das Ziel der Armee war die „Rückeroberung" des Bauernhofes Cavailles, der, obwohl vor einiger Zeit an die Armee verkauft, von 2 Landarbeitern und ihren 30 Schafen besetzt worden war.

Die Aktion der Armee begann mit einem nächtlichen Überfall auf den Bauernhof, die beiden Landarbeiter und ihre Schafe wurden nach „Art des Militärs" entfernt.

Nach 3 Tagen Besetzung durch die Soldaten, die von den Geschäftsleuten in la Cavallerie (aufgrund ihrer Profitinteressen stehen sie einer Ausweitung des Militärlagers auf dem Larzac positiv gegenüber) reichlich mit Wein versorgt worden waren, schien es, als wollte die Armee wieder abziehen. Die Landarbeiter und aus der Umgegend herbeigeeilte Bauern, die sich in einiger Entfernung niedergelassen hatten, versuchten in den Hof zurückzukehren. Aber die Armee hatte eine Falle gestellt. In den Büschen rund um den Hof waren Soldaten (übrigens alles Berufssoldaten) versteckt, die nun hervorstürmten, in dem Getümmel drei Bauern mißhandelten und eine junge Frau als Geisel in den Bauernhof verschleppten. Sie mußten die Frau aber kurz darauf freilassen.

Wieder einige Stunden später wurden die Soldaten abgezogen, aber sofort von ihren „Kollegen", den Fallschirmjägern aus Castres abgelöst (eine Elitetruppe, die in Indochina und Algerien eingesetzt worden war). Es wurde außerdem eine Menge Baumaterial herangefahren und es schien, als wolle die Armee eine Wiederbesetzung des Hofes durch die Bauern endgültig verhindern, indem sie Türen und Fenster zumauerte.

Die Landarbeiter wollen aber auf keinen Fall aufgeben. Zusammen mit Larzacbauern haben sie in etwa 200 m Entfernung vom Bauernhof einen Stall aus Holz für die 30 Schafe gebaut. Auch auf einem anderen Bauernhof, der kürzlich an die Armee verkauft worden war, treibt die Armee ihre Kriegsspielchen. Nachdem sie die letzten Bewohner hinausgetrieben hatte, zogen sie einen Stacheldrahtverhau rund um den Hof und hißten die Nationalflagge. So wird ein Bauernhof zur militärischen Festung. Diese Aktionen sind als ungeheuerliche Provokationen zu verstehen, die unter Beweis stellen sollen, daß die Armee nun in die Offensive gegangen ist, um jeden Widerstand der Larzacbauern gegen die Erweiterung des Militärlagers zu brechen.

AUTOBAHN BLOCKIERT – BAHNHOF BESETZT DEMONSTRATIONEN DER ARBEITER VON MONTEFIBRE

CASORIA (ID)
29. Oktober

Seit Tagen demonstrieren die Arbeiter der montefibre-Fabrik in Casoria. Nachdem die Unternehmensleitung erklärt hatte, sie habe kein Geld mehr und könne die Löhne und Gehälter nur noch zu 40 % auszahlen. Montefibre ist eine Tochtergesellschaft eines der größten in Italien operierenden Konzerne, der Montedison.

Am Mittwoch, den 27. Oktober hatten die Arbeiter einen Demonstrationszug durch das Städtchen gebildet und vor dem Rathaus eine Kundgebung abgehalten. Dort entschlossen sie sich, den Demonstrationszug fortzusetzen und durch eine spektakuläre Aktion auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Sie besetzten die Autobahnauffahrt und blockierten den gesamten Verkehr auf der Autobahn Neapel-Rom.

Am darauffolgenden Donnerstag versammelten sich am Vormittag erneut an die tausend Arbeiter, zogen zum Bahnhof und besetzten ihn.

Die Vereinigten Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL haben an die Regierung appelliert, „schnellstens zu handeln und die Unternehmensleitung der Montafibre an ihre Verantwortung zu erinnern."

(Nach Berichten verschiedener italienischer Tageszeitungen vom 29. Oktober)

DER ÖKOLOGISCHE SMOG

ITALIEN (ID)

Wir geben hier im folgenden einen summarischen Überblick über die Ereignisse, denen die Proletarier der Brianza (der Landstrich um Seveso) unterworfen waren, eine Art Extrakt aus der Lektüre der größeren italienischen Tageszeitungen. Dies nicht so sehr, um eine genauere, vollständigere Vorstellung über die Ereignisse zu bekommen, als es die deutschen Massenmedien ermöglicht haben; es geht hier vielmehr darum, die systematische – und man kann fast sagen: kalkulierte – Desinformation hervorzuheben, das,was in Italien "der ökologische Smog" genannt wurde, die Bombardierung mit allgemein-nichtssagenden, vagen oder verschleiernden und sehr oft widersprüchlichen Nachrichten, mit denen der betroffenen Bevölkerung ein wirkliches Verständnis des Problems verunmöglicht wurde.

Eine breit angelegte Vernebelung, die der Bevölkerung der Brianza sowohl die Identifizierung der wirklichen Verantwortlichen als auch das Herausfinden der Kampf- und Angriffsziele erschwert hat. Die so produzierte Konfusion und Verzweiflung hat sich schließlich am 10.Oktober auf dramatische Weise in der Besetzung von Häusern in der Zone A von Seveso (das am unmittelbarsten verseuchte Gebiet) durch Hunderte der daraus evakuierten Bewohner ausgedrückt, die – sich und ihrer Verzweiflung überlassen – leicht Opfer von Manipulationen werden von Gruppen wie Comunione e Liberazione (reaktionär-klerikale Jugendorganisation), die keine Skrupel haben, die Leute in desperate und selbstzerstörerische Aktionen zu treiben,

wenn sie ihrer Strategie katholischer Vereinheitlichung und ihrem Geschmack am Massenmartyrium entsprechen.

Weitaus schwieriger ist es dagegen, unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren und alltäglichen Interessen der betroffenen Arbeiterfamilien, ein klares Bild der Urteile und Überlegungen zu den ganzen Vorfällen zu vermitteln. Die Haltung, die von der bürgerlichen Presse und in gewisser Weise auch durch das schwankende und ausweichende Verhalten der Behörden verstärkt wurde, war die die Resignation vor der "Natur"-Katastrophe, vergleichbar mit den Erdbeben in Friuli, für deren Folgen man zwar auch die Verantwortlichen herausfinden kann, wo man jedoch letzten Endes stets hilflos der "Natur" gegenübersteht.

Das was die Katastrophe klargemacht hat, ist die Bedeutung der Inhalte der Produktion, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Lebensqualität, sondern für das Überleben schlechthin. Seit 1969 waren die Angelpunkte der Kämpfe zwischen Arbeiterklasse und Kapital lediglich die Lohnfrage zum einen, und die Kontrolle über das "Wie" der Produktion zum anderen. Seveso hat erstmals das "Was" der Produktion, ihre Zwecke (die Menge des ausgeströmten Giftgases läßt darauf schließen, daß es nicht nur als Abfallprodukt entstanden ist, sondern zur chemischen Kriegsführung produziert wurde), aber auch ihre Inhalte schlechthin, die selbst bei friedlichsten Absichten eine kaum kontrollierbare Gefahr darstellen können, als Problem auf die Tagesordnung gesetzt.

Schließlich hat Seveso noch den imperialistischen, ja fast kolonialistischen Aspekt der internationalen Arbeitsteilung innerhalb der multinationalen Arbeitsteilung klargemacht, der darin besteht, die gefährlicheren und schädlicheren Produktionsstätten in den weniger entwickelten Ländern zu bauen, die edleren Aspekte wie die Forschung dagegen für die Mutterfirmen zu reservieren; für La Roche: Gift in Italien, Forschung in der Schweiz.

SEVESO – CHRONIK EINES "ZWISCHENFALLS"

10. Juli: Seveso - Meda, 12,30 Uhr: ein Zwischenfall am Reaktor der Icmesa. Der Druckbehälter ist voll von Stoffen zur Produktion von Trichlorphenol, das zur Produktion von Unkrautvernichtungsmitteln – und auch für kriegerische Zwecke, wie in Vietnam – verwendet wird, sowie Hexachlorophen, Bestandteil von Kosmetikartikeln und Desinfektionsmitteln. Ein Ventil bekommt einen Defekt und eine Wolke von Giftgas entweicht. Der Wind in Bodennähe weht nach Süden, mit einer Geschwindigkeit von 7 km/h, in Höhe von 1500 m weht er mit 40 km/h nach Norden. Es ist Samstag und die Anlage ist ohne Kontrollpersonal.

11./12.Juli: Die Leute haben verschiedene Beschwerden: Hautjucken, Übelkeit, Erbrechen. Die Tiere beginnen zu sterben.

13. Juli: Der Verwaltungsdirektor der Icmesa, Alfeo Marcolini, begibt sich in den Ortsteil San Pietro und verkündet, es bestehe kein Grund zur Aufregung: die Firma werde die Tiere bezahlen. Einige Musterexemplare davon werden nach Zürich zur Mutterfirma Givaudan gebracht, um sie dort analysieren zu lassen.

14. Juli: Das Tieressterben geht weiter. Die Pflanzen sehen wie verbrannt aus. Die Kinder weisen die ersten Vergiftungssymptome auf, Entzündungen und Hautveränderungen. Der Beamte vom Gesundheitsamt verschreibt Fargan (ein Mittel gegen Hautentzündungen) und geht wieder. Die Arbeiter der Icmesa arbeiten weiter, alle in dem betroffenen Gebiet essen weiterhin Salat und Gemüse aus ihren Gärten.

15. Juli: Erste Verfügung des Bürgermeisters von Seveso.

16. Juli: Erste Einweisungen von Kindern ins Krankenhaus. Die Arbeiter der Icmesa gehen in Streik. Es wird weiter Salat und Gemüse gegessen und (wahrscheinlich) auch die sterbenden Tiere.

18. Juli: Zweite Verfügung des Bürgermeisters. Der Amtsrichter von Desio fängt an zu ermitteln. Die Icmesa wird geschlossen. Der Amtsarzt Ghetti (früher Betriebsarzt der Acna in Cesano Moderno) beginnt, den Angestellten Passierscheine auszustellen, damit sie weiterarbeiten können. Das Tiersterben weitet sich bis nach Barleccana aus.

20./21.Juli: Zwei Experten fahren nach Zürich, um die Ergebnisse der Analysen zu erfahren. Tiersterben in Cesano Maderno. Man beginnt langsam davon zu sprechen, worum es sich bei der giftigen Substanz handelt: tetraclorobenzoparadiossina (?), Abfallprodukt bei der Herstellung von Trichlorphenol. Der Beamte des Gesundheitsamts Rivolta interveniert. Der Direktor und Vizedirektor der Icmesa werden wegen "fahrlässiger Verursachung einer Katastrophe" verhaftet. Der Ortsteil San Pietro wird für den Verkehr geschlossen.

23./24.Juli: La Roche tritt in Aktion: Reggiani, Techniker der Fa. Givaudan kommt ausZürich zurück und gibt Erklärungen über die Schwere der Situation und die zu treffenden Maßnahmen ab. Der Gesundheitsbeamte empfängt ihn erst gar nicht und beschuldigt ihn, unbegründete Alarmstimmung zu verbreiten. Nach einer Sitzung des Consiglio provinciale (Provinzialrat) beschließt das Gesundheitsamt, keine Maßnahmen zu treffen.

25. Juli: Reggiani hatte den Abbruch der Häuser, Eingraben der Anlagen, Entfernung der Bodenoberfläche in einer Schicht von 20 cm und die Evakuierung der Menschen beantragt. Die ersten Ergebnisse der Untersuchung von Bodenproben beweisen, daß das Gift darin steckt. Man beschließt, ein Gebiet von 15 ha (Zone A) zu räumen. In Cesano Maderno tritt der Ausnahmezustand ein. Der Vorsitzende der Chemiegewerkschaft: "Es fehlt an Kontrollen..."

26. Juli: „... Spanische Reiter umsäumen jetzt die 15 ha, auf denen die Menschen zwei Wochen lang im Kontakt mit einem unbekannten Feind geatmet, gegessen und gelebt haben ...". „Achtung, verseuchte Zone, Wagenfenster und jede sonstige Luftzufuhr geschlossen halten". Erste Evakuierung von 177 Personen (50.000 Lire pro Kopf, für Familienoberhäupter 100.000 Lire = 150,-- bzw. 300,-- Mark) nach Bruzzano.

28. Juli: Drei Nato-Experten und Männer der Spezialeinheit für chemische Kriegsführung des italienishen Militärs treffen in Seveso ein. Sie haben Napalm dabei. Carabinieri kontrollieren die evakuierten Zone. Die Regionalverwaltung gesteht ihre Ohnmacht ein. Das CRIAL (regionales Umweltschutz-Komitee der Lombardei) hatte vor vier Jahren eine Anfrage an die Firma Givaudan gerichtet, die nie beantwortet worden ist. Die Daten aus Zürich haben einen Verseuchungsgrad von 1,5 bis 1,8 Mikrogramm pro Quadratmeter ergeben, die theoretische (!) Toleranzgrenze liegt – so sagt man – bei 1,0 Mikrogramm pro Quadratmeter. Zur Bewachung der Einzäunung sind jetzt auch die Soldaten der Perucchetti-Kaserne da.

28./29. Juli: Ein Teil der Zone B wird zur Zone A erklärt. Bis jetzt sind insgesamt 200 Personen evakuiert worden. Die Arbeiter versammeln sich vor der Icmesa. Einwohner von Seveso, die gerade Urlaub machen, werden in Hotels nicht angenommen, weil man Angst vor Ansteckungsgefahr hat. In Cesano Maderno gibt es immer noch jemand, der die verendeten Tiere ißt. 10.000 Zettel mit Verhaltensmaßregeln werden an die Familienoberhäupter verteilt, die gleichen Maßregeln werden auch in der Kirche, bei der Messe verbreitet. Der Präsident der Region, Golfari, beantragt ein Spezial-Gesetz für die Entseuchung. Die Bürgermeister von Meda und Seveso wollen die Nachricht verbreiten, daß außerhalb des umzäunten Gebiets keine Gefahr bestehe. „nachdem sich die Giftwolke auf den Boden niedergelassen hatte, ist sie vom Wind wieder hochgetragen worden: es wird befürchtet, daß sie in anderen Gebieten niedergehen könnte.

30. Juli: Ein Anschlag gegen La Roche in Rom. Der Direktor der Icmesa streitet Verflechtungen mit La Roche ab. Man beginnt, die Zone A auszudehnen. Die Auswirkungen der Giftwolke erstrekken sich auf einen Umkreis von sechs bis sieben Kilometer von der Icmesa. In Rom findet eine Sitzung der parlamentarischen Kommission für das Gesundheitswesen statt; der Minister Dal Falco jammert über Lücken in der Gesetzgebung. Die lokale Verwaltung hatte schon seit 1968 die Gefährlichkeit der Fabrik betont und die Zone daher im Regionalentwicklungsplan als ungeeignet für Wohnbebauung erklärt (Industrie- und Wohnbebauung).

Die Kinder werden in Ferienheime geschickt. Es werden Untersuchungen über die Bevölkerung der Zone A durchgeführt: es bestätigen sich 250 Fälle von Verseuchung. Die Ergebnisse der Blutuntersuchungen können das Gift im Blut nicht nachweisen, nur

dessen Auswirkungen ... Es entsteht das „comitato di controllo popolares". In Cesano Maderno versammeln sich die Betriebsräte der 14 gefährdeten Ortschaften: Hierbei wird die Menge des entwichenen Gases mit fünf bis zehn Kilogramm angegeben, nicht zwei Kilogramm, wie seitens des Unternehmens erklärt worden war. Man spricht von den Auswirkungen, die das Gift nach sich ziehen kann: Chromosomveränderungen, Mißbildungen. Das Comitato Di Fabbrica der Icmesa bestellt sich zum Nebenkläger im Prozeß gegen die Firma Givaudan.

31. Juli: 400 Personen werden aus Cesano Maderno evakuiert. „Endlich läßt sich die Ausdehnung des betroffenen Gebiets festlegen." Rivolta verspricht für die erste Augustwoche einen endgültigen Übersichtsplan. Die Givauda beauftragt eine englische Firma, einen Entseuchungsplan zu erstellen. Man beginnt über die genetischen Risiken zu sprechen, es wird der Vorschlag der therapeutisch indizierten Abtreibung vorgebracht, in der Klinik Maniagalli in Mailand wird eine Beratungsstelle eingerichtet. Rivolta setzt drei Kommissionen ein: eine medizinische, eine für die Untersuchung des Geländes, eine für die Entseuchung. Nach der dritten Evakuierung wird ein Motel der Agip zur Verfügung gestellt.

2./3. August: Die Obdachlosen fangen an, Entschädigungen zu fordern. „Die Icmesa hatte früher schon getötet". Man erfährt langsam, daß es bereits in der Vergangenheit in der Nähe der Icmesa zu Tiersterben gekommen war. Man beginnt mit der medizinischen Überw achung der schwangeren Frauen. Offizielle Einladung von Ton-That-Thun, medizinischer Sachverständiger für die Folgen chemischer Kriegsführung in Hanoi. Verfügt die NATO über ein Gegengift? Ist das ein Militärgeheimnis? In der Bevölkerung kommt es zu Unruhen.

4. August: Die Schutzmaßnahmen werden bis nach Meda ausgeweitet. Wird man auch Cesano und Desio evakuieren müssen? Rivolta gibt in einem Interview zu, daß er nicht weiß, was er tun soll. Die Bischöfe sind entrüstet über den Abtreibungsvorschlag. Giulio Maccacaro, Professor für Biogenetik in Rom: „... es sind eine Vielzahl von Beweisen gesammelt und bestätigt worden, daß die Substanzen, die sich verbreitet haben, so giftig sind, daß die Folgen für den Menschen sein können:

1. unmittelbare Schädigungen an verschiedensten Organen.
2. Spätfolgen, sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen.
3. irreversible Schädigungen bei den Ungeborenen,

denn wir leben neben oder sogar inmitten von zehn, hundert, tausend Icmesa und wissen das nicht oder wollen es nicht wahrhaben."

Die Zeitschriften zitieren Bibliografien über sämtliche „Unfälle" die in der chemischen Industrie auf der Welt passiert sind, so etwa in der BRD und in England vor zehn Jahren, wo es vergleich bare Fälle gab. „Die damals betroffenen Personen sind erkrankt oder gestorben ... Chlor-Akne, Leber- und Nierenkrankheiten".

5. August: Die NATO dementiert, daß in Italien chemische Kampfstoffe hergestellt werden. Bayer setzt vorübergehend die Produktion von Trichlorphenol in Deutschland aus. Die Schweiz weist Lebensmittel aus der Gegend um Seveso an der Grenze zurück. Für den 10., 11. August ist das Spezialgesetz angekündigt. Beim Gesundheitsministerium wird eine Kommission, unter Vorsitz von Aldo Cimino eingesetzt. Was die Chlor-Akne angeht, spricht man noch immer von einem „Rätsel". Besorgnis wegen des Grundwassers. Die „Gesundheits- und Verhaltensnormen: langsam fahren, nicht schneller als 30 km/h, sich oft waschen, keinen Staub aufwirbeln...". Luftaufnahmen und Fotos auf Infrarotfilm. Erste Vollversammlung der ICmesa-Arbeiter, man diskutiert über die unterbrochenen Säuberungsarbeiten, die schädlichen Substanzen sind immer noch nicht vollständig beseitigt...

6. August: 775 Kinder müssen fortgeschafft werden ... PSI, DP, PSDI drängen auf die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. In Seveso findet eine offenen VErsammlung des Consorzio Sanitario (kommunale Gesundheitsbehörde) statt. Von den Abwässern und sonstigen Abfall-Emissionen der Icmesa, die vom INstitut für Hygiene und Vorbeugung von 1969 bis 1975 unter Kontrolle gehalten wurden, kannte man das Ausmaß an Umweltverschmutzung,nicht jedoch, worum es sich bei den Abfällen eigentlich handelte. Die verseuchte Zone ist endgültig eingegrenzt. Ministerieller Erlaß zur vorübergehenden Entbindung der Bewohner von der Steuerpflicht. Regelmentierungen für die Lebensmittelhersteller. Das Comitate Di Fabbrica der Icmesa fordert, daß der Betrieb von Zyan und anderen schädlichen Substanzen, die immer noch vorhanden sind, gesäubert wird. Man weiß nicht, wie man einen Zipfel des Gebiets, der sich 5.700 m nach Süden erstreckt, von dem Gift reinigen soll. 740 Bodenproben, 4.345 Personen müssen zu Untersuchungszwecken Blutproben genommen werden, 643 Spezialuntersuchungen, 131 stehen unter dauernder Kontrolle. 480 schwangere Frauen wurden in den Beratungsstellen untersucht. Die Wissenschaftler der Region verkünden: Situation unter Kontrolle. In England wird eine Fabrik, in der Trichlorphenol produziert wurde geschlossen. Aus den USA erfährt man, daß das verseuchte Gebiet für fünf Jahre unbewohnbar sein wird.

7. August: 27. Tag: die Landkarte der „unsichtbaren Gefahr" hat sich ausgeweitet. Die Gesundheitsbehörde und das Comitato di Fabbrica der Icmesa sprechen sich für die Möglichkeit von Abtreibungen aus.

8. August: Der Direktor des Labors für Genetik inPisa: „Das TCDD führt zu Mißbildungen" ... Die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft: „Zu wenig Geld, zuviel Risiken" ... La Roche: „Wir zahlen alles" ... Der Arbeitsminister: „Wir haben zuwenig Leute" Das Wochenmagazin „Espresso": „Die Icmesa hat TCDD für die NATO produziert". „Tempo" telefoniert nach Vietnam: Ton That Thun rät zu Wasser und Kernseife. La Roche redet weiter davon, alles zu bezahlen. Abtreibungen werden als notwendig anerkannt.

10. August: Die Regierung beschließt Eilmaßnahmen

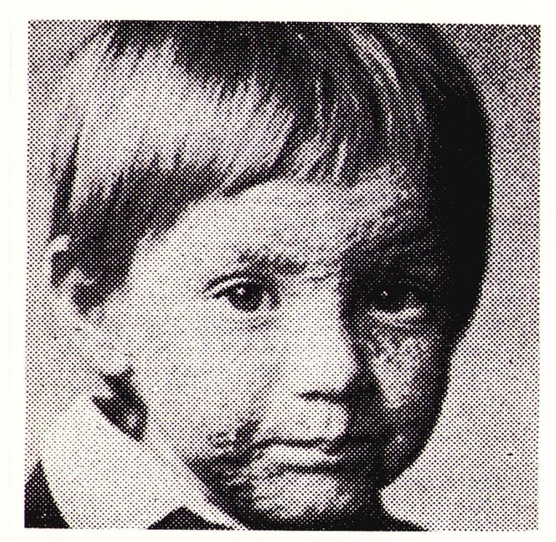
12. August: Die Gesundheitsbehörden schlagen vor:
In der Zone A alles (auch die Häuser) zerstören und drumherum eine Mauer zu errichten;
ENtlaubung der Zone B.

Die Einwohner erfahren das aus dem Fernsehen. Drei Tage nach der Explosion von Seveso hatte die Firma Mntedison in Linate Material von der Icmesa gekauft.

13. August: In Desio kommt ein Kind tot zur Welt. „Es hat nichts mit der Giftwolke zu tun" behaupten die Verantwortlichen sofort. Es werden alle vorhergegangenen Fälle bekannt, in denen das gleiche Gift ausgeströmt ist; seit 1960 ist dasin verschiedenen Ländern fünfmal passiert. Telegramm aus Vietnam: „Das Gift zerstört sämtliche Abwehrkräfte des menschlichen Körpers" . „Ohne Kleider, ohne Geld, ohne Wohnung, wie Gefangene..."

14./15. August: Machtprobe zwischen Zentral- und Regionalregierung: „Seveso ist noch zu retten: das Leben wird dort wieder einkehren", sagen Rivolta und seine Leute. Das Institut Negri: von 16 untersuchten Kaninchen haben 15 eine zerfressene Leber. Drei Abtreibungen sind durchgeführt worden. In der Klinik Mangiagalli in Mailand werden Spermauntersuchungen durchgeführt. Es besteht die Gefahr, daß das Gift verschleppt wird. Mitte September sollen die Evakuierten aus der Zone A wieder ein Dach über dem Kopf bekommen. An jedes Familienoberhaupt werden 300.000 Lire (900 Mark) ausgezahlt, plus 100.000 Lire für die ihm gegenüber Unterhaltsberechtigten. Schäden in Höhe von vielen Milliarden. Der Kardinal Colombo: die Presse verbreitet Alarmstimmung, Abtreibung ist eine kriminelle Handlung, wenn Kinder mit Mißbildungen zur Welt kommen, können sie adoptiert werden. Demonstration in Seveso. Der Richter ist der Ansicht, daß die Katastrophe vorhersehbar war. Der Arzt D'Ambrosio von der Klinik Mangiagalli hält eine Abtreibung schon allein deswegen für gerechtfertigt, weil nach gesicherter Erkenntnis die Umwelt mit TCDD verseucht war. Die Phase des Ausnahmezustands ist abgeschlossen. Noch ein endgültiger Übersichtsplan wird von der Regionalverwaltung verbreitet. Zone A, Zone B, Sicherheitsgürtel; sechs Ortschaften sind betroffen, „ein Gelände von einer Ausdehnung von 319 ha, 5.ooo Personen in dem verseuchten Gebiet, 730 davon ecakuiert."

17./18. August: Die Region Lombardei bestellt sich zum Nebenkläger im Prozeß gegen die Verantwortlichen . Einigen Managern der Givauda n wird mitgeteilt, daß gegen sie strafrechtlich ermittelt wird. „Nicht ganz Brianza (so heißt die Gegend) besteht aus giftiger Erde". „Seveso: das Leben geht weiter." Anfang Oktober soll das Gebiet wieder sauber sein. Es wird begonnen, die Icmesa auszuräumen.



Das Gesicht eines Seveso-Opfers

20./21. August: In einem Artikel von Laura Conti in „Rinacita" (Wochenzeitschrift der PCI) wird das besorgniserregende Phänomen der Ausbreitung und Festsetzung des Giftes hervorgehoben. Diskussion über Abtreibung. „Das Drama der Frauen".

22. August: In den ersten drei Augustwochen hat die Regionalverwaltung die Kadaver der vergifteten Tiere in der Verbrennungsanlage des Schlachthofs, neben dem Gemüsemarkt, verbrennen lassen, dann ist der Kamin kaputtgegangen. Zahlreiche Angebote für die Säuberung des Geländes.

24. August: Man hat in Holland einen Spezialofen gekauft. Ein Entseuchungsplan ist beschl ossen worden. Jede Form öffentlichen Lebens ist stillgelgt. Proteste der Vereinigungen „Magistratura Democrazia" (Organisation demokratischer Richter) und „Psichiatria Democratica" gegen die Art und Weise, in der mit den schwangeren Frauen umgegangen wird.

27. August: Die nationale Kommission für das Gesundheitswesen entscheidet sich für die von der Firma Givaudan vorgeschlagene Methode zur Entseuchung.

29. Augsut: Demonstration nach Seveso, um zu zeigen, daß das Leben dort weitergeht. Dambrosio: „das Problem sind nicht nur die Abtreibungen, die jetzt durchgeführt werden, sondern die voraussichtlich 1.500 Schwangerschaften im nächsten Jahr, die unbedingt verboten werden müßten". Die Verantwortlichen der Icmesa erscheinen auf die Ladung des Richters nicht.

31. August: „Fünf Jahre Quarantäne für alle, die von dem Gift verseucht sind".

3. SEptember: In Cesano Maderno und in Desio: „Ihr könnt in euren Häusern bleiben, vorausgesetzt, daß ihr keinen Staub aufwirbelt, kein Obst und Gemüse eßt und kein Fleisch von Haustieren, und daß ihr euch sehr oft wascht..."

5. September: Schäden in Höhe von 60 Milliarden, 10 Milliarden Lire von der Regierung bereitgestellt. Verwunderung über den Vorschlag einer Reinigung mit Wasser und Öl, was für äußerst gefährlich gehalten wird. Fünf Frauen werden in der Klinik Mangiaga lli zurückgewiesen und aufgefordert,sich in die Klinik von Desio zu begeben.

6. September: „Zusammen mit dem chemischen Giftstoff verbreitet sich auch das Gift des Skeptizismus und des Mißtrauens." Man beginnt mit den Experimenten zur Säuberung. Durch eine Infektion während einer illegalen Abtreibung stirbt die seit zehn Wochen schwangere junge Frau di Muggio.

Es fehlt immer noch an einem Übersichtsplan über die Ausdehnung des verseuchten Gebiets und das Eindringen des Gifts in das Grundwasser.

8. September: Die REgionalregierung beruhigt: keine Räumung der ZOne B.Die Obdachlosen aus Assago wollen nicht nach Varedo übersiedeln. Bis jetzt hat man 172 Wohnungen für die Obdachlosen gefunden. Unklarheiten in den Kartenskizzen und Fotos des Geländes.

10. September: Polemik zwischen Rivolta und der CNR. Die Schäden werden auf 65 Milliarden geschätzt. Negativer Bescheid für eine Frau, die in Desio die Abtreibung beantragt hatte. Demonstration der Feministinnen. Es erscheint die Broschüre des Comitato scientifico e tecnico popolare (wissenschaftlich-technisches Volkskomitee). Wieviel Tote?

400 Proben der Vegetation und des Bodens entnommen.

Die PCI beantragt, die Oberflächenschicht des Bodens abzutragen und die Vegetation zu vernichten.

„Weder die junge Frau di Muggio noch der Fötus wiesen Verletzungen auf, wie sie für Abtreibungen typisch sind". Desio:„Sie sind schließlich nicht geisteskrankund daher kommt eine Abtreibung nicht in Frage".

Die Gewerkschaften ziehen die mit dem Ausräumen der Icmesa beschäftigten Arbeiter zurück. Es sind nur vier bis fünf Prozent des gefährlichen Materials weggeschafft worden. Die Unternehmensleitung schickt zehn älteren Arbeitern Kündigungsschreiben ins Haus, von denen einer wegen Vergiftungserscheinungen im Krankenhaus liegt; für die anderen wird die Lohnzahlung bis Ende Oktober ausgesetzt.

12. September: Bericht von D.F.Lee, einem englischen Wissenschaftler, der im August offiziell eingeladen worden war: die Menge des ausgeströmten Giftgases kann bei bis zu 150 kg liegen; berücksichtigt man die Windbewegungen, so kann die Ausdehnung der Gefahrenzone sehr viel größer als bisher angenommen sein.

Widersprüchliche Gutachten der Techniker. Der Regen begünstigt das Eindringen des Gifts in den Erdboden: es entsteht das Problem der Verseuchung von Gewässern und Grundwasser.

13. September: „In dem Stück Boden, wo die Entseuchugnsmethode der Givaudan ausprobiert wurde, waren nach 48 Stunden 70 % des Gifts entfernt." In der Klinik von Desio ist bislang noch eine einzige Abtreibung durchgeführt worden. Insgesamt sind bis jetzt 22 Abtreibungen durchgeführt worden. (fast alle in der Klinik Mangiagalli in Mailand).

14. September: Eine Abtreibung in Desio.Protestnote der italienischen Bischöfe gegen die Abtreibung. Der Ministerpräsident der Lombardei soll in die USA fahren, um Informationen über Entseuchungsmethoden zu beschaffen. Versammlung der verschiedenen Consigli di Fabbrica in der Umgebung.

17. September: Ein Mitglied der für die Entseuchung zusammengestellten Kommission erklärt gegenüber der Offentlichkeit, daß die Unterlagen über die Wasserverseuchung verschwunden sind. Weitere Aufdeckungen : in eine Kiesgrube in Cattaneo werden seit Jahren von der Icmesa Abwässer geleitet: weiß immer noch nicht genau, woraus die Abfälle der Icmesa-Reaktors bestehen. Die Eilmaßnahmen der Regierung vom 10. August sind ratifiziert. Bereitstellung von 40 Milliarden. Sie reichen nicht aus.

18. September: „SEit einem Monat haben sie die Abtreibung beantragt und gesagt bekommen: habt Geduld." Für die Handwerker gibt es einen Pauschalbetrag von 300.000 Lire, für die Arbeiter für ein Jahr Lohnausgleichszahlungen. Jedes Jahr 3.000 Tote bei Betriebsunfällen; im ersten Viertel des Jahres 1975 sind es pro Tag 48.

19. September: „Gute Nachrichten: es gibt ein Gegengift. Ein römischer Wissenschaftler hat es Anfang August der obersten Gesundheitsbehörde präsentiert" – es ist Wasser.

20. September: Drei Frauen aus der verseuchten Zone ist die Abtreibung verweigert worden, obwohl sie medizinische Gut-

achten hatten, die sich dafür aussprechen. Zwei liegen noch im Krankenhaus. Insgesamt 22 Abtreibungen durchgeführt.

Auf dem Kongreß „Krebs, Mensch, Umwelt" in Cremona sind 300 Wissenschaftler aus 15 Ländern anwesend.

Der Rektor der Universität Turin über das Gift: „... ein kaum bekannter Stoff ... die offizielle Wissenschaft ist unvorbereitet ... die darüber verbreiteten Nachrichten sind wenig fundiert ... die Wissenschaft gehört in die Hände derer, die arbeiten ..."

Golfari hat aus den USA die Nachricht erhalten, daß es gegen das Gift bislang noch kein wirksames Gegenmittel gibt: „die Nachricht hat uns nicht gerade erfreut, aber es hat uns die Tatsache beruhigt, daß die von uns angewandten Methoden – das haben uns auch die Amerikaner bestätigt – die bestmöglichen waren."

Die Veranstaltung eines Radrennens (von der Regionalverwaltung veranstaltet, um zu zeigen, daß das Leben weiter geht) erfüllt den Sonntag in Seveso mit Leben.

Morgen wird der Professor Botre in Mailand eintreffen, der als Lösung (siehe 19. Sept.) Wasser vorgeschlagen hat (löst das Gift auf der Oberfläche des Bodens zu 100 % auf, man nimmt jedoch an, daß es bereits 40 cm tief eingedrungen ist, in Richtung auf die unterirdischen Gewässer zu.

10. Oktober: Genau drei Monate nach dem Entweichen der Giftwolke kehren 500 Einwohner der Zone A, die im Agip-Motel in Assago untergebracht waren, in ihre Häuser zurück – gegen die Anordnung der Sicherheitskräfte. An verschiedenen Stellen kommt es zu Spannungen: auf der Schnellstraße Milano-Meda werden Straßensperren errichtet; das Rathaus von Seveso, in dem gerade eine Sitzung der Politiker stattfindet, ist belagert; Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Carabinieri, die das Rathaus bewachen. Nach erhitzten Diskussionen räumen die Carabinieri am Abend die Zone. Das Basiskomitee der nach Assago Evakuierten erklärt, daß die Leute überzeugt sind, daß die Gefahr von denjenigen übertrieben worden sei, die sich von der Katastrophe Profite versprechen (unternehmen, die Entseuchungs- und Abbrucharbeiten vornehmen, die Lokalverwaltung, die Subventionen vom Staat erhält etc.). Außerdem sei das Gebiet inzwischen bereits durch die Regenfälle weitgehend gereinigt.

Etwas später wird bekannt, daß hinter dem Basiskomitee der Evakuierten unter anderem auch die Organisation „Comunione e Liberazione" steht, die dutzende ihrer Aktiven in die Gegend eingeschleust hatte. Diese klerikal-populistische Organisation hatte sich in ihrer Agitation einerseits gegen die multinationalen Konzerne, andererseits gegen die Abtreibungen gewandt, „die sich alle vermeiden ließen". Mit der Parole „das Leben geht weiter!" haben sie die Evakuierten zu dieser selbstzerstörerischen Wahnsinnsaktion getrieben.

11. Oktober: Professor Gaetano Fara, Direktor des Instituts für Hygiene in Mailand: „Das Risiko besteht heute noch genauso wie am ersten Tag. Für die Entseuchung braucht man viel Zeit und viel Geduld."

18. Oktober: Nach der „Sunday Times" muß man damit rechnen, daß von den 10.000 dem Giftgas ausgesetzten Personen mindestens 1.000 eine Verminderung der zur Krankheitsabwehr nötigen weißen Blutkörperchen befürchten müssen. Die italienischen Behörden und Mediziner schließen die Gefahr von Leukämie aus.

19. Oktober: Etwa 20 weitere Fälle von Hautausschlägen wie sie für Chlorinfektionen typisch sind, sind bei den Bewohnern der Zone A, die zur Zeit im Agip-Motel von Assago untergebracht sind, festgestellt worden.

NEUES VON DEN MURRAYS

OBERURSEL (ID) 4.November

Täglich rufen pausenlos interessierte Leute und Gruppen beim Westdeutschen Irlandssolidaritätskomitee an und wollen wissen, was aus den beiden Murrays wird, die in Irland zum Tode verurteilt wurden.

Da in diesen Tagen der Oberste südirische Gerichtshof den Einspruch der Murrays gegen das Urteil verhandelt, geben wir hier einen ersten kurzen Prozeßbericht. Vorher aber noch ist ganz wichtig, daß die in der BRD seit kurzem sehr gewachsene Kampagne für die Murrays unbedingt weiter geführt werden muß, eine passiv-abwartende Haltung ist überhaupt nicht angebracht.

Am Mittwoch hat der Oberste Gerichtshof die Anhörung des Einspruchs von Noel & Marie Murray beendet. Wesentlicher Punkt des Einspruchs: auf Polizistenmord steht Todesstrafe, der erschossene Polizist Reynolds aber war in Zivil und außer Dienst. Niemand konnte wissen, daß es sich um einen Polizisten handelte .

Offenbar geht die neuerliche Prozeßentwicklung voran, obwohl juristisch eigentlich gar nichts mehr zu klären ist. Offenbar also gibt es hinter den Kulissen politische Auseinandersetzungen darüber, ob die Murrays nun tatsächlich hängen sollen oder nicht.

Verwirrung in der BRD bedeutete die Nachricht, daß Marie Murray ihren Einspruch gegen das Urteil auch zurückgezogen hatte. Tatsächlich hat sie dies auch versucht. Mit dem interessanten Ergebnis, daß der Oberste Gerichtshof den Rückzug ihres Einspruchs nicht akzeptieren will. Ohne genaueres zu wissen, vermuten wir,daß Marie deshalb ihren Einspruch zurückzieht, weil die Dubliner Regierung gern den Mann Noel hängen würde, die Frau aber nicht. Franco hat in gleicher Lage einmal ähnlich gehandelt. Wenn also Marie ihren Einspruch zurückziehen will, dann aus Solidarität zu ihrem Mann Noel, denn folgerichtig müßte nun auch sie gehängt werden, weil sie sich durch den Rückzug quasie für schuldig erklärt.

Diese Taktik, dadurch verstärkt, daß auch der Anwalt der Murrays seine Entpflichtung betreibt, hat das Gericht natürlich ‚verwirrt'. Das Hinauszögern des endgültigen Urteilsspruchs ist dafür ein Indiz.

Wahrscheinlich ist am kommenden Montag mit dem Entscheid zu rechnen. Bleiben die Richter bei der Version des Polizistenmords, dann ist mit der Vollstreckung des Todesurteils sofort zu rechnen. Die endgültige Entscheidung liegt dann allerdings beim Kabinett der irischen Regierung, wobei die Stimmen des Premierministers Cosgrave und der Minister O'Brien und Conney ausschlaggebend sind. Von Cosgrave ist bekannt, daß er alles daran setzt, die beiden Murrays an den Galgen zu bringen.

Obwohl sich momentan mehrere internationale Rechtsanwälte des Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Dublin aufhalten, und obwohl in der letzten Woche große Protest-Veranstaltungen in Südirland stattfanden (auch international), berichtet die irische Presse nahezu garnichts. Auch in der BRD-Presse wird die Entwicklung in Irland kaum kommentiert, ja nicht einmal berichtet.

In der letzten Woche wurde im Dubliner Mountjoy-Gefängnis der Galgen aufgestellt, gut sichtbar aus den Todeszellen von Marie und Noel. Der englische Henker steht bereit und wird eingeflogen.

In Irland wächst allerdings der breite Widerstand gegen die Vollstreckung der Todesurteile nicht nur in der Linken, sondern allgemein in der Bevölkerung. Auch im irischen Parlament dürfte eventuell sogar eine - machtlose - Mehrheit gegen den Galgen vorhanden sein. Nicht zuletzt ist die Krise dadurch vergrößert worden, daß vor 14 Tagen der irische Parlamentspräsident von seinem Amt zurücktrat.

Es kommt in dieser Situation ganz entscheidend darauf an, die internationale Kampagne mit allen Mitteln voranzubringen. Flugblätter und Murray-Dokumentationen sind bei uns in jeder Menge erhältlich. Alles andere an Aktionen und Initiativen müßt ihr euch selber einfallen lasse. Es gibt hier nicht nur den irischen Botschafter und Konsulate, sondern auch viele touristische Agenturen der Iren (AIR LINGUS).

Nochmal die Adresse des Botschafters: Irischer Botschafter, 53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 54. Macht da Dampf!

Flugblätter und Informationen etc.:Westdeutsches Irlandssolidaritätskomitee,637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171 / 73 212.

Spenden für die verdammt teure Kampagne und den Prozeß der Murrays auf: Postscheckkonto 29101-604, Internees Releas Association, Frankfurt; Kennwort: Murrays.

Laßt die Murrays nicht im Stich! Denkt an Sacco & Vanzetti und so viele andere.

SOLIDARITÄT FÜR OTELO DE CARVALHO

LISSABON (apl/LIBERATION) 29. Oktober

Wie im letzten ID bereits erwähnt, wurde Otelo de Carvalho aufgrund seiner politischen Äußerungen am 23. Oktober bei einer den Kongreß der GDUP's vorbereitenden Versammlung zu 20 Tagen strenger Haft im Gefängnis von Caxias verurteilt. Man warf ihm vor, die GDUP's ermutigt zu haben, ihre „Meinungsverschiedenheiten hinter sich zu lassen und ein revolutionäres Programm vorzulegen." Diese Entscheidung des Revolutionsrates wurde nicht durch einen richterlichen Entscheid bestätigt, sondern erfolgte in Übereinstimmung mit der Militärgerichtsbarkeit.

Am folgenden Tag heißt es in einer Erklärung von Luis Moita (Nationale Direktion der GDUP's und ehemaliger Gefangener des faschistischen Regimes): „Diese Verhaftung ist ein symbolischer Akt, der darauf abzielt die Bewegung der Volkseinheit anzugreifen. Die Rechten benutzen die Verhaftung, um diese Bewegung zu provozieren und herauszufinden, wie groß die Reaktionsfähigkeit ist. Die Bewegung der Volkseinheit muß sich dieser Provokation bewußt werden, die eine klare Analyse verlangt, aber auch eine energische Antwort. Die GDUP's werden ab Montag auf internationaler Ebene eine Kampagne zur Befreiung Otelos in Angriff nehmen."

Am Mittwochabend, dem 27.10., zogen etwa 30.000 Demonstanten vor das Generalstabsgeäbude des Heeres in Lissabon, um die Freilassung Otelos zu fordern und gegen die hohen Lebenshaltungskosten zu protestieren. Parolen wie „Spinola, Agent der PIDE, Faschisten in sGefängnis" richteten sich gegen die Tatsache, daß Spinola nun schon seit mehreren Wochen frei durch Portugal reisen kann. Diese Demonstration, die größte der Linken seit dem 25. November, ist ein unbestrittener Erfolg, kurz vor dem nationalen Kongreß der GDUP's.

"ER HAT ANGST, ICH WÜRDE EINE GUERRILLERA..."

FRAUEN BERICHTEN ÜBER KAMPFERFAHRUNGEN NACH DEM STREIK BEI „MOTOR IBERICA"

BARCELONA (ID/TRIUNFO) 29. Oktober

Streiks sind in Spanien — anders als in der BRD — keine Seltenheit. Die beiden Wellen von Massenstreiks in diesem Frühjahr sind ein Beweis dafür. Im zuge dieser Kämpfe ist das alte Wort vom „Umschlagvon Quantität in Qualität" an einem Beispiel demonstriert worden.

Da ist der Streik von „Motor Iberica" in Barcelona gewesen, einem Zweigwerk des kanadischen Multis Massey-Ferguson (ID 129 und 133). In dieser Traktorenfabrik hatten Ende April dieses Jahres, ausgehend von einem Generalstreik in Katalonien, die Arbeiter vier Monate lang gestreikt. Und zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte der Arbeiterkämpfe in Spanien hatten sich die Frauen der Streikenden massenhaft in den Kampf integriert, ihn unterstützt. Höhepunkt war ihre Besetzung der Kirche San Andreu del Palomar, in einem Arbeiterstadtteil von Barcelona, die nach vier Wochen durch einen Polizeiüberfall brutal beendet wurde. In ihrer Ausgabe vom 11. September hat die spanische Zeitschrift „Triunfo" ein Gespräch mit vier Frauen aus den Reihen der Besetzerinnen veröffentlicht. Hier die wichtigsten Auszüge:

Mercedes Lopez Ramirez: Ich bin 30 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder; ich arbeite auch außer Haus. Pura Gomez: Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder. Ich arbeite nicht, weil ich schon älter bin. Ana Maria Navarro Garcia: Ich bin 35 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder. Ich arbeite nicht, weil mein Mann es mir vor einem Jahr verboten hat, jetzt suche ich Arbeit und finde keine.

F: Senora Pura, wie kam es, daß Sie sich auch in der Kirche San Andreu miteingeschlossen haben?

Pura Gomez: Es hieß da, daß sich alle Frauen versammeln sollten, um zu sehen, ob sie die Männer ein bißchen unterstützen könnten. Ich dachte aber nicht, daß es so lange dauern würde (die Besetzung), wenn ich das gewußt hätte, wäre ich nicht aus dem Haus gegangen, aber dann hat mir Gott viel Kraft gegeben.

F: Ana Maria, war dein Mann damit einverstanden, daß du dich in San Andreu miteingeschlossen hast?

Ana: Also am Anfang nicht. Ich entschloß mich, als alles vorbereitet war, am Tag, als die Frauen auf einer Versammlung beschlossen, sich einzuschließen. Als mein Mann von der Gewerkschaft heimkam und sagte:„Um sieben Uhr heut Abend schließen sich die Frauen ein." — da sagte ich, daß ich mich anschließen müßte, und er verstand es.

F: Ihr habt den Kampf ja indirekt angefangen, über eure Männer. Oder habt ihr auch vorher schon an den Straßenaktionen teilgenommen?

Ana Maria: Sicher. Von Anfang an haben wir Demonstrationen gemacht, wir sind auch mehrmals zur Fabrik gegangen. Die Polizei hat uns geschlagen und vertrieben, d.h. wir waren schon an den Kampf gewöhnt, aber es war das erste Mal, daß wir darüber sprachen, uns einzuschließen und daß wir einen Unterstützungsplan machten um zu sehen, ob der Unternehmer irgendwie zurückweichen würde.

F: Mercedes, was hast du in den 28 Tagen in der Kirche gelernt?

Mercedes: Ich habe gelernt, mit meinen Genossinnen zusammenzuleben, sich zu unterstützen; ich habe gelernt, daß wenn man sich einschließt, man sich helfen muß, auch bei einem Streik oder wenn Kindergärten zugemacht werden, ebenso. Das wußte ich auch vorher schon, aber ich habe es nicht wichtig genommen.

F: Senora Pura, haben Sie alles, was Sie getan haben, für Ihren Mann getan, oder dachten Sie auch an die anderen Männer und an Ihre Genossinnen?

Pura Gomez: Mann, natürlich ist für mich das wichtigste Problem mein Mann; aber wenn ich früher an der Tür einer Kirche vorbeiging, wo sich Leute eingeschlossen hatten, dachte ich: Was machen die da? ? Heute glaube ich, wenn ich eine geschlossene Fabrik sehe, daß ich sie unterstützen muß,wie sie uns unterstützt haben. Früher war ich nur zuhause und wußte gar nichts. Nachdem was ich jetzt erlebt habe, tue ich mehr, als mich nur um mich selbst zu kümmern. Das Üble ist nur, daß ich schon alt bin; wenn ich jünger wäre, könnte ich mehr tun.

F: Araceli, was hast du bei dieser Aktion gelernt?

Araceli: Also, erstmal — wie's auch die Genossin Mercedes gesagt hat — das Zusammenleben, dann das Bewußtsein kriegen, was die Probleme der Arbeiter sind, d.h. wie man sie unterstützen muß, damit sie einen Streik durchführen können, ebenso die Zusammenarbeit der Frauen , der Kinder und aller Familienangehörigen.

F: Habt ihr jetzt, durch diese Aktion, irgendeine Unruhe über das,was politisch läuft, was in der Gesellschaft los ist?

Ana Maria: Seit der Aktion bin ich neugierig wie ein kleines Kind. Ich denke anders als früher, aber ich muß das alles erst verarbeiten. Ich weiß, daß es viele politische Parteien gibt, aber ich kann noch nicht bestimmen, welches die beste ist. Was ich jetzt machen will,

ist, in die Nachbarschaftsvereinigung gehen (Anm.: radikale Bürgerinitiativen auf Stadtteilebene); ich glaube das ist ein erster Schritt, um viel zu lernen. Jedenfalls kann ich jetzt nicht mehr so existieren wie früher, nicht mehr nur zuhause sein, ohne was zu tun. Das Haus ist nebensächlich geworden. Ich muß etwas tun und suche danach.

Pura Gomez: Als ich in der Kirche eingeschlossen war und die Arbeit der Nachbarschaftsvereinigung sah, sagte ich mir: an dem Tag, an dem mich die Straße wiedersieht, ist mein erster Gang zur Nachbarschaftsvereinigung; ich will dort mitarbeiten.

F: Und was eine konkrete politische Vorstellung angeht, wie siehts da bei Ihnen aus?

Pura Gomez: Nichts, von Politik versteh' ich nichts. Ich versteh' nicht viel mehr als meinen Haushalt und die Arbeit meines Mannes, und wenn ich etwas Gutes tun kann, dann mache ich Krankenbesuche und geh' sonntags in die Messe.

Ana Maria: Ich muß mal eine Sache sagen, die spricht zwar gegen mich, aber ich muß sie sagen. Ich war immer ein Frau, die sich viele Gedanken gemacht hat, ohne mich hier damit brüsten zu wollen. Und mein Mann hat das gemerkt, aber er hat mir nie gesagt, was ihn bewegt, welche Probleme er hat. Ich habe mir allerdings nie überlegt, was es bedeutet, wenn er mehr als acht Stunden schafft und dabei seine Gesundheit verliert, oder wenn er samstags und sonntags arbeitet und wir zwar das Opfer bringen und zuhause bleiben mußten, dafür aber mehr Peseten ins Haus kamen — für unsere Kinder und für die Zukunft. Aber dabei sah ich nicht, wie mein Mann draufging, physisch und moralisch, weil wir keinen Kontakt mehr miteinander hatten. Er kam totmüde heim, konnte sich nicht mehr unterhalten, und ich war egoistisch. Diese Aktion in der Kirche hat mich gelehrt, nicht mehr so egoistisch zu sein und mir diese Sachen zu überlegen.

Mercedes: Mein Mann hat in den 10 Jahren, die er bei Motor Iberica arbeitet, keinen einzigen Samstag oder Sonntag geschafft ...

F: Araceli, wie war dein Leben vor der Kirchenaktion, habt ihr, dein Mann und du, euch oft gesehen?

Araceli: Er hat jeden Tag 12 Stunden gearbeitet, und samstags und sonntags. Alles nur, um eine eigene Wohnung zu haben und wegen der Schulden. Das war genauso wie bei Pura. Er konnte die Kinder nicht schreien hören, es gab kein Familienleben. Jetzt glaube ich, der Mann darf nicht mehr als acht Stunden arbeiten, und die Frau soll ein bißchen mitverdienen. Unser Familienleben hat sich seit dem Entschluß sehr geändert. Jetzt spricht mein Mann mit mir über Probleme, die in der Versammlung diskutiert wurden und die ihn bewegen, über alles.

F: Als der Streik bei Motor Iberica zuende und gelöst war und eure Männer wieder zur Arbeit gingen, was habt ihr da gemacht? Wieder putzen oder weiterkämpfen?

Ana Maria: Es gab eine Zeit — vor dem Streik — da fühlte ich mich sehr einsam und wollte noch ein Kind von meinem Mann, weil ich erst eins hatte. Er wollte damals nicht. Jetzt aber, wo er mich mit soviel Lust zu kämpfen erlebt hat, müht er sich unheimlich, mir noch ein Kind zu machen. Weil er glaubt, ich würde zur Guerillera, und er will mich mit einem Kind bremsen! Ich will aber nicht, und ich glaube, auch er muß sich erstmal umstellen.

F: Und wenn ihr vorhabt, den Kampf weiterzuführen, akzeptieren eure Männer, daß nicht alles geputzt und gespült ist?

Araceli: Ich glaub, mich wird das einiges kosten. Ich arbeite und als ich dieser Tage nachts um 11 Uhr heimkam, bat ich meinen Mann, einen Teller zu spülen. Er sagte, das sei meine Sache. Ich glaube, auf diesem Feld gibts noch einige Rangeleien.

SAVAK UNTER BESCHUSS

PARIS (ID) PRESSEKOMMUNIQUE DER CISNU

Laut Meldungen der Nachrichtenagenturen fand am Montag, den 2.11. 1976 in Paris ein Attentat auf einen bekannten Agenten des iranischen Geheimdienstes SAVAK statt.

Dies war anscheinend für die französische Regierung ein willkommener Anlaß zu einem Schlag gegen die CISNU-Mitglieder und andere iranische Demokraten auszuholen, indem sie kurzerhand 10 Antifaschisten verhafteten. Dies, obwohl es sich bei der Gruppe, die das Attentat ausgeführt hatte, laut Meldung von ‚AFP' um französische Staatsbürger handelte. Wir sind sicher, daß die französische Regierung genau weiß, daß die verhafteten Demokraten mit dieser Tat nicht in Verbindung stehen. Sofort nach der Bekanntgabe der Verhaftungen unserer Mitglieder und der anderen Demokraten haben wir in einem Telegramm an die französische Regierung schärfstens gegen diesen reaktionären Willkürakt protestiert und die sofortige Freilassung dieser Antifaschisten verlangt.

Wir bekräftigen hier noch einmal, daß die CISNU in ihrer über 17jährigen Tätigkeit, sich stets als eine demokratische, antifaschistische und antiimperialistische Organisation versteht. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, durch Öffentlichkeitsarbeit, durch intensive Aufklärung im Ausland über die Situation im Iran, den Charakter des faschistischen Schah-Regime zu entlarven. Die CISNU versteht sich als öffentliche Sprache des iranischen Volkes im Ausland. Durch unsere Aktivitäten ist es uns gelungen, das faschistische Schah-Regime und seine Gestapo SAVAK zu demaskieren und in der Weltöffentlichkeit immer mehr zu isolieren. Desweiteren ist es uns durch unsere Publikationen, Veranstaltungen, durch Pressekonferenzen in europäischen Staaten, Amerika und anderen Ländern gelungen, aufzuzeigen, daß die Gestapo des Schah, nicht nur im Iran Demokraten verfolgt, foltert und ermordet, sondern schon längst ein Spionagenetz in der ganzen Welt aufgebaut hat. Dies ist spätestens dann zu einem offenen Geheimnis geworden, als am 30.8.76 die Schweizer Regierung den Konsul des Schah in Genf, Malek Mahdavi, wegen Spionagetätigkeit des Landes verwies. Einen Tag darauf gab der Schah offen zu, daß sein Konsul in Genf SAVAK-Mitglied ist und stellt klar, daß die Schweizer Regierung v on Anfang an darüber in Kenntnis gesetzt worden war. Für diejenigen, die es immer noch nicht wahr haben wollten, unterstrich der Terrorist Schah in einem Fernseh-Interview mit der US-Fernsehgesellschaft ‚CBS' am 1.11.76 daß seine SAVAK-Agenten in den USA tätig sind (siehe FR und Welt vom 2.11.76). Dieses Geständnis zeigt offen den Charakter des faschistischen Schah-Regimes, das nicht nur die elementarsten Menschenrechte im Iran ‚mit den Füßen tritt', sondern seine terroristischen Gestapo-Methoden über die ganze Welt erstreckt. Der Terrorist Schah ist so brutal zugleich aber auch so dumm, dieses offen zuzugeben.

Wer heute noch dieses Regime unterstützt, ist ein offener Kollaborateur des Faschismus und macht sich zum Komplicen eines der barbarischsten Regime, das laut Jahresbericht von Amnesty International von 1975 „das Land mit den meisten Todesurteilen der Welt ist".

Wir werden uns durch diese Kollaborateure, wenn sie auch Giscard d'Estaing heißen und sich keine Gelegenheit entgehen lassen, ihren reaktionären Druck auf die demokratische iranische Opposition zu verstärken, nicht einschüchtern lassen, den Faschismus im Iran weiterhin anzuprangern. Wir sind schon mit dieser Praktik vertraut, daß es seitens der Reaktionäre jeder Anlaß willkommen ist, um unsere demokratische Arbeit zu kriminalisieren. Dies gelang dem Faschisten Schah nicht, und wird auch seinen Helfershelfern nicht gelingen.

Frankfurt, 4.November 1976 Vorstand der CISNU

P.S. Soeben erfuhren wir, daß die 10 Verhafteten wieder freigelassen wurden.

ERFAHRUNGEN EINES GENOSSEN: KRIEG IM LIBANON UND KNAST IN ISRAEL

FRANKFURT (ID) 25.Oktober Um der palästinensischen Rot-Kreuz-Organisation ‚Roter Halbmond' Medikamente zu bringen, war Ger Dassen, Vertreter des niederländischen Komitees für medizinische Hilfe, im September in den Libanon gefahren. Auf der Rückreise wurde sein Schiff, ein mit Flüchtlingen überfüllter Äppelkahn auf dem Weg nach Zypern (das ist die einzige Möglichkeit, in den Libanon rein und wieder rauszukommen), noch in libanesischen Hoheitsgewässern von einem israelischen Marineboot aufgebracht und gekidnappt, dann nach Haifa verschleppt (am 7.10.).

Im ID 147 war darüber ein Bericht. Ger Dassen wurde nach 10 Tagen von den Israelis freigelassen, weil die Forderung danach in Holland durch sämtliche Medien gegangen war.

Der Genosse Ger, Student der Anthropologie, berichtet in einem Gespräch über zwei Punkte: über die Kriegslage im Libanon, besonders in der Hauptstadt Beirut, wo er gezwungenermaßen sechs Wochen (von Ende August bis Anfang Oktober) war und über das Kidnapping durch die Israelis als Erfahrung, wie man in Israel mit politischen Gefangenen umgeht (denn das war er, obwohl die Israelis nie von der Verhaftung sprachen).

DER WIDERSTAND – DER SIEG DER SYRER

Weil Krieg ist, ist alles sehr schwierig. Zunächst mußte ich meine Freunde, meine persönlichen Kontakte finden, um auch einen Schlafplatz zu haben.

Die Stadt Beirut ist ein Chaos. Es gibt oft keine Elektrizität. Sie wird verteilt und zwar so, daß es in den armen Stadtvierteln, wo ich meine Freunde habe, oft tagelang keinen Strom gibt. Und das heißt: es gibt auch kein Wasser, denn das muß mit Elektrizität aus den tiefen Brunnen nach oben gepumpt werden. – Da steckt natürlich Absicht dahinter. Das wird von den Faschisten kontrolliert.

Und weil Wasser und Strom so voneinander abhängen, sind davon auch die Lebensmittel betroffen. Vor allem das Gemüse verdirbt sehr schnell – denn es war heiß und die Preise steigen.

In Westbeirut, wo die libanesische Linke zusammen mit den Palästinensern lebt und Widerstand leistet, kriegst du den Krieg unmittelbar mit. Du hörst ununterbrochen die Raketeneinschläge, die zu jeder Zeit passieren. Tagsüber etwas weniger, vor allem nachts wird blindlings auf die Stadtviertel der Linken geschossen. Von den Faschisten. Wahllos.

Palästinenser und libanesische Linke haben an der Frontlinie mitten in der Stadt eine gemeinsame militärische Führung. Die Bevölkerung da in Westbeirut leistet Widerstand bis zum letzten, sie kämpfen um ihre Wohnungen und Häuser. Es gibt zwischen Milizen, also militärischen Einheiten, und der Zivilbevölkerung eigentlich keinen Unterschied mehr. Alle kämpfen. Sie sagen: „man kann uns nichts mehr nehmen. Wir haben nur noch unser Leben."

Du kannst dich schon bewegen in den Straßen. Wenn du keine Angst hast. Aber es kann immer passieren, daß die Faschisten gerade dort, wo viele Menschen sind, auf den Hauptstraßen zum Beispiel, ihre Granaten hinschießen. Und das sind Splittergranaten.

Sie schießen auch mit Dum-Dum-Geschossen, die von der Genfer Konvention verboten sind. Vor allem nachts. Da werden Leuchtpatronen in die Luft geschossen – denn es gibt ja kein Licht, weil kein Strom – und dann schießen sie los. Das ist so, als wenn neben deinem Ohr ein Gewehr abgeschossen wird. Die ganze Nacht durch. Man gewöhnt sich halt dran.

Als dann die Syrer Ende September, es war genau um viertel nach sieben, an einem Dienstagmorgen – ihren Sturmangriff anfingen, das war die Hölle. Sie haben Waffen eingesetzt, die sie vorher nicht hatten. Die sie also nicht gegen Israel gebraucht haben im Oktoberkrieg (1973). Die haben sie erst später bekommen. Diese Waffen sind aus Nordkorea. Das sind Geschosse mit 36 Raketen auf einen Schlag.

Ich hab mal gezählt, das waren pro Minute 41 Einschläge bzw. Abschüsse. Die Geschosse durchschlagen Häuserwände, zerfetzen Menschen, weil sie beim Aufprall zerplatzen. Ein Geschoss zerschlägt eine Fläche von 25 Quadratmetern.

Diesem ersten Sturmangriff der Syrer konnten die Linken und Palästinenser nicht einmal zwei Tage lang Widerstand entgegensetzen. Es gab unheimliche Verluste an Menschen und Material. Das hat wie ein Donnerschlag eingeschlagen. Weil man gedacht hat, die Syrer sind keine Schweine, sie sind Araber, sie werden das ganze Potential an Waffen nicht gebrauchen.

Gegen die Panzer und Raketen der Syrer hatten die Linken nichts mehr entgegenzusetzen. Gut, sie produzieren noch Munition, haben auch noch leichtere Waffen, aber gegen den Sturm der Syrer waren sie machtlos, denn der Nachschub wird von den Israelis abgefangen. Von Lybien kommt noch einiges, die Sowjetunion gibt nichts.

Die Revolution, also die linke Bewegung im Libanon, ist jetzt so geschwächt, daß der Vormarsch der Syrer nach diesem Sturm auf Beirut und die Eroberung von zwei anderen Städten nicht mehr einsichtig war. Die Syrer haben das Land militärisch unter Kontrolle, sie können jetzt die Linken zu politischen Verhandlungen zwingen.

Die PLO ist militärisch geschlagen. Sie muß sich jetzt wieder in ihre Lager zurückziehen. Politisch lebt sie natürlich, denn das Problem der Palästinenser ist weiterhin ungelöst.

Der Libanon war, vor allem militärisch, der Hauptstützpunkt der Palästinenser, seit dem Schwarzen September 1970, als sie aus Jordanien von König Husseins Truppen vertrieben worden sind.

Und im Libanon haben die Palästinenser auf Einladung der Linken der Nationalen Bewegung Libanons und aus Solidarität ihre Truppen eingesetzt und mitgekämpft. Ihr gemeinsamer Gegner waren die Faschisten. Man hat an Tell-Zatar gesehen, zu was die Faschisten fähig sind.

DIE HAFTMETHODEN DER ISRAELIS

Wir fuhren abends los, vom libanesischen Hafen Zaida aus, Richtung Limassol auf Zypern. Ein paar Kilometer von der Küste weg wurden wir von einem israelischen Patrouillenboot gestopt. Als unser Kapitän das für einen Scherz hielt – denn es war bisher kaum vorgekommen – schossen die Israelis scharf vor unseren Bug, so daß bei uns auf dem offenen Verdeck eine Panik entstand.

Dann zwangen sie uns, nach dem israelischen Hafen Haifa zu fahren, die ganze Nacht hindurch.

Ich war der einzige Europäer und wurde zunächst wie alle anderen, meist libanesische Flüchtlinge, ganze Familien, untersucht. Als ich dann mit den übrigen Passagieren wieder aufs Schiff wollte, wurde ich gepackt und mit verbundenen Augen weggefahren. Mein Gepäck war weg, schon auf dem Schiff, das losfuhr. Einen Tag später.

Wohin ich gebracht wurde, weiß ich nicht. Zuerst mußte ich mich ausziehen, sie haben mir in den Arsch geguckt, ob ich was drin habe. Dann haben sie mich verhört: mit sechs Leuten sechs Stunden lang. Auf Englisch, deutsch und arabisch.

Da war einer dabei, das war ein richter Preuße, wie hier ein Beamter, mit dickem Bauch, ein großes Schwein. Die anderen sahen alle wie Araber aus.

Als das Verhör eine Zeitlang gedauert hatte, sagte der deutschsprechende zu mir: „Du, Ger, du kannst mit mir sprechen wie mit deinem Arzt. Sei offen. Denn stell dir mal vor, ich geh jetzt nach Hause und ich lasse dich allein mit diesen Leuten. Das sind Araber, die können dein Blut trinken."

Das war shocking für mich, aber andererseits hat es mir gut getan, daß so ein Schwein so was sagt, weil ich nun wieder gegen ihn kämpfen konnte. Die machen dich kaputt. Gefragt haben sie

eigentlich wenig. zum Beispiel: „Hast du eine militärische Ausbildung? " „Nein!" „Das glauben wir sowieso nicht."

Dann schimpfen sie auf alles, was du tust: „Du bist ein Idiot, du gibst den Arabern Medikamente, die haben so viel Öl, die können alles selber kaufen, usw."

Die haben dann gedroht, geschlagen haben sie nicht. Ich sag dir, die brauchen keinen Menschen zu schlagen. Ich hab dann – als sie mich 14 Stunden allein gelassen haben – angefangen, an mir zu zweifeln. Das ging tagelang so. Das ist das schlimmste. Die Zeit, die man allein ist.

Die haben auch gesagt: „Du bist hier, wir wissen wie du heißt. Aber wer weiß das sonst, wo du bist? Niemand!" Die Leute auf dem Schiff waren einfache Leute, die hatten Angst, die wären niemals zur Botschaft gegangen. Das wußten die. Die Verhörer haben gesagt: „Und wenn wir dich morgen ins Meer schmeißen, da kräht kein Hahn danach." Sie haben mich schon mal am Bart gezogen, gesagt, sie würden mir die Haare einzeln rausziehen, wenn ich nicht mitarbeite.

Was sollte ich mitarbeiten? Ich habe ihnen erzählt, daß ich Medikamente in den Libanon gebracht habe. Sagten sie:„Ja, das sind alles nur Deckmäntel, ebenso das Palästinakomitee, das ist eine Mantelorganisation für Terroristen. Du bistein Terrorist."

Das war in einem Raum ohne Fenster, sehr grelles Kunstlicht. Klassischer Untersuchungsraum. Ich wurde dann in ein anderes Gefängnis gebracht, wahrscheinlich war es eine Polizeistation in der Nähe von Tel Aviv. Die Zelle dort war so groß wie ein Bett, ohne Wasser, ohne Toilette.

Sie haben eigentlich nur Schweinereien gesagt. Haben sie zum Beispiel eine Adresse bei mir gefunden von einem Israeli, von Prof. Shahak, von der Menschenrechtskommission. Haben sie gesagt: „Mit solchen Israelis verkehrst du, aber nicht mit den richtigen." (Anm.: Shahak ist ein scharfer Kritiker der politischen Unterdrükkung in Israel).

Ich sollte mit ihnen zusammenarbeiten, in dem ich Shahak eine Briefbombe schicken sollte.

Für mich ist die wichtigste Erfahrung, daß man wirklich nicht geprügelt werden muß, um kaputt zu gehen. Ich war total isoliert, völlig verdreckt, konnte keinen Himmel sehen. Und es ist bekannt, daß in Israel tausende politische Häftlinge sitzen, Araber, um die sich niemand kümmert.

INFORMATIONEN AUS DER TÜRKEI

ISTANBUL (ID) 3. November

Der Folgende Bericht aus der Türkei stammt von einem deutschen Genossen, der zur Zeit in Istanbul ist:

„Die bundesdeutschen Zeitungen schweigen sich beharrlich über die Situation in der Türkei aus. Was las man schon darüber, daß es vor vier Wochen eine der größten Streikbewegungen in der Geschichte der Türkei gegeben hat – eine politische Streikbewegung, die sich gegen die „Staatssicherheitsgerichts-höfe" richtete? Was las man darüber, daß in diesem Zusammenhang Tausende vom Gewerkschaftlern festgenommen und teilweise gefoltert wurden und was darüber, daß Gewerkschaftsbüros geschlossen wurden. Auch suchte man vergebens eine Meldung über die Amtsenthebung des Oberbürgermeisters von Ankara, Vedat Dalokay, eines Mitglieds der sich selbst als „sozialdemokratisch" bezeichnenden „Republikanischen Volkspartei" (CHP). Alle diese Maßnahmen mußten unter dem Druck der Massenbewegung zurückgenommen werden: die Staatsischerheitsgerichtshöfe mußten ihre Arbeit einstellen, die Gewerkschaftsbüros sind wieder geöffnet, der äußerst populäre Dalokay bekam sein Amt zurück. Trotzdem ist die Situation für die Arbeiterbewegung und die linke Bewegung überhaupt in der Türkei alles andere als rosig: Täglich werden GEwerkschaftler, Angehörige von linken Organisationen (auch Mitglieder und Funktionäre der CHP) und vor allem linke Schüler und Studenten von faschistischen Kommandos angegriffen, meistens schwer verwundet und oft sogar ermordet.

Es hat den Anschein, daß es das Ziel der Faschisten ist, vor allem an den lehrerausbildenden Hochschulen der Türkei faschistische Bastionen zu errichten. Die Vorgehensweise der Faschisten ist sehr simpel: bei Aufnahmeprüfungen werden faschistische Studenten bevorzugt. Wo dies nicht ausreicht, werden die Hochschulen und vor allem die in der Türkei meist angeschlossenen Studentenwohnheime durch faschistische Kommandos freigeschossen oder freigeprügelt. Die häufige direkte Konfrontation dürfte mit der Zeit auch bei einem großen Teil der jetzt noch reformistisch-sozialdemokratischen „Republikanischen Volkspartei" zur Desillusionierung und Radikalisierung führen – zumal da man sich von den westeuropäischen „Bruderparteien" (SPD, SP Österreichs etc.) im Stich gelassen fühlt. Beispielsweise empfand man es in der CHP als Skandal, daß ihr Vorsitzender Ecevit nicht zum Parteitag der portugiesischen SP am 30.10. eingeladen wurde – wo sich ja bekanntlich die Creme der westeuropäischen Sozialdemokratie ein Stelldichein gibt.

Ausdruck einer Radikalisierung ist beispielsweise folgender, die gegenwärtige Situation in der Türkei zusammenfassende Leitartikel des oben erwähnten Vedat Dalonkay – Oberbürgermeister von Ankara und CHP-Mitglied – in der Tageszeitung „Politika" vom 25. Oktober:

‚In diesem Jahr gibt es ein Außenhandelsdefizit von 50 Milliarden T.L. (8 Milliarden Mark); hinzu kommen 50 Milliarden T.L. sonstige Auslandsschulden. Im türkischen Staatshaushalt sind Ausgaben von 30 Milliarden T.L. (5 Milliarden Mark) ungedeckt; sonstige Staatsschulden in gleicher Höhe kommen noch hinzu. Eine Million Landsleute müssen im Ausland ihr Brot verdienen; drei Millionen Landsleute sind arbeitslos; 400.000 Wohnungen fehlen, deshalb werden von neuem 100.000 Elendsbehausungen entstehen ... In den Städten gibt es Cholera, der Schwarzmarkt dehnt sich aus, die Preistreiberei, die Betrügerei und die Teuerung werden immer bedrückender. 200.000 Oberschüler stehen vor den Universitäten, Volksschüler bekommen nur vier Jahre Unterricht. Kinder, Oberschüler und Studenten werden auf den Schulhöfen, in ihren Klassenräumen, in den Schulbussen und auf der Straße ermordet, oft sogar vor den Augen ihrer Eltern. Man betrügt uns um unser Brot. Man betrügt uns um unser Land ... Arbeiter, Bauern, Lehrer! Alle, die Ihr arbeitet! Demirel behauptet, uns retten zu wollen. Vielleicht schenkt er uns eine Schachtel Aspirin.'

(Anm.: Demirel ist der Chef der jetzigen nationalistisch-faschistischen Koalitionsregierung.)"

CIA-VERBINDUNGEN ZU DEN PUTSCHISTEN IN THAILAND ?

NEW YORK (LNS/ID) 16. Oktober

Am 14. Oktober fand in New York eine Pressekonferenz mit Winslow Peck, (ID 131, 134) Mitarbeiter bei ‚Counter-spy magazine', statt. „Die militärische Einheit, die an dem Coup in Thailand aktiv beteiligt war, war die Thai-Grenzpolizei," erklärte Winslow Peck. Diese Grenzpolizei steht seit Jahren unter der Kontrolle des CIA. 1963 entschied sich der US-Botschafter in Thailand, Graham Martin, der Grenzpolizei mehr US-Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Gleichzeitig wurde ein neues Kommando gegründet, das die counter-insurgency-Aktionen der Grenzpolizei und anderer militärischer Einheiten überwachen sollte. Dieses Kommando, zunächst CSOC (Kommunistisches Unterdrückungs-Operations-Kommando) genannt, später ISOC (Inneres Sicherheits- und Operations-Kommando) war das Instrument, dessen sich der CIA bediente, um die counter-insurgency-Aktivitäten zu überwachen und zu leiten.

Die Operationen richteten sich gegen Studenten, Bauern und Arbeiter-Organisationen und gegen Kämpfe auf dem Land, die von der Kommunistischen Partei Thailands geführt werden. Die Grenzpolizei, 1965 51000 Mann stark, ist in den letzten Jahren auf 75000 Mann angewachsen. Diese Truppen sind die Elite des Thai-Militärs. Hauptsächlich werden sie im Norden an der Grenze zu Kambodscha und Laos eingesetzt, aber während des Putsches tauchten sie auch in den Städten auf, und sie waren es hauptsächlich, die auf die Studenten schossen. Auch in der politischen Struktur von Thailand bekommt die Grenzpolizei mehr Gewicht. Der Führer der Grenzpolizei ist der zweite Mann in der nationalen Polizeihierarchie. Die CIA-Kontakte zu den rechten Kreisen in Thailand wurden nochmals von

Peck dokumentiert. Alle Einzelheiten der CIA-Beteiligung am Putsch sind jedoch noch nicht geklärt. Für weitere und Hintergrundinformationen: Counterspy, Box 647, Ben Franklin Station, Washington D.C. 20044 USA.

INTERVIEW MIT SÜDAFRIKANISCHEM STUDENTENFÜHRER

GROSSBRITANNIEN (ID/LIBE) 20. Oktober

Im folgenden drucken wir die Übersetzung eines Interviews mit dem südafrikanischen Studentenführer Tsietsi Nashinini aus Soweto ab, das die französische Tageszeitung Liberation führte. Tsietsi (der z.Zt. „meistgesuchte Mann Südafrikas") hält sich augenblicklich in Großbritannien im Exil auf, von wo aus er jedoch demnächst wieder ins südliche Afrika abgeschoben werden soll (angeblich wegen fehlenden Visa), jedoch nicht nach Vorsters Südafrika (Beweis der „Sanftmütigkeit" der britischen Behörden). Tsietsi war bis zu seiner Flucht Ende August Präsident der SSRC (Soweto Students Representative Council), einer Studentenorganisation, die aus der 1968 gegründeten SASO (South African Students Organisation) hervorging.

Libe: Welches ist der Hintergrund eurer Revolte der letzten vier Monate?

Tsietsi: Die schwarze südafrikanische Bevölkerung ist einer permanenten Repression ausgesetzt, so daß es nur weniger Initiativen bedarf, um eine gewisse politische Praxis zu erreichen und zum organisierten Kampf überzugehen. Die politische Ideologie, der die Schwarzen zu folgen gedenken, ist vorgezeichnet und geprägt durch die Grausamkeiten, denen uns die Weißen unterwerfen. Deshalb können wir uns über die Unterdrückung, die wir erfahren, selbst identifizieren und die Mittel wählen, sie zu bekämpfen. Ich meine nicht, daß wir uns unser Verhalten hätten diktieren lassen. In der Tat wissen wir gut, was „Bantu-Erziehung" heißt: ein Konzept und eine Praxis, vom Regime mit dem Ziel eingeführt, das schwarze Kind zu lehren, dem weißen Mann gut zu dienen, von dem Tage an, wo es aktives Mitglied der Arbeiterklasse geworden ist. Ferner wurden unsere Schulen nach rein ethnischen Kriterien geteilt. Eine Sache, die die Studenten niemals akzeptiert haben.

Letztens haben die Abteilungen der Verwaltung des Bantu-Erziehungswesens beschlossen, daß die schwarzen Studenten künftig zwei Sprachen zu erlernen hätten: Englisch und Afrikaans, eine von den Weißen erfundene Sprache und bevorzugtes Mittel, die schwarzen Studenten zu „zähmen", d.h. unterzuordnen. Diese Maßnahme hat uns dazu gebracht, Streiks auszurufen, besonders in den höheren Schulen, wo man eifrig dabei war, diese neuen Normen in die Praxis umzusetzen. Die Streiks haben mehrere Wochen von Ende Mai bis Anfang Juni gedauert. Dann entschlossen wir uns, etwas konkreteres und wirksameres zu machen, um gegen die Einführung des Afrikaans zu protestieren.

Nachdem einige Genossen und ich mehrere höhere Schulen kontaktiert hatten, entschlossen wir uns, am 16. Juni friedlich zu demonstrieren. In einer Schule sollte eine Versammlung stattfinden, und wir wollten ein Memorandum veröffentlichen, daß sich an die Behörde richtete. Darin sollte unsere rigorose Ablehnung des Afrikaans stehen und unsere Absicht, die Kurse bis zur kompletten Abschaffung dieses Gesetzes nicht mehr aufzusuchen. Nachdem wir vormittags durch die Straßen Sowetos gelaufen waren, gingen wir anschließend zum vorgesehenen Treffpunkt. Die Polizei war schon da. Also versuchten wir mit ihnen zu verhandeln. Aber statt einer Antwort gab es Tränengasbomben. Im Moment unserer Flucht eröffneten die Polizisten das Feuer unterschiedslos auf alle, die sich dort befanden. Viele unter uns wurden getötet. Offiziell sprach man von 177 getöteten Personen, während der ersten drei Tage der Revolte, aber in Wirklichkeit waren es 353 Leute, die in Soweto und Umgebung niedergeschossen wurden, wie wir wissen. Außerdem wurden 1000 von uns eingelocht, während andere „verschwunden" sind....

Die Ordnungskräfte hatten diesen Aufstand nicht erwartet. Sie waren augenscheinlich von dieser ersten großen Studentendemo in Südafrika überrascht. Auf jeden Fall haben wir sehr schnell begriffen, daß die Polizei und das Regime uns den offenen Krieg erklärt hatten, und daß sie nicht vor irgendwas zurückwichen. Wir waren über das Gemetzel des ersten Tages sehr schockiert, was sich aber schnell in Wut verwandelte, eine tiefgehende Wut, die sich auf die gesamte afrikanische Bevölkerung von Soweto übertragen hat. Von diesem Augenblick an wurde alles, was die Unterdrückung durch den Weißen symbolisierte, zerstört: die Räume der Stadtverwaltung, Bibliotheken, etc.

Das rassistische Regime behauptete anschließend, daß es unter den Studenten kommunistische Agitatoren gegeben habe, die die Regierung stürzen wollten. Wir, die Studenten, sagen, daß die Gesetze gegen die Kommunisten diskriminierende Gesetze sind, die es dem Regime erlauben eine minimale Summe für die Erziehung schwarzer Kinder auszugeben, während dem Millionen für Geheimdienste und die Verteidigung ausgegeben wird.

Gegen diese Haltung des Regimes nach den ersten 3 Tagen des Aufstandes beschloßen wir weiter zu demonstrieren, nicht nur gegen die Einführung des Afrikaans, sondern ebenso für die Freilassung der verhafteten Genossen.

Libe: Und die Reaktion der Arbeiter von Soweto?

Tsietsi: Nach den Ereignissen des 16. Juni waren die Arbeiter nicht sonderlich befriedigt über das Verhalten der Studenten. Sie warfen uns vor, sie vor den Demos nicht konsultiert zu haben, Demos an denen sie von Beginn an hätten dabei sein wollen. Aber vor dem 2. und 3. Streiktag sprachen wir mit ihnen. An den nächsten Tagen blieben 80% – 90% zu hause, in manchen Vierteln sogar alle.

Libe: Sind die Arbeiter auch politisch organisiert?

Tsietsi: Ja, es gibt Gewerkschaften und andere „geduldete" Arbeiterorganisationen, deren Ziel natürlich die totale Befreiung des schwarzen Südafrikaners ist.

Libe: Was denkst du über die Auswirkungen eurer Bewegung auf andere Trabantenstädte Südafrikas?

Tsietsi: Soviel ich weiß, gab es keine wirkliche Koordination vor dem Ausbruch des Streiks und der Demos. Das ist normal in Südafrika. Das, was eine schwarze Gemeinde angeht, berührt die gesamte schwarze Bevölkerung. Wir haben es nicht nötig, unsere Antwort an das Regime zu organisieren. Die Schwarzen sind sich ihres Kampfes sehr wohl bewußt und wissen, was er für sie selbst und die Weissen bedeutet.

Libe: Kann man eure Revolte mit „Black Power" oder den „Black Panthers" in Amerika vergleichen?

Tsietsi: Der schwarze Südafrikaner erhält nur minimale Informationen in politischen Fragen (wenn überhaupt). Die Studenten selbst wissen nur sehr selten, was in den USA oder anderswo geschieht. Die Zeitungen bei uns sind ganz in den Händen des rassistischen Regimes und einer strengen Zensur unterworfen. Ich selbst hatte nicht die Möglichkeit, vor meinem Exil etwas über die Bewegung der Schwarzen in den USA zu lesen. Deshalb haben wir nicht die Möglichkeit, unseren Kampf, mit dem der Schwarzen Nordamerikas zu vergleichen.

Libe: Wie war die Lage, als du das Land verlassen hast?

Tsietsi: Die Macht war in den Händen der Jugendlichen, einer wirklich militanten Jugend. Überall in Südafrika war die schwarze Bevölkerung mit den Jugendlichen solidarisch. Und selbst wenn es momentan keine Demos gibt, heißt das nicht, daß der Kampf zu Ende geht. Andre Sachen werden geplant, aber davon kann ich hier nicht sprechen.

Libe: Welches ist deiner Meinung nach die Antwort, die euch das Regime für die Zukunft vorbehält?

Tsietsi: Das rassistische Regime hat uns wenig zu geben. Das Volk möchte etwas, das das Regime John Vorsters nicht geben kann: Gleichheit und das „Gesetz der Mehrheit". Ferner und gerade wegen der Grausamkeiten des Regimes, hat die schwarze Bevölkerung Südafrikas einen weiteren Schritt vorwärts gemacht. Sie ist nicht nur gegen die Regierung, sondern von jetzt ab gegen die Weißen überhaupt. Sie möchte nichts mehr mit den Weißen zu tun haben, möchte die Macht ergreifen und dann die Weißen den bitteren Geschmack der „Arzneimittel" schmecken lassen, das sie uns bis heute in die

Kehle gossen. Wir haben nur zu sehr diese Bitterkeit gekannt ...

Libe: Dennoch hast du mal an die Gewaltlosigkeit geglaubt.

Tsietsi: Ich glaube nicht mehr daran. Vor den Juni-Ereignissen gehörte ich einer pazifistischen Bewegung an, und ich glaubte, daß man die Revolution auf friedlichem Wege über Verhandlungen erreichen könnte. Aber nachdemich gesehen habe, was das Regime unserem Volk am 16. Juni und den folgenden Tagen angetan hat, verstand ich, daß die Gewaltlosigkeit uns kein konkretes Ergebnis gebracht hätte. Das Regime hat auf das Volk geschossen. Das ist das erste Mal, daß die Jugend diese Erfahrung gemacht hat. Gewiß, unsere Eltern haben die gleiche Erfahrung (Sharpville 1960) gemacht, aber das Volk hat erst jetzt feststellen können, wie brutal und grausam dieses Regime ist. So viele Leute sind gestorben, eingekerkert worden, soviele sterben noch jetzt im Gefängnis und diejenigen, die daraus entkommen, sind meistens körperlich verstümmelt oder fürs Leben gelähmt. Es ist das Regime selbst, das der schwarzen Bevölkerung die Augen öffnet, und deshalb wissen wir jetzt, gegen wen wir kämpfen. Das Volk ist im Begriffzu verstehen, daß die einzige Sprache dem Regime gegenüber die der Waffen ist. Für mich ist das Vorster-Regime ganz einfach eine „Mörder-Bande" im Sold der westlichen Welt, die seit jeher immer die Interessen des Regimes gegen die schwarze Macht schützt. Das Volk versteht, was die militärische Zusammenarbeit z.B. zwischen Frankreich und Südafrika bedeutet und es stellt fest, daß die westliche Welt dem Vorster-Regime hilft, die schwarze Bevölkerung zu töten. Deshalb sind wir uns bewußt, daß unser Kampf nicht mit dem Umsturz des momentanen Regimes beendet sein wird. Wir werden ebenso den Westmächten gegenübertreten müssen.

Libe: Gibt es ein neues politisches Bewußtsein, besonders bei den Jugendlichen?

Tsietsi: Von jetzt ab interessieren sich die Studenten nicht mehr allein für das, was bei uns geschieht, sondern jeweils in Verbindung zu den Westmächten. Ich kann dir nicht sagen, welche neue politische Ideologie die Studenten entwickeln werden, aber sie wird sicherlich sehr entwickelt sein. Ich würde sie um die Probleme der eigenen und internationalen Unterdrückung ansiedeln.

Es ist sicherlich sehr schwierig für unsere Studenten, in ausführlichen Begriffen den Typ der politischen Ideologie zu benennen, dem sie zu folgen gedenken. Alles in allem, die Bedürfnisse des Volkes bestätigen letztlich eine marxistische Orientierung. Sicher, die Leute können nicht sagen „das ist der Marxismus oder das ist er nicht" usw. für Kommunismus und Sozialismus, aber sie können sagen „Diese Person lebt sehr viel besser als ich". In Wirklichkeit stehen sie schon jetzt im Klassenkampf. Sie wissen nicht, was der Marxismus ist, vor allem wegen dem totalen Mangel an marxistischer Literarur, aber ich bin überzeugt, daß allein der Marxismus die Bedürfnisse der schwarzen Bevölkerung befriedigen kann.

Libe: Ist das neuartig in Beziehung auf die Generation eurer Eltern?

Tsietsi: In einem bestimmten Sinn ja. In der Tat, die Ideologie, die bis dahin überwog, basierte auf dem Kampf um gleiche Rechte in einer Gesellschaft, die im großen und ganzen ihren kapitalistischen Charakter nicht geändert hätte. Jetzt kann man sagen, daß die Bevölkerung dies nicht mehr will, seit ihr bewußt geworden ist, daß die kapitalistische Gesellschaft immer eine kleine Schicht Privilegierter schützen wird.

Libe: Was denkst du über den Kampf, der bis heute von der „alten südafrikanischen Generation" geführt wurde: dem ANC (African National Congress) und dem PAC (Pan-African Congress)?

Tsietsi: Wir respektieren den Kampf, den der ANC und der PAC geführt haben, als sie noch in Südafrika aktiv waren. Tatsächlich haben sie das Klima geschaffen, das unseren Aufstand möglich gemacht hat.

Libe: Du unterstellst, daß der ANC und der PAC in Südafrika nicht mehr anwesend sind ...

Tsietsi: Sie sind immer noch anwesend. Die Studenten haben ihre Arbeit nicht bemerkt. Manchmal liest man Prozeßberichte gegen den ANC in den Zeitungen, aber wir wissen nicht, inwieweit diese Leute dort wirksam gewesen sind, bevor sie in den Knast kamen. Jedenfalls möchte ich jeden wissen lassen, daß das, was bei uns geschieht, nichts mit ANC oder PAC zu tun hat, keine der beiden Bewegungen war direkt in die Ereignisse verwickelt. Auf jeden Fall billigten sie, was wir gemacht haben, und sie erklärten sich solidarisch. Tatsächlich wirst du bei einem Gespräch mit Studenten aus Soweto feststellen, daß keiner unter ihnen den ANC und PAC kennt. Sie kennen nur Mandela, den Führer des ANC und ein paar andere, die seit langem im Knast sitzen. Wir weisen nichts zurück, was sie gemacht haben, wir sind nur dabei, ihre begonnenen Aktionen fortzusetzen. Aber indem wir diesen Kampf fortführen, erscheint eine neue politische Ideologie. Die „alte" Ideologie war zu sehr an ihre Bewegung gebunden und die Tatsache, daß ANC und PAC nicht mehr existieren, hängt ziemlich mit dieser Realität zusammen.

Libe: Was hältst du von der augenblicklichen Lage im gesamten südlichen Afrika?

Tsietsi: Der Feind ist überall derselbe, aber der Eckpfeiler von ganz Afrika bleibt Südafrika. Wir wissen, daß Afrika schwarz ist, und wir wollen, daß es wirklich schwarz wird, nicht nur, was die Hautfarbe angeht, sondern die ganze Haltung, die Art und Weise zu leben, zu denken etc. Der Fall des Regimes Ian Smith in Rhodesien wird wichtige Folgen für uns haben, Die Portugiesen haben Mozambique und Angola verlassen. Der Kampf in Namibia geht weiter. Und die weiße Minderheit an der Macht bei uns wird bald nur noch sehr wenige befreundete Nachbarländer haben. Sie wird sehr bald vom gesamten Kontinent isoliert sein und dann selbst gestürzt werden.

Libe: Was hältst du von den Rivalitäten, die es zwischen Nationalisten in Rhodesien gibt? Gibt es bei euch die gleiche Gefahr?

Tsietsi: Gewiß, es gibt mehrere südafrikanische Befreiungsbewegungen, wobei jede ihre politische Ideologie hat, aber der von allen geführte Kampf hat nur ein Ziel: die Sache der Schwarzen. Ich bin überzeugt, daß nach dem Sturz des rassistischen Regimes sich die nationalistischen Kräfte vereinigen werden. Nein, wir werden keine solche Auseinandersetzung kennen, wie es sie in Angola gab.

Libe: Letzten August berichtete die westliche Presse von Rivalitäten zwischen Zulus und aufständischen Studenten. Was ist tatsächlich geschehen?

Tsietsi: Die Polizei hat die Zulus gegen uns aufgebracht, indem sie ihnen sagte, daß wir ihr Viertel abriegeln würden und viele andere Lügen. Daraufhin gab sie ihnen Waffen, um auf die Studenten zu schießen. Nachdem wir das erfahren hatten, trafen wir uns mit den Zulus, zunächst ohne Erfolg. Die Zulus folgten den Ratschlägen der Polizei, auf die Studenten zu schießen; Darauf antwortete die schwarze Bevölkerung und griff die Zulus in ihrem Viertel an. Letztere begriffen erst jetzt den tiefergehenden Grund unseres Kampfes und schlossen sich in der Folge unserem Kampf an. Schließlich wäre der x-te Versuch des Systems es gewesen, uns zu spalten, indem sie Verwirrung und eine Atmosphäre des Mißtrauens schufen. Aber das lief diesmal nicht so gewünscht ab.

Libe: Und die Zukunft eures Kampfes?

Tsietsi: Ich sehe keine friedliche Lösung des südafrikanischen Problems. Immer mehr erkennt dasVolk, daß die schwarzen „Führer", die mit dem Regime zusammenarbeiteten, nichtsals Marionetten sind. Wie kann man eine Befreiungsarmee bilden? Ich kann dir nicht sagen wie, aber ich bin sicher, daß es bald eine geben wird. Das ist die einzige Lösung.

WEISSE RHODESIER WOLLEN NACH URUGUAY AUSWANDERN

ZIMBABWE (Monitor/ID) 29. Oktober

Europäische Siedler aus Rhodesien zeigen Interesse für Emigration nach Uruguay. Diese Information wurde vom uruguayischen Botschafter in Südyfrika freigegeben. Er sagte, die Gespräche fangen gerade an; aber offensichtlich bevorzugen weiße Siedler Uruguay, was bedeutet, daß im Falle einer Übertragung der Macht an die schwarze Mehrheit eine massive Emigration nach Uruguay stattfinden kann. Zu der terroristischen Militärdiktatur in Uruguay, siehe auch ID 68, 74, 91, 112.

BELGIEN: ARBEITER BESETZEN SIEMENS-FABRIK

GHLIN-BAUDOUR (ID/POUR)
20. Oktober

Es ist nun 5 Jahre her, daß sich das Unternehmen Siemens in der Industriezone von Ghlin-Baudour niedergelassen hat. Damals war ein Vertrag zwischen dem belgischen Staat und der deutschen Firma abgeschlossen worden. Dem Vertrag zur Folge erklärte sich Siemens bereit, mindestens 500 Arbeitsstellen zu schaffen und als Gegenleistung sollte der Staat eine ausreichende Zahl von Aufträgen geben.

In den vergangenen fünf Jahren genoß Siemens Steuervorteile, Subventionen etc.... Und Siemens mußte sich nicht mit der Konkurrenz herumschlagen, der Staat gab ja großzügige Bestellungen auf. Trotz dieser „Geschenke" wollen die deutschen Kapitalisten heute gehen. Vorwand: Der Staat hat nicht genügend Aufträge gegeben. Fragt man sich noch, wie die Fabrik fünf Jahre hat existieren können ...

Sobald man in Ghlin die Entscheidung der Direktion erfahren hatte, begann man aktiv zu werden. Am 12. Oktober begann die Besetzung. Sie dauert Tag und Nacht.

Die Fabrik von Ghlin beschäftigt 250 Arbeiter. Die Frauen repräsentieren mehr als die Hälfte der Belegschaft. Die Zahl 250 zeigt, wie Siemens den Vertrag bis heute eingehalten hat. Die höchste Belegschaftszahl war einmal 328. Heute ist Siemens deutlich: Entweder der Staat erhöht seine Aufträge oder wir schließen die Fabrik. Die Besetzung der Fabrik wird sicher längere Zeit dauern. Die Arbeiter sind bereit, die Besetzung aufrechtzuerhalten, ehe nicht Garantien für die Erhaltung des Betriebs gegeben worden sind. In der gesamten Industriezone organisiert sich Solidarität mit den Siemens-Arbeitern. Seit der Besetzung haben eine Anzahl von Betriebsdelegationen ihre Unterstützung zugesagt.

KLASSISCHER IMPERIALISMUS IN ECUADOR

ECUADOR (SEI/ID)
28. Oktober

Vor einigen Wochen war Emilio Velasco Ortega in der Bundesrepublik, um über die Arbeiterkämpfe in seinem Land zu berichten, die jetzt auf eine Einigung der Gewerkschaftsbewegung hinzielen (ID 146). Wie und daß vor allem die multinationalen Öl-konzerne in Ecuador dagegen vorgehen, zeigt ein Bericht über die Lage in diesem Andenland, der vom "servicio ecuatoriano de información" stammt. Die Passage über die Erpressungspolitik der Öl-Multis ist ein Abschnitt daraus:

"Weil das ecuadorianische Erdöl trotz seiner guten Qualität das billigste der Welt ist (15 % billiger als gleichwertiges arabisches Erdöl), hatten die in Ecuador operierenden Erdölgiganten ihre Gesamtinvestitionen in Höhe von 168 Mio Dollar in Windeseile amortisiert: die bis Ende 1974 getätigten Einnahmen von 286,8 Mio Dollar brachten in rund 2 Jahren bereits einen Reingewinn von 118,8 Mio Dollar ans Tageslicht.

Die Höhe dieser schamlosen Ausbeutung genügt den Erdölkonzernen jedoch immer noch nicht – die Orgie muß weitergehen. Um ihrer Forderung nach einer weiteren Senkung des Ölpreises um rund 10 % (was weitere Gewinne von 64,2 Mio Dollar jährlich wären) und dem Austritt Ecuadors aus der OPEC Nachdruck zu verleihen, schrecken die Giganten vor nichts zurück:

Von Ende 1974 bis zum März 1975 boykottierte die Texaco-Gulf die Erdölproduktion, was zu ihrer fast vollständigen Einstellung in diesem Zeitraum beitrug. Die Konsequenz daraus war, daß die Regierung sich gezwungen sah, den Forderungen nachzukommen und den Erdölpreis zu senken. Nachdem in der OPEC eine Erhöhung des Erdölpreises um 10 % beschlossen worden war, erreichte die von den Militärs realisierte Erhöhung nur magere 4 %. Der Boykott brachte für den ecuadorianischen Staat im Jahre 1975 Mindereinnahmen von 4 Milliarden Sucres (rund 160 Mio Dollar).

Diese Erpressungspolitik von Seiten der Erdölkonzerne wurde seltsamerweise von einer Reihe von "Naturkatastrophen" wie die mehrmalige bewußte Beschädigung der Pipeline oder die Explosion von Fördertürmen unterstützt. Diese "Unfälle" ereigneten sich immer dann, wenn die Erdölgiganten einen neuen Angriff auf die Rechte des ecuadorianischen Volkes vorbereiteten. Unterstützt wurde diese Erpresserpolitik durch die wilden Attacken des US-Imperialismus gegen die OPEC, durch die Anwendung des Außenhandelsgesetzes gegen Ecuador und Venezuela, die Drohung eines bewaffneten nordamerikanischen Überfalls und die Schaffung eines Anti-OPEC-Blicks mit anderen erdölkonsumierenden Ländern.

Die schamlose Weise, in der die Texaco-Gulf die Verträge mit dem ecuadorianischen Staat bricht, um ihrer Erpressungsstrategie Ausdruck zu verleihen, kann nur noch als kriminell bezeichnet werden:

- Die Erforschung neuer Erdölvorkommen wurde eingestellt.
- Die von der Regierung festgesetzte minimale Fördermenge wurde nie erreicht, oft nicht einmal bis zur Hälfte .
- Die vertraglich festgesetzten Investitionen wurden nicht in voller Höhe getätigt.
- Das nicht benutzte Gas, daß nach dem Vertrag der staatlichen Erdölgesellschaft CEPE zusteht, wurde verbrannt (siehe: El petroleo es nuestro, Universidad Central del Ecuador, Quito 1976).
- Dem ecuadorianischen Staat wird die volle Kontrolle der Bücher und Finanzen nicht gestattet.
- Die Ausbesserungsarbeiten an den Fördertürmen wurden völlig vernachlässigt. Schon jetzt befinden sich 30 % der Fördertürme in miserablem Zustand, ein großer Teil produziert schon überhaupt nicht mehr.
- Durch völlig unfachmännische, nachlässige Förderung dringt Wasser in die Reserven ein, was zu ihrer völligen Zerstörung führen kann.

Insgesamt werden vom 'Instituto de Investigaciones economicas' der Zentraluniversität von Quito mehr als 20 Vertragsbrüche angegeben. Zu allem kommt noch die von der Texaco-Gulf verordnete internationale Sabotage der Vermarktung des Erdöls von CEPE (staatliche Erdölgesellschaft)."

PERU: BOLIVIANISCHER JOURNALIST VERHAFTET

LIMA (ID)
28.10.

Vom "Solidaritätskomitee mit dem bolivianischen Volk" kam folgende Meldung:

"Der bolivianische Staatsangehörige José Baldivia Urdaninea, Schriftsteller und Journalist, hält sich seit mehr als zwei Jahren legal in Peru auf. Er wohnt zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn in Lima. Dort unterrichtet er an der Katholischen Universität und arbeitet für die Zeitschrift "Siete Dias" der Tageszeitung "La Prensa", Lima.

José Baldivia war erst kürzlich von Finnland zurückgekehrt, wo er in Helsinki als Repräsentant der Demokratischen Journalistenunion Boliviens am Kongreß der Internationalen Journalistenorganisation teilgenommen hatte. (Die Demokratische Journalistenunion Boliviens vereinigt die im Ausland tätigen bolivianischen Journalisten). Am 14. Oktober 1976 wurde die Wohnung Baldivias durchsucht, als sich dort nur seine Frau Gloria und der fünfjährige Sohn befanden. Die drei Männer, die die Hausdurchsuchung vornahmen, gaben an, daß sie vom Staatssicherheitsdienst seien. Sie wiesen sich nicht ordnungsgemäß aus. Sie beschlagnahmten alle Ausweise und die anderen persönlichen Dokumente aller drei Familienmitglieder. Danach forderten sie Frau Baldivia auf, mit ihnen die Wohnung zu verlassen. Wegen einer Krankheit ihres Sohnes weigerte sich Frau Baldivia hartnäckig, dieser Aufforderung zu folgen.

Am 15. Oktober kamen um 8 Uhr morgens die gleichen Männer wieder in die Wohnung Baldivias und verhafteten ihn. Frau Baldivia, die daraufhin sofort bei den Organen des Staatssicherheitsdienstes vorstellig wurde, um den Aufenthaltsort ihres Mannes ausfindig zu machen, wurde mitgeteilt, daß kein Haftbefehl gegen ihn vorliege, und sein Aufenthaltsort nicht bekannt sei. Seit seiner Gefangennahme ist José Baldivia U. verschwunden. Seine Frau erklärt ausdrücklich, daß er sich nicht in politische Angelegenheiten Perus eingemischt habe.

Nach Bekanntwerden der Verhaftung Baldivias richteten die Demokratische Journalistenunion Boliviens und der lateinamerikanische Journalistenverband Telegramme an den peruanischen Staatspräsidenten Morales Bermudez, in denen sie die Freilassung des Ver-

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare	(Nr. 150)
903R	158	1	

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

H.U. DILLMANN
H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259

D-5000 KOELN 41

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

hafteten fordern. Die unmittelbaren Arbeitskollegen Baldivias, die in der Gewerkschaft der Journalisten und Angestellten der "La Prensa" zusammengeschlossen sind, fordern in ihrer Protestverlautbarung die Bekanntgabe von Gründen, die zur Verhaftung ihres Kollegen führten, sowie die Nennung seines derzeitigen Aufenthalts. Der bolivianische Staatspräsident, General Hugo Banzer Súarez wurde von der Demokratischen Journalistenunion Boliviens aufgefordert, bei der peruanischen Regierung die Freilassung von José Baldivia zu erwirken. ...

Der Bolivianer Baldivia mußte nach dem Staatsstreich Hugo Banzers aus Bolivien 1972 fliehen, da er durch seine wirtschaftswissenschaftlichen Analysen in der katholischen Tageszeitung "Presencia" (La Paz) und in der katholischen Radiostation "Fides" (La Paz) den neuen Machthabern unliebsam geworden war. Er ging nach Chile, mußte nach dem dortigen Putsch erneut fliehen und konnte dann, nach erheblichen Schwierigkeiten, als Journalist bei "La Prensa" in Lima arbeiten. Er hat sich nachweislich nicht in die internen politischen Angelegenheiten Perus eingemischt. Seine Festnahme ist unerklärlich und ungerechtfertigt. Sie steht vermutlich in Zusammenhang mit der gegenwärtigen verschärften Repression in Peru, die sich auch gegen Angehörige lateinamerikanischer Staaten richtet, die sich als Ausländer in Peru aufhalten. Es ist zu befürchten, daß José Baldivia nach Bolivien ausgewiesen wird. Das muß dringend verhindert werden, da ihn in Bolivien Haft, Konzentrationslager oder gar der Tod bedroht."

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

tank

oft schreiben mir genossen
wildfremde und gute freunde
schicken karten aus dem urlaub
zu zeigen daß sie noch leben
und daß ich noch lebe
und daß ich nicht vergessen
kürzlich erhielt ich post
aus cuba
nicht diese gedruckte ferienseligkeit
braune menschen neon strand
sone und palmen
sondern das bild eines panzers
„capturado por el ejercito rebelde'
von der rebellenarmee erobert
auf einer bunten karte
und der fremde freund schrieb
auch er hoffe
ein ähnliches objekt
bald mit uns
aufstellen zu können
und ich schaute hinaus
durch die gitter
und sah eine wüste
in köln
den von außenmauer
drahtzaun und stacheldraht
umschlossenen hof
(es war so etwas wie sommer)
dort
sagte ich mir
paßt so ein tank gut hin
und lachte leise
und hatte wieder etwas kraft
getankt
einen tag zu überleben.